



Unseres Dampfblatt für das arbeitende und arme Volk

Gemeinwohl geht
vor Eigenwohl!

Hermannstadt
17. Silbhart (Oktober) 1931
10. Jahrgang, 30. Folge

Einzelpreis 3 Lei
Bezugspreis: Halbjährlich 80 Lei
Erscheint jeden Sonnabend

Aus dem Inhalt:

Zu den Orts- und
Kreisausschuf-
wahlen in Kronstadt.

Singwoche
in Großpold.

Bergeht unsere
Arbeitlosen nicht!

Schulgemeinden?

Von Pfarrer Alfred Gfallner.

Im „S.-D. Tageblatt“ vom 5. September hat Pfarrer Hermann Käß einen Aufsatz über „Neue Wege, unsere Schule zu retten“ veröffentlicht. Er geht von der Tatsache aus, „daß ungefähr zwei Drittel unserer evangelischen Gemeinden nicht zahlungswillig sind, ihre Lehrer und Pfarrer nicht mehr besolden, wie es sich gehört, und dadurch mit ihrem Schul- und Kirchenwesen der Auflösung entgegengehen“, und schreibt dann weiter: „Die Feindseligkeit gegen die Kirche hindert die Tagenzahler, ihre Verpflichtungen der Schule gegenüber zu erfüllen, und umgekehrt führt die schwere materielle Belastung, welche unsere Kirche für unsere Schule ihren Mitgliedern auferlegen muß, zum Ruin unserer Glaubensgemeinschaften.“ Käß glaubt nun einen Weg zu sehen, sowohl die „schwer angehende Kirche“ von einer „ganz und gar untragbar“ gewordenen Last zu befreien, als auch unsere Schule, die „durch ihre ausschließliche Verknüpfung mit der Kirche nicht nur nicht gewinnt, sondern vielfach geschädigt wird und unaufhaltbar verelendet“, zu retten. Der konfessionelle Charakter unserer Schule soll wohl gewahrt und „das innere Verhältnis des Pfarrers zur Schule und der Lehrer zur Kirche keinesfalls abgeschwächt werden“, aber es hat sich doch die Schule durch eine besondere Schulkommission selbst zu verwalten, und vor allem haben nicht mehr die Kirchengemeinden die Schulen zu erhalten, sondern neuzugründende evangelische Schulgemeinden, „denen die Eltern, Großeltern und sonstigen Freunde der schulbesuchenden Kinder angehören.“ „So könnte leicht das Interesse für die Schule neu geweckt werden; das Gefühl, ihre eigens Sache selbständig zu fördern, indem sie das Schulwesen unterstützen, könnte bei den solchen Schulgemeinden Angehörigen Wunder wirken, während es gegenwärtig unter der Autorität der Kirche, die alle Verantwortlichkeit für die Schule in sich sammelt hält, ohne aber für diese auch nur die äußersten Lebensnotwendigkeiten herbeiholen zu können, bedrückt wird oder gänzlich verkümmert.“

Gewiß, die Erhaltung unserer Schule belastet unsere Kirche geldlich und moralisch schwer; und wenn es uns gelänge, ohne den Bestand der Schule zu gefährden und ohne neue Wirren in unseren Gemeinden heraufzubeschwören, Kirche und Schule mehr oder weniger von einander zu trennen, würden viele Kräfte zur Lösung eigentlich kirchlich-religiöser Aufgaben frei. Doch wollen wir dabei nicht übersehen, daß unsere Kirche gerade aus der Erhaltung unserer Schule doch auch gewinnt, und eine Trennung von Kirche und Schule darum eine gewisse Verarmung gerade auch für die Kirche bedeute. Und ich bestreite, „daß unsere Schule durch ihre ausschließliche Verknüpfung mit der Kirche nicht nur nicht gewinnt, sondern vielfach geschädigt wird und unaufhaltbar verelendet“. Oja, sie verliert und verelendet wohl, aber nicht weil sie mit der Kirche verbunden ist und durch sie erhalten wird. Und würden wir den Weg, den Käß uns zeigt, wirklich beschreiten — wir würden unsere Schule nicht nur

Der Beobachter.

„Deutsche Theaterkultur.“

Ueber das deutsche Theaterleben von heute (vor allem das Berlins und Wiens) wird sich niemand mehr irgendwelche Illusionen machen können, insbesondere nach den Kostproben zu urteilen, die uns von Zeit zu Zeit in unseren siebenbürgischen Städten seitens verschiedenster Operellengastspiele gereicht worden sind. Das heutige deutsche Theater ist, abgesehen davon, daß es in seiner Leitung und dem größten Teil seiner Schauspieler vollkommen verjudet ist, so sehr neudeutscher Modernität und Dekadenz ergeben, daß ein grundsätzlicher Wandel in absehbarer Zeit nicht erwartet werden kann. Was aber von unseren hiezu berufenen Stellen gefordert werden muß, ist eine entschiedene Ablehnung von Kunstgenüssen, wie sie von einem Wiener Operellengastspiel in der vergangenen Woche dem Hermannstädter Publikum geboten wurden und die mit wahrer Kunst sehr wenig, umso mehr aber mit abgeschmacktem Großstadt-Kitsch zu tun hatten. Von Moral jedenfalls keine Spur, da „Moral“ heute bekannterweise zu den längst überwundenen Standpunkten zählt, dafür jedoch eine Fülle von Geistesblitzen, die einer Berliner oder Hamburger Raschemme alle Ehre gemacht hätten. Das Ganze eine Reinkultur ibrichigen Possenulks, gewürzt mit einer reichlichen Portion parfümierter Eindeutigkeiten, die im emanzipierten Nachkriegs-Wien vielleicht helle Begeisterung ausgelöst, bei uns aber kaum eine entsprechende Würdigung erfahren haben dürften. Unsere katholischen Volksgenossen werden von den mehr als dürftig bekleideten Girls, die in der Kleidung von Nonnen (!) ihre lieblichen Revue-Länge aufführten, bestimmt schwer begeistert gewesen sein! Auch die Erzieher unserer Jugend werden ihre Freude an dem prächtigen Scherz der „Drei Musketiere“ gehabt haben, die einer weiblichen Dar-

stellerin unverblümt die Beinkleider ausziehen versuchten. Nicht weniger Anklang dürften auch die famosen Witze des Herrn Leo Straßberg in der Operette „Viktoria und ihr Husar“ (verfaßt von P. Abraham) gefunden haben, die in der Folge selbst den sonst sehr zurückhaltenden Kunstkritiker des „Tageblattes“ zu einem geharnischten Protest veranlaßten.

Die Aufführungen des „Wiener Operellengastspiels“ lieferten jedenfalls den besten Beweis dafür, daß heute in der „deutschen Kunst“ alles erlaubt ist, in erster Linie jene berühmte „Trieb- und Instinkthastigkeit“, die im Sinne eines ziellosen Individualismus selbst vor banalsten Geschmacklosigkeiten nicht zurückerschreckt und zu dem eiserne Requiitenbestand eines kultur- und wurzellosen Alpbahmenschenums zu gehören scheint. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, unseren schwersten Bedenken hierüber Ausdruck zu verleihen, ob Aufführungen in der Art, wie sie von erwähnten Operellengastspielen geboten wurden, mit dem Ernst der Lage unseres Volkes in Einklang gebracht werden können. Und dies insbesondere heute, wo die finanzielle Belastung unseres Volkes in stetigem Zunehmen begriffen und ein Großteil unserer Arbeitslosen bereits bitterstem Elend ausgeliefert ist. In diesem Zusammenhang empfehlen wir jenen Volksgenossen, die sich so heftig gegen den „Import von Schlagworten“ ereifern, ihr besonderes Interesse lieber dem Import einer solchen Theaterkultur zuzuwenden. Eine derartige Arbeit wäre im Interesse der Allgemeinheit bestimmt nützlicher und erfreulicher. Die Herren Straßberg & Co. aber bitten wir, ihre wertvolle Tätigkeit in Zukunft nach Möglichkeit anderen Gefilden zuzuwenden und uns mit ihren Darbietungen zu verschonen, denn eine volle Würdigung ihrer zweifellos eigenartigen Leistungen dürfte bei uns auch in Zukunft kaum zu erwarten sein.

nicht retten, sondern nur noch mehr gefährden, als sie schon gefährdet ist. Wenn wir unsere Schule erhalten wollen, dann muß die Kirche sie auch weiter erhalten — ich sehe jetzt keine andere Möglichkeit. Die Kirche aber kann sich mit dieser Notwendigkeit umso leichter abfinden, als die Durchführung von Käß' Vorschlag sie materiell wohl entlasten würde, die moralische Belastung jedoch selbst im günstigsten Fall in einem gar nicht geringen Grad auch weiter bestehen bliebe, höchstwahrscheinlich aber in kurzer Zeit noch weit über das gegenwärtige Ausmaß hinaus anwachsen würde, vielleicht gar so weit, daß unter ihrem Druck die Kirche erschreckt zerbrechen könnte.

Es würde sich wohl so ergeben, daß die meisten Schulgemeinden entweder schon von Anfang an oder doch in kurzer Zeit den Pfarrer zum Vorsitzenden haben wollen. Einmal weil man wohl in den meisten Gemeinden doch dem Pfarrer noch vertraut und von ihm geführt werden will, dann aber auch weil in so und so viel Gemeinden außer ihm niemand da ist, der eine Schulgemeinde zu leiten bereit wäre und sie gut führen könnte. Das ist so, und kein noch so gehässiges Wul-

geschrei, kein stummes Tagenverweigern sollte uns den Blick für diese Wirklichkeit trüben. Der Pfarrer aber wäre nicht nur durch ein ungeschriebenes inneres Gesetz verpflichtet, der Schulgemeinde seines Ortes anzugehören, auch ein geschriebenes äußeres Gesetz müßte ihn verpflichten, wenn eine Schulgemeinde ihn durchaus zum Vorsitzenden will, diese Wahl auch anzunehmen. Ich weiß, daß eine solche Bestimmung auch ganz niederträchtig gegen den Pfarrer mißbraucht werden könnte, und halte sie doch für nötig: nicht nur um unserer Schule, um der ganzen Volksgemeinschaft, nicht zuletzt gerade auch um unserer Kirche und des Pfarrerstandes willen. Wenn nun aber wohl in den meisten Gemeinden der Pfarrer zugleich Vorsitzender der Schulgemeinde wäre, würde die Masse zu unterscheiden wissen zwischen dem, was er als Pfarrer, und dem, was er als Vorsitzender der Schulgemeinde täte? Selbst wenn es jetzt wirklich so wäre, wie Käß schreibt, daß „die Gläubigen ihren Pfarrer, wann und wo immer er in ihre Mitte tritt, im Geiste stets begleitet vom Gerichtsvollzieher erblicken“, würde das nach Errichtung von Schulgemeinden sehr

viel besser werden? Ich fürchte, eher schlechter. Ich kann es nicht glauben, daß wir auf dem von Käß gewiesenen Weg zunächst einmal unsere Kirche moralisch wesentlich entlasten könnten. O ja, in verhältnismäßig wenig einzelnen Gemeinden schon; aber wohl auch da nur vorübergehend. Und selbst wenn es für die Dauer wäre, es wäre zu teuer erkauft. Denn auch unsere Schule würde durch die Gründung von Schulgemeinden statt gerettet nur höchst gefährdet, vielleicht gar vernichtet werden.

Jetzt ist es so, daß unsere Schulen — wenn wir von den sehr geringen Zuwendungen seitens des Staates und einiger politischen Gemeinden und vom Schulgeld, das an den Mittelschulen und einigen wenigen Volksschulen eingehoben wird, absehen — aus den Tagen sämtlicher tagenpflichtigen Glieder unserer Kirche mitterhalten werden. Weil sich unser Schulwesen so auf der denkbar breitesten wirtschaftlichen Grundlage aufbaut und dazu jeder sozusagen lebenslänglich tagenpflichtig ist, ist auch die Belastung des einzelnen Tagenzahlers so gering wie nur überhaupt möglich. Würden nun alle tagenpflichtigen Glieder unserer Landeskirche auch für die Schulgemeinden Beiträge leisten, und wären diese Beiträge dazu noch nach denselben oder ähnlichen sozialen Gesichtspunkten gestaffelt wie die Kirchentagen, wäre es weniger bedenklich. Wer aber wäre nativ genug, daran zu glauben? Selbst Käß schreibt nur von den „Eltern, Großeltern und sonstigen Freunden der schulbesuchenden Kinder“ als den Mitgliedern seiner Schulgemeinden. Käme es aber wirklich einmal dazu, es würden nur wenig Großeltern, noch viel weniger aber sonstige Freunde in die Schulgemeinden eintreten oder gar darin bleiben. Außer man begnüge sich bei ihnen mit so kleinen Beiträgen, daß diese eben wegen ihrer Kleinheit kaum etwas zu bedeuten hätten. Mag es jetzt noch so oft heißen: „Nur für die Kirche nicht, für die Schule wollen wir schon zahlen“ — es ist doch immer nur der Zahlungsunwille, der sich ein moralisches Mäntelchen umhängen möchte. Und diese Ausrede würde sofort verstummen, sobald man nun für die Schule wirklich zu zahlen hätte. Na, wir könnten es erleben, daß es dann bei vielen umgekehrt hieße: „Für die Kirche würden wir schon zahlen, nur für die Schule nicht.“ Jedenfalls würden „das Gefühl, ihre eigens Sache selbständig zu fördern“, sehr bald mit nur ganz wenig Ausnahmen gerade nur die Eltern der schulbesuchenden Kinder haben, diese zugleich aber auch das bittere Gefühl, von der Volks- und Glaubensgemeinschaft verlassen und verraten und vor eine unmöglich zu bezwingende Aufgabe gestellt zu sein. Die Schulerhaltung würde fast ganz die Eltern der Schulkinder belasten, auch diese aber im buchstäblichen Sinne, gerade nur für die Dauer des Schulbesuches ihrer Kinder.

Diese Belastung wäre aber in sehr vielen, vielleicht sogar in den meisten Fällen wirklich untragbar. Darum würden viele Eltern gar nicht eintreten oder bald austreten. Das aber würde die Belastung der noch wollenden Eltern vergrößern, die größere Belastung wieder würde noch mehr Eltern gar nicht eintreten

lassen oder aus der Schulgemeinde hinausträben — und so fort, immer im Kreis herum. Mein, viel Wunder würden wir ganz sicher nicht erleben. Wohl aber würden wir uns verwundern über das heillose Durcheinander, das wir in Schulgemeinden und Schulen und darüber hinaus in unseren ganzen Gemeinden hätten. Um nur einiges anzudeuten: Wenn es jetzt schon fast unmöglich ist, die Kirchenlagen einzutreiben, wie wollen wir die Einzahlung der Beiträge für die Schulgemeinden erzwingen? Ja, man könnte z. B. versuchen, nur solche Kinder in die Schule aufzunehmen, deren Eltern ihre Beiträge für das ganze Schuljahr im Voraus gezahlt haben. Diese Beiträge müßten aber vor der Einschreibung der Kinder festgelegt werden. Und wenn dann, vielleicht gerade dieser Beiträge wegen, sagen wir einmal: nur halb so viel Schulkinder eingeschrieben würden, als man erwartet — würden es sich die Eltern dieser eingeschriebenen Kinder so ohne weiteres gefallen lassen, wenn man ihnen die Lagen nun noch einmal ver-

langte, nun auch für die ausgebliebenen Schulkinder? Und wenn nicht, woher dann das Geld nehmen, um sich durch das angefangene Schuljahr durchzuquälen? Schulden machen? Oder etwa nach Deutschland bitteln gehen? Oder, wenn das Geld nicht beschafft werden könnte, von heute auf morgen einen Teil der Lehrer entlassen? Oder sie nicht entlassen und ihnen nur ihr Gehalt nicht auszahlen? Und so weiter und so weiter — ich kann hier nicht alles sagen, was ich sagen könnte.

Besondere Vorschläge für Kirche und Schule und vollkommen getrennte Kassen mit getrennter Rechnungslegung können wir noch verlangen. Was aber eine Gemeinde für Kirche und Schule aufzubringen hat, hat die ganze Gemeinde aufzubringen. Und was davon auf den einzelnen Tagelöhner entfällt, ist ihm in einer Summe vorzuschreiben und auch zusammen einzuhoben. Selbstverständlich steht es jedem frei, auch über die ihm vorgeschriebenen Lagen hinaus Spenden zur Erhaltung unserer

Schulen zu machen; und wo viele von diesem Drang erfüllt sind, können sie sich zu besonderen Schulunterstützungsvereinen zusammenschließen, schon um mit vereinter Kraft für diesen Gedanken auch in weiteren Kreisen zu werben.

Die Gründung von Schulgemeinden aber, wie Käß sie vorschlägt, die die unbedingte Mitverpflichtung aller überhaupt zahlungsfähigen Glieder unserer Kirche auch unserer Schule gegenüber aufheben, wäre ein Verhängnis. Ein umso größeres Verhängnis, als wir nicht nur in unseren Gemeinden eine heillose Verwirrung heraufbeschwören und unser Schulwesen erschüttern und vielleicht gar vernichten würden, sondern dann auch unser Volk unserer Kirche den Vorwurf machen würde, daß sie an allem Schuld sei, weil sie die Schule frei- und damit preisgegeben habe, und das wäre erstrecht eine neue moralische Belastung für unsere Kirche, so ungeheuer groß, daß sie darunter vielleicht auch noch zerbrechen könnte. Wir müssen andere Wege suchen, unsere Schule zu retten.

Zu den Orts- und Kreisausschuwahlen in Kronstadt.

Die äußere und innere Not unseres Volkes war die Veranlassung zu der oft erwähnten Tagung am 7. Juni in Hermannstadt, wo etwa 140 sächsische Männer zusammenkamen, um sich Rechenschaft zu geben über die Ursache dieser Not und Wege der Abhilfe zu suchen. Auf Grund eingehender Referate und nach lebhafter Auseinandersetzung, getragen von tiefer Liebe zu unserem Volk und ernstem Willen ihm zu dienen, wurde das folgende Aufbauprogramm angenommen:

„1. Ein neues volksorganisatorisches Programm an Stelle des teilweise veralteten Programmes ist notwendig, das unter Vermeidung der klar erkannten Mängel der Gegenwart die Organisation mit neuem Leben durchpflügen hilft, die Verantwortlichkeit und die Vereinbarkeit von Nebeneinander mit dem Hauptamt der Führer, sowie die Möglichkeit, sie zur Verantwortung zu ziehen, in klarer Weise regelt, zur teilweisen Entlastung der Parlamentarier von tausend kleinen Angelegenheiten eine Volkskanzlei schafft, die jedem offen steht, und durch die Einführung der unmittelbaren Neuwahl eines Teils des Volksrates dessen Ueberalterung verhindert. Ein Sachsentag soll dieses Werk zur sächsischen Verfassung ausbauen und damit zugleich die Grundlage bieten zur Erneuerung des Verbandes der Deutschen in Großrumänien.

2. Ein volkspolitisches Programm soll es der zukünftigen Führerschaft zur Pflicht machen, einen entschlossenen Angriffskampf zur Wiederherstellung unserer Kirchen- und Schulaufonomie, zur Sicherung des nach staatlichem Gesetz und zwischenstaatlichem Recht uns zustehenden Erhaltungsbetrages für Kirche und Schule, zur Wiedergewinnung des Nationalvermögens und zur Schaffung des Minderheitengesetzes zu führen. Es soll auf die lebendige Verbindung von Volk und Führer dringen, das heißt auch, die Wahlen der politischen Führer in zentrale und lokale Körperschaften sollen der Ausdruck eines lebendigen und persönlichen Vertrauensverhältnisses sein, es soll der politischen Erziehung der Jugend und der sozialen Frage Beachtung schenken, unsere Presse von Geldmächten und politischen Cliquen befreien und schließlich kulturelle Ziele aufzeigen, die den Bedürfnissen unseres Volkes gerecht werden und unsere Theater, Büchereien und sonstigen Kulturanstalten beleben.

3. Ein Kirchenaufbauprogramm muß die Verfassung der Kirche, die das Eindringen neuer Kräfte in die bestimmenden Körperschaften, besonders in das Landeskonsistorium, heute erschwert, durch eine Aenderung des Wahlrechtes ermöglichen. In stärkerem Maße als bisher soll in der Vermögensverwaltung der Kirche wirtschaftliches Können bestimmen, um die Budgetkrise aus eigener Kraft zu lösen. Gleichzeitig aber wollen wir, daß die religiöse Aufgabe der Kirche wieder ganz in den Mittelpunkt der Pfarrerarbeit rücke und so dem heute für viele Sachsen inhaltslose Körper der gültigen Geist wieder geschenkt werde. Im Zusammenhange damit fordern wir den Kampf nach außen für volle Selbstständigkeit und Geistesfreiheit in unserer Schule und Kirche und den Kampf nach innen für eine sittliche Befundung unseres Volks- und Familienlebens. Stärker als bisher muß das Gefühl der Verantwortung für

die persönliche Lebensführung, besonders auch der Führer in unserem Volk lebendig sein, stärker auch der Wille zu Opfer und Entfagung, sowie die Kraft zu wagen, zu leisten und zu leiden.

4. Ein Wirtschaftsprogramm schließlich muß neben der zweiseitigen Organisation unseres Volkes als Kirchen- und politische Gemeinschaft die dritte Zusammenfassung geben: als Wirtschaftsgemeinschaft, als Verband aller wirtschaftenden Sachsen. Voraussetzung dazu ist, daß wir auch unsere Arbeiter dafür gewinnen, indem wir uns für ihre sozialen Forderungen einsetzen. Wir brauchen Arbeitsmehrmehrbände, wir brauchen eine planmäßige Gewerbeförderung, eine Neu- und Umsiedlung und ein Kreditwesen, das nicht Selbstzweck ist, sondern im Dienste unseres Volkes steht, besonders auch im Hinblick auf unser Bauerntum. Für unsere Volksgenossen sehen wir als notwendige Richtlinien an, keine Schulden zu machen und alle verfügbaren Mittel für Ziele zu sparen, die als Grundlagen des äußeren Lebens unerlässlich sind.“

Dieses Programm ist weder kommunistisch, noch nationalsozialistisch, sondern sächsisch. Es hat auch in Hermannstadt niemand geglaubt, noch weniger behauptet, damit etwas Neues erfunden zu haben. Was uns aber alle befehle, war der Gedanke, unser Volk aus seiner Teilnahmslosigkeit an völkischen Dingen aufzurütteln, Eigennutz zu bannen, den Worten die Tat folgen zu lassen. Völkisches Selbstbewußtsein wollen wir wecken und den Willen, die Belange des Volkes den persönlichen voranzustellen.

Dies ist unser Ziel, und ihm sollte das dienen, was seit dem 7. Juni von den Kronstädter Teilnehmern an der Hermannstädter Tagung unternommen worden ist. Diesem Ziele dienen auch die Zahlen auf die Dörfer und die dort gehaltenen Vorträge. Sie waren nicht geheim, alle Sachen des betr. Dorfes waren dazu geladen, in Brennendorf und Heilsdorf führten die Obmänner des Ortsausschusses den Vorsitz, es ist niemand verdrängt worden, ich habe persönlich in Brennendorf und Marienburg gesprochen und ausdrücklich erklärt, daß wir weder eine Partei gründen noch Wahlpropaganda treiben wollen, vielmehr zur Beseitigung der bestehenden örtlichen Parteien und zum Zusammenschluß aller derer auffordern, die selbstlose völkische Arbeit zu leisten gewillt sind. Es ist sogar wiederholt der Zeitung des Kronstädter Kreisausschusses Anerkennung ausgesprochen worden, der Kronstädter Zeitung allerdings nicht. — Worum es uns unter anderem zu tun war, geht auch aus der Entschließung hervor, die in Kronstadt am 1. August in einer Versammlung von etwa 100 Männern gefaßt wurde, über die ein Bericht an die Kronstädter Zeitung von dieser mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen abgelehnt wurde. Jetzt kann sie wohl mitgeteilt werden. Sie gipfelte darin, „daß vermögende Volksgenossen und solche, die trotz der Beschränkung ihrer eigenen Mittel und nicht geringer Belastung in bewußter Entfagung ein Weiteres zu tun bereit sind, sich freiwillig Opfergaben für Volk

und Kirche auferlegen. In diesem Sinne nehmen wir Unterzeichneten daher die Verpflichtung auf uns, von heute angefangen fünf Jahre hindurch nach eigener gewissenhafter Einschätzung eine regelmäßige jährliche Volksspende in Bargeld oder Naturalien zu leisten.“ Die vollständige Entschließung ist im Septemberheft der Zeitschrift „Klinglor“ abgedruckt. Das möchte ich jedoch hier noch bemerken, daß Herr Dr. Jillich und ich in einer Besprechung mit Herrn Bischofsvikar Dr. V. Glondys und Herrn Kreisausschubobmann Dr. Depner uns bereit erklärt hatten, den letzten Absatz jener Entschließung, der zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben hatte, fallen zu lassen.

Soweit also unsere Wahlpropaganda und „Verheißung“. Wer's nicht glaubt, mag die Ortsausschubobmänner von Brennendorf und Heilsdorf oder die Herren Pfarrer dieser Gemeinden befragen. Auch wäre es angezeigt, in Marienburg selbst zu sehen, wer in der dortigen Versammlung den Ausdruck gelassen, daß unsere Banken die Bauern dahin gebracht hätten, wo sie heute sind; ein Ausdruck, der uns zur Last gelegt worden ist. Lediglich zur Arbeiterfrage sei mir noch ein Wort gestattet. Daß es sich hier um eine Frage handelt, die gelöst werden muß, beleuchtet ja auch die Kronstädter Zeitung vom 4. Oktober. Daß man sie ohne Mitarbeit der Arbeiter selbst nicht lösen können, wird kaum jemand behaupten. Wenn also eine solche Lösung ernstlich beabsichtigt war, was lag näher als den heranzuziehen, der von dem Arbeiterbund selbst zum Führer gewählt worden war, von demselben Arbeiterbund, dessen Ehrenpräsident bis zu den Wahlen der Leiter unserer sozialen Fürsorgearbeit, Herr Pfarrer Herrmann war. Die Satzungen dieses Arbeiterbundes sind unterschrieben neben dem Vorsitzenden G. Meißner von dem Ehrenpräsidenten und anderen Persönlichkeiten, der zuständigen staatlichen Stelle zur Genehmigung vorgelegt worden, und Herr Dr. Depner selbst hat Herrn Meißner ein Empfehlungsschreiben an den Führer der deutschen Parlamentarierpartei ausgestellt. Ich halte es für durchaus richtig, daß es geschehen ist. Warum aber wird Herr Dr. Gull u. a., die sich dieser Sache angenommen haben, ein Vorwurf daraus gemacht? Man hat auf diese Frage die Antwort gegeben, daß von unserer Seite Versprechungen gemacht worden seien, die nicht verantwortet werden könnten. Daß überhaupt Versprechungen gemacht worden sind, müßte jedoch erwiesen werden. Forderungen und Hoffnungen eines Arbeiterführers sind noch kein Beweis, daß von irgend einer Seite Versprechungen gemacht worden sind. Wir sind uns der Schwere des Problems zu sehr bewußt, als daß wir leichtfertig Versprechungen machen könnten. Außer man steht in dem Bekenntnis, daß hier auch für unser Volk ein Problem vorliegt, von dessen Lösung sehr viel abhängt, die daher versucht werden muß, ein leichtfertiges Versprechen.

Dies war also die von uns geschaffene Atmosphäre, in der die Wahlen stattfinden sollten. Zwölftägigem Herkommen gemäß wurde die Aufstellung der Kandidationsliste auf einstimmigen

Beschluß des Ortsausschusses den Nachbargemeinden übertragen, die dazu einen Kandidationsausschuß bestellten, dem jedoch vom Ortsausschuß 6 Vertreter mit beratender Stimme beigegeben wurden. Er stellte eine Liste mit doppelt soviel Namen auf, als gewählt werden sollten, also 172 Männer und 28 Frauen enthaltend, letztere von einer freien Frauenversammlung vorgeschlagen. Von diesen 172 Männern waren 60 bisherige Mitglieder des Orts- bzw. Kreisausschusses, der Rest von 18 konnte nicht auf die Liste genommen werden, da sie die ausgemachte Mindestzahl von Sitzungen nicht besucht hatten. Dazu wurden von den 31 durch die Vertreter des Ortsausschusses vorgeschlagenen Namen mindestens die Hälfte einstimmig oder mit Stimmenmehrheit aufgenommen, weiterhin 12 in der Liste noch nicht vorhandene Nachbargemeinden, rund 60 vom Kandidationsausschuß selbst und 20 von den Vertretern der Handelsangestellten und Arbeiter vorgeschlagene Namen, ohne daß bei dieser letzten Gruppe von irgend einer Seite Einspruch erhoben worden wäre. Merkwürdig ist, daß der Einspruch erst nach Beginn des Wahlkampfes in dem reichlich bekannten Flugblatt erhoben worden ist. Die Ursache für dieses fremdliche Vorgehen war die Tatsache, daß bekannt wurde, von einem unserer Führer auch offen zugegeben, es bestünde eine Sonderliste. Diese Liste bestand tatsächlich, zusammengesetzt aus der Nachbargemeindensliste, und es entspricht einem bei Wahlen in Kronstadt oft gelübten Brauch, daß Gruppen, die ihren Einfluß geltend machen wollen, mit einheitlicher Liste in die Wahl eintreten. Diese „Reformliste“ trug selbstverständlich der Durchführung unserer Reformideen Rechnung. Sie stand aber ganz im Rahmen der Nachbargemeindensliste und enthielt auch die Namen aller der bisherigen Kreisausschubführer und zahlreicher Mitglieder, deren Persönlichkeit der neue Kreisausschuß nicht missen sollte und deren bisherige Wirksamkeit eine Bürgschaft zu sein schien, daß unsere Reformgedanken einer ernstlichen Prüfung unterzogen werden würden. Daß ausgesprochene Gegner dieser Gedanken darin nicht Aufnahme fanden, ist wohl nicht verwunderlich. Man hat uns nachher Vorwürfe gemacht wegen einiger Arbeiter, deren Namen auf unserer Liste vorkommen. Wir haben nie geglaubt, daß 5 Arbeiter dem Kreisausschuß gefährlich werden könnten, glauben aber, daß die Interessen der Arbeiter durch die von ihnen vorgeschlagenen Mitglieder vertreten werden müssen.

Die Gegenliste unterschied sich von der Reformliste in zwei Punkten: sie gab keinem Führer der Reformbewegung Raum, auch denen nicht, die bisher Mitglieder des Kreisausschusses waren, ein einziger Teilnehmer an der Tagung vom 7. Juni kommt auf ihr vor. Außerdem hatte sie eine laufende Abgrenzung mit der amtlichen Kandidationsliste der Nachbargemeinden und führte ebenfalls den Namen „Kandidationsliste“, obwohl sie eine fertige Wahlliste war, und obwohl in dem sie begleitenden Flugblatt ausdrücklich aufgeführt wurde, sie „unverändert“ abzugeben. Sie wurde zusammen mit dem erwähnten Flugblatt von Zeitungsfrauen und in einer Nachbargemeinde auch von Zehntfrauen ausgetragen. Das Flugblatt, verfaßt im Namen eines Kreises „verantwortungsbewußter“ Männer und Frauen, warnt vor den „Vertretern einer umstürzlerischen Politik“, vor „Männern, die sich in der Verunglimpfung, und grundlosen Verdächtigungen ehrlich geleisteter Arbeit nicht genug tun können“, die „in gehässiger Weise Kampf und Verhetzung in unsere Reihen tragen“, „eine bisher ungewohnte Unduldsamkeit, ja Gefährlichkeit an den Tag legen“, die „außer unfruchtbarer Kritik und hochtrabenden Versprechungen noch nichts geleistet haben“, „völkisch unzuverlässige Elemente“ sind „und die unsere Volksgemeinschaft durch irreführende Schlagworte gefährden“. Schwerere Anschuldigungen kann man gegen Volksgenossen wohl kaum erheben. Wenn sie aber erhoben und nicht bewiesen werden, richten sie sich von selbst. Daß einige von uns in der Politik noch nichts geleistet haben, liegt daran, daß sie noch keine Gelegenheit hatten, sie zu beeinflussen. Wer aber ist überhaupt in der Lage, sich in unserer Volkspolitik der letzten Jahre einen Erfolg zuzuschreiben? Wenn aber die Behauptung von der Politik auf andere Gebiete des öffentlichen Lebens ausgedehnt wird — und

ist allgemein gehalten —, dann wird gerade durch das Flugblatt wirklich viel ehrlich geleistete Arbeit verunglimpft.

Da dieses ungezeichnete Flugblatt auch gegen den Kandidationsausschuß der Nachbarschaften schwere Anschuldigungen enthielt, gab die Leitung der Nachbarschaften ein von ihrem Obmann, dem Geschäftswart und dem Schriftführer gezeichnetes Gegenflugblatt heraus, das, ohne jemanden anzugreifen, die Anschuldigungen zurückwies. Es wurde durch Volksgenossen an Volksgenossen verteilt und nicht, wie die Kronstädter Zeitung vom 4. Oktober behauptet „durch rumänische Buben auf der Straße an Passanten ohne Unterschied der Nationalität“. Ebenso muß ich trotz gegenteiliger Behauptung nachdrücklich betonen, daß an einem Sprengungs- bzw. Störungsversuch irgendwelcher Partei oder anderer geschlossenen Versammlungen am Vorabend der Wahl unsererseits nicht gedacht worden ist. Es war das Gerücht aufgetaucht, daß im Laufe des letzten Tages eine allgemeine Wählerversammlung stattfinden werde. An der hätten auch wir teilgenommen, weil vor solchem Forum auch wir das Recht in Anspruch nehmen, unsere Ansichten zu vertreten und Angriffe abzuwehren. Parteiversammlungen gehen uns nichts an. Welche Gegensätze zu dem bedauerlichen Zwischenfall im Gewerbeverein geführt haben, entzieht sich meiner Beurteilung, doch scheint die Schuld nicht auf einer Seite zu liegen. Gewiß scheint mir aber, daß durch die einseitige Deutung dieses Vorfalls die Wahl beeinflusst worden ist.

Wenn trotz dieses Ereignisses, das unseren Bestrebungen geschadet hat, und trotz des Flugblattes viele Führer unserer Bewegung 45—48 Pzt. der Stimmen bekommen haben, so ist es doch gewagt, zu behaupten, daß der Volkswille sie von der Führung ausgeschlossen habe. Sie sind vielmehr ausgeschieden, weil unser Wahlsystem eine Vertretung der in der Minderheit gebliebenen Liste nicht vorsieht, was sonst der Fall zu sein pflegt. Von den 1500 abgegebenen Stimmen waren nämlich 30 ungültig, 698 waren Listen des Kreises um Herrn Dr. Depner, 523 Reformlisten und 249 Nachbarschaftslisten, deren Wähler teils von der einen, teils von der anderen Seite oder auch gar nicht beeinflusst waren.

Daß zu dieser Entscheidung ganz wesentlich die Arbeiter einer großen Fabrik beigetragen haben, für deren Aufnahme in die Wählerlisten merkwürdigerweise innerhalb des dafür vorgesehenen Termins weder sie selbst noch andere angesucht hatten, die aber in einer langen Liste unmittelbar vor der Wahl von ihren Arbeitgebern als wahlberechtigt ausgewiesen wurden (es bestand laut Beschluß des Ortsausschusses das Recht, auch am Wahltag die Wahl-

berechtigung für irrtümlich Ausgebliebene nachzuweisen), läßt das Ergebnis vielleicht in noch anderem Lichte erscheinen. Daß manche von ihnen garnicht wahlberechtigt sind, hat sich erst nachträglich herausgestellt. Jedenfalls hatten sie als Zugewanderte, deren Familien vielfach in der Bistritzer Gegend leben, offenbar kein besonderes Interesse an der Wahl, da sie sonst früher um ihre Aufnahme in die Wählerliste angefragt hätten.

Tatsache ist, wir sind unterlegen, und die Kronstädter Zeitung hat es sich nicht nehmen lassen, unsere Siegesstimmung am 1. Oktober an uns auszulassen.

Ohne hier auf die dortigen Vorwürfe gegen uns in weiteren Einzelheiten einzugehen, will ich bloß noch einige Worte sagen über die angeblich an uns gerichteten Vorschläge zu Einigungsverhandlungen. Der Wunsch nach einem gemeinsamen Vorgehen, den Herr Dr. Depner am 17. Juli einer Abordnung der Nachbarschaften, bestehend aus Herrn Pfarrer Staedel und Herrn Prof. Priebisch, gegenüber ausgesprochen hat, der sich aber nach Aussage der beiden Herren naturgemäß nur auf die Zusammenarbeit der Nachbarschaften mit dem Kreis- und Ortsausschuß bei der Aufstellung der Kandidationsliste beziehen konnte, hat — wie oben nachgewiesen wurde — seine Erfüllung gefunden. Darüber hinaus hat Herr Pfarrer Staedel sowohl durch das Wort der Zustimmung an Herrn Pfarrer Herrmann als auch durch die Tat — indem er nach Rücksprache mit Herrn Gemeindegastator Dr. Polony noch am 21. September i. J. zu Herrn Dr. Depner ging — seine Bereitwilligkeit kundgetan zu einer klärenden Aussprache und zu einem Einigungsversuch. Warum es unter diesen Umständen, die mir erst nachträglich bekannt geworden sind, doch zu keiner Einigung gekommen ist, wird noch zu klären sein. Doch muß jetzt schon festgestellt werden, daß die Beschlüßigung, als hätten wir die dargebotene Hand zurückgewiesen, nicht stichhältig ist. Ich neige der Meinung zu, daß hier sicher keine Seite eine bewußte Schuld trifft, gerade darum aber sollte man sich hüten, mit Außerachtlassung der Tatsache eine solche Schuld zu konstruieren.

Wir werden unseren Weg weitergehen und wenn wir auch nicht Mitglieder des Kreisausschusses sind, das tun, was wir zur Verwirklichung unseres Programmes zu tun für nötig erachten. Die Wahlen haben glücklicherweise auch in unseren Reihen die Spreu von dem Weizen geschieden. Wir werden alles begrüßen, was der neue Kreisausschuß für unser Volk unternimmt, werden uns aber durch nichts abhalten lassen, unsererseits das zu tun, wozu wir uns tiefinnerlich verpflichtet fühlen. Dr. A. Hermann

Die Singwoche in Großpold.

Die Singwoche in Großpold war schon die dritte bei uns in Siebenbürgen, und doch wird es viele geben, die davon noch nichts gehört haben. Ueber ihr Ziel und Bestreben ist es schwer, sich einen Begriff zu machen. Um es gleich vorweg zu nehmen: es ist kein Fortbildungskurs für besonders musikalisch begabte Menschen. Es ist aber auch keine Vergnügungswoche, sondern eine ernste Arbeitswoche, noch mehr: eine Rüstwoche für jedermann, wo der Mensch körperlich, geistig und seelisch ganz in Anspruch genommen wird. Er kann gar nicht anders, er muß mit-tun, der Geist der ganzen Einrichtung ist schon dazu angetan. Man spürt es unwillkürlich schon in den ersten Tagen: diese Menschen, und zwar so ganz verschiedene und sich fremde Menschen, suchen etwas Verlorengegangenes. Ihr tief Innerstes ist unruhig geworden ob der Leere und Hohlheit der jetzigen Welt. Sie spüren es, daß etwas geschehen muß, sie spüren aber auch, daß jeder einzelne selbst Hand anlegen muß und nicht auf den Anfang seines Nachbars warten darf. Sie suchen den Weg, aus dieser seelischen Not heraus zu finden und heraus zu helfen. Und um dieses zu können, muß zuerst Offenheit, Wahrheit und strenge Zucht sich selbst und dem Nächsten gegenüber vorhanden sein, um zu einer wahren völkischen Gemeinschaft zu gelangen.

Der Leiter, Alfred Rosenthal, zeigte uns im Laufe der acht Tage mit meisterhaftem Geschick, wie die Zerknirschtheit und geistige Schuch in den letzten Jahrzehnten auch in der höchsten Ausdrucksform des Menschen, in der Musik, sich äußerte und immer weiter entwickelte. Er zeigte

uns aber auch, wie durch das rechte Lied diesem abgeholfen werden kann. Der Kirchengesang soll nicht nur ein melodisches Herunterleiten des Tages sein, sondern er soll im wahrsten Sinne des Wortes auch Gottesdienst sein, wie es noch zur Zeit Luther's war, denn immer ist bei den alten Meistern des Kirchenliedes das Lied zum Lobe Gottes geschrieben und vertont worden. Und dieses soll auch uns heutigen Menschen beim Singen zum Bewußtsein kommen, dann werden wir uns auch Gott immer mehr nähern.

Ein anderes großes Gebiet in der Musik ist das Volkslied. Lange Zeit wurde das Volkslied im Vergleich zum Kunstgesang als etwas Minderwertigeres betrachtet. Wie könnte das gerade bei dem Lied der Fall sein, welches aus der lebendigen Seele eines Volkes entstanden ist, wo der Dichter gleichsam nur das Sprachrohr seines Volksstammes ist, und wo die Melodie nicht am Klavier entstand, sondern aus dem vollen Lebensempfinden herausprudelte. Ein melodischer und geistlicher Gehalt eines Liedes, der aus der Volksseele durch den Mund eines Propheten, des Dichters, vermittelt wird, und uns von dem fast unergründlichen Leben der Seele etwas offenbart, muß bei uns alle offene Herzen finden und uns nicht nur zu einer Herzengemeinschaft, sondern auch Volksgemeinschaft zusammenschmieden. Einfach, klar und offen wie das Volkslied, ernst, tief und vertrauensvoll wie der Choral soll sich das Wesen des Menschen, insonderheit das unseres sächsischen Menschen, entfalten.

Wir versammelten uns siebenzig fremde Menschen. Bei der Begrüßung wurden keine großen Reden gehalten, es erfolgte eine allgemeine Vorstellung, und dann

Der Bürgerabend regiert in Hermannstadt.

Am letzten Sonntag sind nun auch in Hermannstadt die Wahlen für den Orts- und Kreisausschuß vor sich gegangen. Sie haben zum Ergebnis einen überlegenen Sieg des Bürgerabends, der erwartet werden durfte. Von 1951 abgegebenen Stimmen entfielen 1586 auf die vom Bürgerabend und einigen kleinen Gruppen eingereichte Liste, wogegen die Volkspartei 260 und eine unabhängige Gruppe gar nur 95 Stimmen erhielt, womit beide durchgefallen sind. Für Hermannstadt bleibt somit nach wie vor die Politik des Bürgerabends maßgebend.

„Sannhäuser“-Aufführung in Hermannstadt.

Der Männerchor „Sermania“ bringt in der zweiten Oktoberhälfte Richard Wagners romantische Oper „Sannhäuser“ zur Aufführung. Wir begrüßen dies als eine völkische Tat, der wir volles Gelingen wünschen. Es wird sicher nicht leicht sein, in der heutigen Zeit mit so kostspieligen Unternehmungen herauszutreten, andererseits ist es aber doch auch Tatsache, daß gerade in schlimmer Zeit die echte Kunst uns aufzurichten vermag. In Wagners musikalisch-dramatischen Werken blüht urdeutsches Leben in aller Innigkeit und jugendfrischer Kraft. Seine Werke gehören zum Deutlichsten, was es auf dem Gebiete der Kunst gibt. Jedes einzelne davon vermittelt uns Eindrücke, davon wir jahrelang zehren können. Darum ist der Besuch des „Sannhäuser“ eine Pflicht jedes Volksgenossen sich selbst gegenüber. Der „Sermania“ aber möchten wir anheim geben, im Falle nicht ganz besetzter Häuser auch arbeitslosen Volksgenossen den Besuch zu ermöglichen.

Selbsthilfe-Bücherei.

Der Verlag Krafft & Drotteff A. G. hat in selbstloser Weise der Selbsthilfe-Bücherei eine größere Anzahl wertvoller Bücher zu Verfügung gestellt. Wir sprechen hiemit dem genannten Verlag unseren wärmsten Dank für die edle Bücherspende aus und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß auch die anderen deutschen Verleger unseres Siedlungsgebietes diesem Beispiel völkischen Pflichtbewußtseins folgen und unsere Bücherei durch weitere Zuwendungen unterstützen werden.

Die Selbsthilfe-Bücherei.



BAUM UND REBSCHULEN A.G.
AMBROSI, FISCHER & CO.
AIDUD, JUD. ALBA
PREISLISTE KOSTENFREI

Bei jeder Vergnügungsausgabe bedenkt auch die Arbeitslosen!

wurde die Einteilung der Arbeitszeit bekannt gegeben. Und im Laufe der kurzen Zeit verstand es Alfred Rosenthal durch seinen kameradschaftlichen Umgang unser aller Herzen zu erobern. Mit tiefem seelischem Empfinden zeigte er uns die Gewalt des deutschen Liedes, welche einem großen Teil der deutschen Jugend (Finckensteiner Bund) die Seele aufgelöst hat, ein Sehnen in sie hineingepflanzt nach einer Erneuerung einer wahren Volksgemeinschaft, nach einem gegenseitigen Sich-Vertrauen und -Verstehen.

Und was zeigte der Schluß der Singwoche? Im großen Gemeindefaal fand ein Abschiedsabend mit den Großpoldern statt. Viele hatten sich versammelt, wie auch sonst an allen Abenden, an welchen gemeinsam gesungen wurde. Die Lieder kamen von Herzen und gingen zu Herzen. Am Schluß sangen wir mit der Gemeinde zusammen das Lied: „Kein schöner Land in dieser Zeit, als hier das unsre weit und breit, wo wir uns finden wohl unter Linden zur Abendzeit.“ Und dann kurze Worte des Dankes von Pfarrer Konrad Möckel an Alfred Rosenthal für seine aufopferungsvolle und freudige Arbeit. Alle waren befüßt, daß das Ende schon da war, nur ein Hoffnungsstrahl, das Wiedersehen, ließ die Augen der Teilnehmer wieder erglänzen.

Monate lang werden sich viele in Gedanken noch mit der Singwoche beschäftigen, denn für die meisten war es ein außerordentliches Erleben. Mögen wir uns aber nicht nur in Gedanken damit beschäftigen, sondern gehen wir daran, den Geist der Singwoche in unsern Wirkungskreis zu tragen. W.

Ein Abreiß-Kalender für 1932

ist soeben im J. F. Lehmanns Verlag München erschienen. Dieser vaterländische, volks- und heimatkundliche Abreiß-Kalender sollte zu Weihnachten auf jedem deutschen Schreibtisch liegen; er ist ein schönes, inhaltvolles Geschenk, besonders auch für die reifere Jugend geeignet. Der geringe Preis von einer Mark wird die Anschaffung weitesten Kreisen ermöglichen. Der Kalender ist in der Buchhandlung S. Welfher vorrätig.

Brücke zur Zukunft.

Die Mütter, die in Schmerzen uns geboren, sie ruhen noch in einer sichern Welt. Uns aber ging der feste Grund verloren — ins Chaos hat uns Gott hineingestellt.

Wir können nicht mehr gläubig rückwärts blicken und sind doch zum Verneinen zu gesund. Wir tragen schwer an künftigen Geschicken, die heut noch schlummern, stumm und ohne Mund.

Mit unsern Leibern füllen wir die Lücke, die schauerlich, ein dunkler Abgrund, klast — so schlagen wir zur neuen Zeit die Brücke, und drüber braust es hell von junger Kraft.

Dies Wissen wirft auf unsre Notgeherden verklärten Glanz: daß Kind und Kindeskind sieglachend über Rosen schreiten werden, wo heute nichts als blutige Dornen sind.

Aus dem „unbekannten S. M. Mann“.

Mitteilungen der Hauptgeschäftsstelle

Um die Mehrauslagen, welche die Hauptgeschäftsstelle durch den Versand des nun wöchentlichen Erscheinens unseres Kampfblasses hat, decken zu können, werden die Mitgliedsbeiträge vom zweiten Halbjahr 1931 angefangen nach folgendem Schlüssel verteilt:

S. R. 40% Bau 20% D. G. 40%
(Bei 72.— Bei 36.— Bei 72.—)

Außerdem muß die Hauptgeschäftsstelle von jenen D. G., an deren Mitglieder das Blatt von Hermannstadt einzeln, direkt verandt wird, die hierfür bar erlegten Postverandgebühren rückfordern, sowie einen mäßigen Betrag für die Anschriften.

Den größeren D. G. gehen in nächsten Tagen Quittierbüchlein für Baufleine zu. — Die Abrechnungen über „Baufleine-Erlös“ sind monatlich mit den Monatsausweisen einzufenden.

Die ländlichen Ortsgruppen sollen, wenn kein Bargeld vorhanden ist, Naturalien für diesen Zweck sammeln und D.-G.-weise verkaufen und uns den Erlös einschieken.

Auf unsern Aufruf in Folge 23 unseres Kampfblasses, wonach die letzten Prämien-scheine der Feuerversicherungen so rasch als möglich der Hauptgeschäftsstelle einzuschicken waren, sind uns 7 Scheine zugekommen.

Wir bitten nochmals alle betreffenden Mitglieder, die Einsendung der abverlangten Scheine unverzüglich vorzunehmen.

Wir machen in letzter Stunde nochmals aufmerksam, daß das Schlimpfen und Habern mit dem Schicksal die Not nicht erleichtert, sondern verschärft. Besser kann es nur werden, wenn alle Volksgenossen in die Selbsthilfe eintreten und mithelfen. Jeder einzelne Leu hilft die Sache besser machen; trägt die kleinsten Beträge zusammen, um den Bedrängten zu helfen. Gabritius

Achtung Bauern!

Banat sucht gute Sorten Winter-äpfel. Bemühter Angebots an Molár i. P. Potchen, Lowrin, Banat.

Sicherste Kapitalsanlage!

Aktien der Gewerbe- und Handelsbank sind zu verkaufen

Schriftliche Anfragen an das Anzeigenbüro Reispargasse 33 unter „Nominalwert“

Herausgeber Fritz Gabritius.

Denkt an die Not
unserer Arbeitslosen!

Entsprechende
Bekleidungsstoffe
für die kalten Tage
in großer Auswahl und
zu billigsten Preisen
finden Sie bei der Firma
M. Kieltsch
Kleiner Ring Nr. 28

Kleines Einfamilienhaus

in gutgelegtem Viertel Hermannstadt,
an der Autobuslinie; im Obergeschoss:
1 grosses, 2 kleine Zimmer, im Keller-
geschoss: Küche, Kammer, Keller, Lust-
haus, Holzlage, Kachelöfen, Badegarnitur,
W. C. vorhanden, um 300.000 Lei gegen
Übernahme eines Selbsthilfedarlelehens,
bei Rückvergütung des Fünftels und 15
Sparaten in Bar, zu übergeben.
Nur ernste Bewerber (nicht Neugierige)
erhalten nähere Auskunft in der Haupt-
geschäftsstelle der Selbsthilfe, Huetplatz 11

Bei Anschaffung von
modernen **Möbeln**
in feinsten Ausführung
wenden Sie sich an Möbeltischler
Franz Tomanek
Reussbachgasse 13

Glühlampen

in klar, matt, Opal, Tageslicht
Jede Stärke und Stromart

kaufen Sie billigst bei
„**TECHNICA**“
Rudolf Habermann sen.
Hermannstadt, Kleiner Ring 5

Sie ersparen sich Ärger und Geld,
wenn Sie Ihre Strümpfe, Handschuhe
und Trikotagen bei der Firma **Karl
Breitenstein, Grosser Ring 17**
kaufen, weil Ihnen dort trotz des
billigen Preises für Haltbarkeit garanti-
ert wird.

Etwas Besonderes
für Weinkenner und
Freunde eines guten Tropfens!
Hokeltaler Sortenwein
Lei 26.— pro Liter im Gassenausschank
Hotel-Restaurant Schuller

Geschäfts-Eröffnung!
Spezerei- u. Delikatessenhandlung
eröffnet. Um g. Unterstützung bittet
FRITZ WALLEPAGI
Fleischergasse 7-9

Csallner
Heltauergasse 14

Alle Umsetzungen
und Reparaturen
von
Kachelöfen
werden prompt und billigst
durchgeführt durch
Joh. Spielers Witwe
Hermannstadt, Neustift Nr. 2

CHR. FRÖHLICH

Hermannstadt, Sporergerasse 26

bittet, bei Bedarf sein elektro-
technisches Unternehmen
und Warenlager in Anspruch
zu nehmen

Existenz-Gründung!

Schönes

Geschäftslokal

guter Posten für jede Branche, sofort
zu vermieten. Elisabethgasse 64/1.

MODERNE HERRENKLEIDUNG

solide Arbeit zu mäßigen Preisen

HUGO ZEIN

Herrschneider — Wiesengasse Nr. 12

J. M. Tejnor

Werkstätte für Galvanotechnik
Kunst- und Holzschleiferei
SCHAGUNAGASSE 21

Lebendig und farbenprächtig, gleich
schön, wie wirkliche Oelgemälde wirken

Große Auswahl!

ORHÄ-Gemäldereproduktionen

auf Leinwand. Kein Glasschutz nötig.
Licht- und witterungsbeständig. Durch
leichtfeuchtes Abwaschen wieder restaurierbar!

Katalog kostenlos!

Buchhandlung und
Harmoniumverkauf

Gustav Mikešch

Hermannstadt
Saggasse 3

Damen und Herren

besuchen den

MODESALON

Die Ausführung ist erstklassig!

Die Preise entsprechen den jetzigen Verhältnissen!

»MODES«

G. SCHORSCHER
Heltauergasse Nr. 41

Billig zu verkaufen 1 Hotel in Hermannstadt

mit 13 komplett eingerichteten Zimmern, Restaurant, Wohnungen, großem
Keller usw., im Zentrum der Stadt gelegen.

Zu kaufen gesucht 4 Häuser bis 2.000.000 Lei

je Haus, auf der Hallerwiese, in der inneren Stadt oder Josefstadt.

Kauf- und Verkaufsvermittlung der „Selbsthilfe“
Hermannstadt, Huetplatz 11

SCHIRMFABRIK

GUSTAV SCHMIDT

Hermannstadt, Heltauergasse 30

Erstklassige Erzeugnisse

Sport-Modeschuhe

Jederart garantiert gut — zu mäßigen
Preisen empfiehlt **Anton Juratsch**
Reisergasse Nr. 1-3
Verlangen Sie Preisliste und Ledermuster

Lehrknabe gesucht

VON

Fa. Mich. Kieltsch

Kurz- und Schnittwarengeschäft
Hermannstadt, Kleiner Ring 28

Anzeigen werden billigst berechnet.
Verlangen Sie Prospekte von unserer
Anzeigenverwaltung Reisergasse 33.

Noch besser

als in den vergangenen Jahren
ist das

Banater Mehl Ernte 1931

Erzeugnisse der
Ersten Jahrmarkter Walzmühle
frisch eingelangt!

Albert G. Ganther

Mehlhandlung — Weissbäckerei
Hermannstadt, Reisergasse Nr. 12

Modernes, praktisches RASIEREN!

Wenn Sie angenehm u. rasch rasieren
werden wollen, so verwenden Sie

JAROSOL

Es ist das idealste u. beste Rasiermittel.

Wo nicht erhältlich, wende man
sich behufs Bekanntgabe der nächsten
Bezugsquelle an die Fabrik
Guido Jaros Fogarasch

Gesunkene Preise

Wintersocken	von Lei 15.— an
Socken mit Seide	» » 20.— »
Frauenstrümpfe	» » 13.— »
Florstrümpfe	» » 35.— »
Trikothandschuhe	» » 35.— »
Sweater	» » 65.— »
Pullover	» » 95.— »
Westen	» » 110.— »
Schlupfhosen	» » 30.— »

Damen-Regenschirme » » 160.— »

Tennis-Flanelle	» » 20.— »
Zwirnbarchend	» » 30.— »
Flanellbarchend	» » 34.— »
Cöpperbarchend	» » 40.— »
Waschsamt	» » 80.— »

Molino	» » 14.— »
Leinwand	» » 18.— »
Zefir	» » 18.— »
Cheviot	» » 70.— »

Kauft billig und gut bei

ANDREE

Dragonerwache, Hermannstadt

Selbsthilfefotograf!

Hast du schon mindestens einen
Baustein für das Selbsthilfehaus ge-
zeichnet? Wenn ja, wieviel Volks-
genossen hast du dazu veranlaßt, das-
selbe zu tun? — Bedenke: ohne gut
eingerichtete Werkstätte keine ent-
sprechende Arbeit! **Gabritius**

Sitzen Sie so,



wenn Sie
diese Zeitung
lesen? Dann
sind Sie fehl-
sichtig und
sollten sich
möglichst bald
ein modernes
Augenglas
anschaffen, da-
mit Sie wieder
vollen Genuss
von Ihrem Feierabend und der Lektüre haben.

Richtig sehen heißt leben

Auch Ihnen hilft

FRANZ RILL, Hermannstadt, Heltauerg. 16

Mitglieder!

Kauf bei denen, die
in diesem Blatt ihre An-
zeigen erscheinen lassen!

Die neue Zeitung

ist das billigste und gelesenste
deutsche Blatt Siebenbürgens
Sie erscheint jeden zweiten Tag
Sie kostet Lei 35.— monatlich

Verwaltung: Hermannstadt, Kleine Erde 4

Mitglieder bestellen ihre Drucksorten

am vorteilhaftesten bei
Josef Botschner, Reisergasse 33

Anzeigenaufnahme für das
Selbsthilfe-Jahrbuch in der
Buchdruckerei „Merkur“ in
Hermannstadt, Kempelg. 19.

Unsere g. Mitarbeiter werden ersucht,
sich möglichst kurz zu fassen und von der
Einförmigkeit übermäßig langer Artikel
abzusehen, da wir solche infolge Raum-
mangels nicht veröffentlichen können.
Die Schriftleitung.

An Alle!

Infolge der vielen laufend Selbsthilfe-
Mitglieder, denen dieses Blatt kostenlos
zugestellt wird, sichert die große Auflage
des Blattes den darin erscheinenden
Anzeigen einen entsprechenden Erfolg,
daher soll jedermann seine Anzeige in
diesem Blatt erscheinen lassen. Der
Preis ist angesichts der hohen Auflage
sehr mäßig. — Man verlange ein Preis-
blatt von der Anzeigen-Verwaltung in
Hermannstadt, Reisergasse 33.

Ferner sei betont, daß dies „Selbst-
hilfe“-Blatt in jedes deutsche Haus
gehört. Der Bezugspreis ist mit 80 Lei
für ein Halbjahr festgelegt. — Verlangen
Sie Probenummer von der Hauptleitung
in Hermannstadt Huetplatz 11.

Druck von Josef Botschner in Hermannstadt


 Dampfblatt
 für das nördlich-arbaische Volk

Einzelpreis 3 Lei
Bezugspreis: Halbjährlich 80 Lei
Erscheint jeden Sonnabend

**Vergeßt unsere
Arbeitslosen nicht!**

In gerabezu klassischer Weise aber hat die Vorzüge des ständischen Systems gegenüber dem demokratischen Professor Othmar Spann in seinem Werke „Der wahre Staat“ geschildert. Wir wollen den Sinn seiner Darstellung, so weit sie für uns in Betracht kommt, in kurzen Worten wiedergeben: In einer ständisch aufgebauten Gemeinschaft, wo Gleiche unter Gleichen ihre Angelegenheiten bestellern und wo jeder seine Angelegenheiten im kleinen Kreise seiner Standesgenossen erledigen kann, bleibt für die Schäden der Demokratie, für demagogische Politik und das skrupellose Werben um die Gunft und die Stimmen der Masse fast kein Spielraum mehr übrig. „Die politische Arbeit im Ständestaat wird weniger Werbearbeit, weniger Massengewinnungs- und Massenführungsarbeit sein; als vielmehr ein Kampf großer Körperschaftlicher, in sich bereits organisierter Gruppen gegeneinander und auf diese Weise auch mehr als bisher eine sachliche, schöpferische Gestaltungs- und Organisationsarbeit.“ Es fehlt eben in der ständischen Gemeinschaft der „freie, demokratisch-anarchistische

heit pflegen wollen, wir sind gerade deshalb weit entfernt davon, in einer Rasse allein Gottes Ebenbild zu sehen, wie das leider in der Predigt behauptet worden ist. Wir glauben, daß für unser deutsches Volk die höchsten Erhebungen göttlichen Geistes an die Erhaltung und Mehrung der Erbanlagen der nordischen Rasse gebunden sind und betonen den geschichtlich zu beweisenden besonderen Wert der Nordrasse. Aber gerade darum müssen wir ja wünschen, daß auch andere Rassen ihre Grenzen einhalten, ihre Reinhaltung suchen und daß der Allvermischung der Rassen, die immer gesittungszerstörend gewirkt hat, ein Ende bereitet werde. Ist das Rassenhaß?

Und wie es mit der angeblichen Forderung einer „Unterdrückung anderer Völker“ steht, die in der Predigt erwähnt wird, das kann die Rassengeschichte der Völker indogermanischer Sprache zeigen, die ich in meiner „Rassenkunde Europas“ zu schildern versucht habe. Führung durch vorwiegend nordische ausgelesene Geschlechter war immer das Treibende im Aufbau der großen Gestaltungen dieser Völker. Führung ist aber nicht Unterdrückung, sondern das Gegenteil.

Die beklagenswerteste Unbildung zeigt die Predigt leider in der Behandlung der angeblichen Forderungen der Erbgesundheitspflege. Wo ist denn je so etwas behauptet worden wie die Forderung der Tötung von Menschen mit minderwertigen Erbanlagen? Auf welche Schauer wären hier ein Stadtpfarrer herein gefallen, also ein Seelsorger, dem daran gelegen sein müßte, seiner Gemeinde nach bestem Vermögen Wahrheit und geistige Führung zu bieten? Das Durchlesen einer der heute schon in übergroßer Zahl vorliegenden kurzen einführenden Darstellungen der Erbgesundheitsforschung hätte den Herrn Stadtpfarrer vor solchen Irreführungen seiner Gemeindeglieder bewahrt. Es gibt z. B. in der bekannten Monatschrift „Süddeutsche Monatshefte“

zwei Nummern, eine dem Rassengedanken, eine der Erbgesundheitspflege (Rassenhygiene) gewidmete, in denen Vertreter der verschiedenen Glaubensbekenntnisse und wissenschaftlichen Richtungen sich zu diesen Fragen äußern, darunter auch der Vorsitzende des Keplerbundes, eines Bundes protestantisch-christlicher Gelehrter, der, wie die anderen Mitarbeiter dieser Hefte, sich durchaus für die Schaffung einer staatlichen Erbgesundheitspflege ausspricht.

Wer heute über diese Dinge redet oder gar predigt und nicht ein gewisses Mindestmaß an Kenntnissen besitzt, der macht sich einer Fahrlässigkeit schuldig, die man einem der neuzeitlichen Zeitungs-schreiber schließlich verzeiht, nicht aber einem Seelsorger. Mit Tölung haben doch alle die erbgesundheitlichen Maßnahmen nichts zu tun, sondern nur mit der Verhinderung der Fortpflanzung aller erblich-minderwertigen Menschen in allen Ständen des Volkes. Und wie man diese Fortpflanzung durch bestimmte, den betreffenden Menschen nicht schädigende Operationen erreicht — in Amerika wird all dies schon gesetzlich geregelt und die Pfarrer verschiedener Bekenntnisse werben für diese Gedanken —, das sollte nun Herr Stadtpfarrer Glondys einmal in den einschlägigen Büchern nachlesen. Nennen Sie ihm z. B. Siemens, Vererbungslehre, Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik, oder Graf, Vererbungslehre und Erbgesundheitspflege, und dann auch Stoddard, „Der Kulturmischungs“. Ich bin überzeugt, daß ein echter Seelsorger nach Prüfung dieser Lehren eine vertiefte Dankbarkeit gegen Gott empfinden wird, der die Mittel zur Bewahrung seines „Ebenbildes“, des Menschen, diesem in die Natur gelegt hat. „Ebenbild Gottes“ zu sein, verpflichtet, und verpflichtet vor allem zur Erbgesundheitspflege!

Die verbindlichsten Grüße des
Ihnen ganz ergebenen Günther.

Spielraum“, an Stelle der Massen stehen sich Gliederungen und Gruppen, Verbände und Körperschaften gegenüber, die wohl wissen, was sie wollen und im Stande sind, unempfindlich gegen demagogische Künste wirklich sachliche Arbeit zu leisten.

Noch von einer anderen Seite beleuchtet Spanns die Vorteile des ständischen Aufbaues. Die Masse wählt den Führer nur in ihrem eigenen engen Wirkungskreis, wo sie seine Fähigkeiten beurteilen kann, und diese „Führer der mannigfaltig gegliederten Massen (die Führer der Verbände) wählen sich ihre Oberführer“. „Der politische Kampf im Ständestaat aber wird entweder um große sittlich-politische Ideen, oder um körperlich-sachliche Interessen geführt. Politische Parteien in dem heutigen Sinne kann es daher in der ständischen Ordnung gar nicht geben; es wird nur Sachparteien geben.“

Betrachtet man diese Thesen Professor Spanns über den Ständestaat auf ihre Anwendbarkeit auf unsere Verhältnisse, wird man überrascht sein, wie viel Wahrheit sie auch für uns enthalten. Gerade die jüngst vergangene Zeit, die vom Lärm der Wahlen erfüllt war, und politische Parteien in einer bei uns noch nie dagewesenen Anzahl erstehen ließ, hat uns ein recht abstoßendes Bild des Parteiengetriebes vermittelt und an uns alle die Mahnung gerichtet, mit diesem Treiben Schluß zu machen, bevor es zu spät ist. Wir müssen uns dabei immer wieder vor Augen halten, daß nur die Durchführung des ständischen Prinzips eine wirkliche Herrschaft des „Besseren“ ermöglicht. In einem demokratisch-parlamentarisch regierten Staate dagegen ist diese Möglichkeit ausgeschlossen, da in einem solchen Staate von gleichberechtigten Bürgern „ein Mittelpunkt der Regierung“ gewählt wird, der theoretisch zu allen Bürgern im selben direkten Verhältnis steht. Jeder empfängt unmittelbar vom Mittelpunkt, weiterzugeben braucht es keiner; jeder gibt unmittelbar diesem Mittelpunkt. Hier fehlt jede Rangstufenleiter. Der oberste Ausschluß, die Zentralgewalt, besteht selbst ihren Gliedern (wenn nötig vertreten durch unmittelbare Organe). Das ist unmöglich, das ist in Wahrheit gänzlich gegen die Natur... etwas gänzlich Sachwidriges, eigentlich Undurchführbares, das es denn auch in der Geschichte niemals gegeben hat. Stets haben daher

auch in der Demokratie Führungen, Eliten und ähnliche wildgewachsene Zwischengruppen vermitteln müssen.“

Haben wir es nun, um auf unsere Verhältnisse zurückzukommen, nötig, weil die meisten Staaten der Welt vorläufig demokratisch-parlamentarisch regiert werden, dies nachzumachen und alle Nachteile einer derartigen Regierungsform einzuflecken? Haben wir es nötig, Eliten und wildgewachsenes Parteienwesen groß zu züchten, die dann dem Baume unserer Volksgemeinschaft die Wurzeln abgraben? Ziehen wir einen Strich unter die Rechnung, buchen wir die Geschehnisse der letzten fünfzig Jahre auf diesem Gebiete auf Verlust und fangen wir eine neue Rechnungsperiode an. Es ist die zwölfte Stunde! (Fortsetzung folgt.)

„Tannhäuser“-Aufführung der „Germania“.

Der Hermannstädter Männerchor „Germania“ führt in diesen Tagen Richard Wagners „Tannhäuser“ auf. Er hat sich zu diesem Zwecke zwei Gänge für die Parteien des Tannhäuser und der Elisabeth kommen lassen, die im Vereine mit seinen eigenen Solisten und mit dem trefflichen Männer- und Frauenchor das Werk für die Zuschauer zu einem wahrhaft erhebenden Erlebnis gestalten. Es ragt in unserer an echten deutschen Kunstdarbietungen so armen Zeit einem grünen Baume gleich empor und spricht zu allen, zum Mann aus dem Volke nicht minder eindringlich wie zum Intellektuellen. Es ist eben wahrhafte, aus den allerfeinsten Urquellen menschlichen Empfindens und Ahnens geschöpfte, an Ausdrucksmitteln unendlich vielfältige Kunst. Die Aufführungen sind denn auch gut besucht, und dieser äußere Erfolg möge der „Germania“ Anlaß sein, auch in Zukunft nur beste deutsche Kunst zu vermitteln. Sie ist der Born, aus dem unser Volk gerade in der heutigen schlimmen Zeit schöpfen kann und muß. Das Hauptverdienst an den Aufführungen gebührt übrigens dem Chormeister der „Germania“ Dr. Wilhelm Schönherr, der seinen bisherigen großen Verdiensten um unser Musikleben hiemit die Krone aufgesetzt hat. Seine Leistung als Dirigent ist ganz hervorragend.

Politik der Woche

Deutschland.

(A.) Das bedeutsamste Ereignis der letzten Tage bildete der Aufmarsch der Nationalsozialisten in Braunschweig. Es gestaltete sich zu der gewaltigsten politischen Kundgebung, die Deutschland bisher erlebt hat, und die in einem grandiosen Vorbemarsch der Sturmabteilungen vor Hitler, dem Führer, gipfelte. Sechs Stunden währte dieser Marsch, an dem hundertviertausend deutsche Männer in wunderbarer Begeisterung und mit einer nur dem Deutschen eigenen äußeren und inneren Disziplin teilnahmen. Daß eine solche Kundgebung, die für die Bewegung ungemein wertvoll war, stattfinden konnte, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß in Braunschweig eine nationale Regierung herrscht. In jedem andern Staate wäre sie verboten worden, wie denn auch hundert von Teilnehmern aus andern Landesgebieten unterwegs aufgehalten und vielfach verhaftet wurden. So aber hat sie nochmals der Welt vor Augen zu führen vermocht, in welchem Lager der wertvolle Teil des deutschen Volkes steht, wohin das deutsche Volk marschiert. Und wenn auch die unnationale deutsche Presse noch so sehr die Kundgebung zu verleumden sucht und ihr Schönheitsfehler nachzuweisen sich bestrebt, die amtlichen Stellen des Reichsinnenministers selber haben ihr das denkbar beste Zeugnis ausstellen müssen, und das Ausland, schon daran gewöhnt, daß es sich, was die Hitlerbewegung anbelangt, auf die große deutsche Presse nicht verlassen könne, stellt mit immer wachsendem Erstaunen die wuchtige Kraft der deutschen Freiheitsbewegung fest und stellt sie auch in ihr Kalkül für die nächste Zukunft. Und fürwahr, Hitlers Idee wächst von Tag zu Tag zum schönsten deutschen Erleben. Es ist eine göttliche Kraft in dem Menschen, dessen Wille aus Millionen Menschen nun schon jahrelang unverfälscht spricht, dabei mit jeder seiner Äußerungen tiefe politische Einsicht mit größter Zweckmäßigkeit verbindend. So wie heute mögen die Deutschen zu Vulturs Zeit sich von einem auf einer erhabenen Idee ruhenden Willen getragen gefühlt haben, ein anderer Vergleich ist wohl nicht zu finden. Daß aber Hitlers Bewegung dennoch so sehr von den durch Verleumdung der von ihnen selbst in Weimar aufgerichteten demokratischen Idee heute noch herrschenden Machthabern bekämpft wird, das hat auch sein Gegenstück. Wurden doch auch jene Männer, die vor hundertzwanzig Jahren die Freiheitskriege vorbereiteten, von den an der Macht Befindlichen verfolgt! Wie sie aber trotz alledem Deutschland zur Freiheit führten, so wird es auch Hitler mit seinen Helfern tun.

In Berlin ist inzwischen auch der Außenminister Stakens zur Erwidmung des Besuches von Brüning eingetroffen. Italien und Deutschland sind naturgegebene Bundesgenossen, denen Frankreichs augenblickliche Uebermacht sowie die Politik der bisherigen Reichsregierungen den Weg zueinander einstweilen noch versperrt. Infolge dessen ist Grandis Besuch irgend eine größere Bedeutung nicht beizumessen.

Frankreich und Amerika.

In Washington haben die verantwortlichen Männer Frankreichs und Nordamerikas, Laval und Hoover, eine Begegnung gehabt, um die Lage der Dinge in Europa, die nun schon immer stärker auch auf die übrige Welt ihren Einfluß auszuüben beginnt, zu besprechen. Es verlohnt sich, die Dinge, um die es sich hier dreht, etwas näher in Augenschein zu nehmen. Frankreich ist durch den ihm günstigen Kriegsausgang zum politischen und militärischen Beherrscher Europas geworden. Es hat es verstanden, die Friedensverträge ganz in seinen Dienst zu stellen und sich von den Tributen den Löwenanteil zu sichern. Da es jedoch nicht fähig ist, seinen großen Sieg der Welt nutzbar zu machen, indem es Europa in irgend einer Weise konsolidiert, so wirkt sich der seit der Unterzeichnung der Friedensverträge bestehende Zustand, der in Wirklichkeit ein Kriegszustand ohne Waffengänge ist, von Jahr zu Jahr unerträglicher aus. Dem Unbehagen der europäischen Welt über seine Politik begegnete Frankreich dadurch, daß es sich — unter Hintanhaltung seiner eigenen wirtschaftlichen Belange —

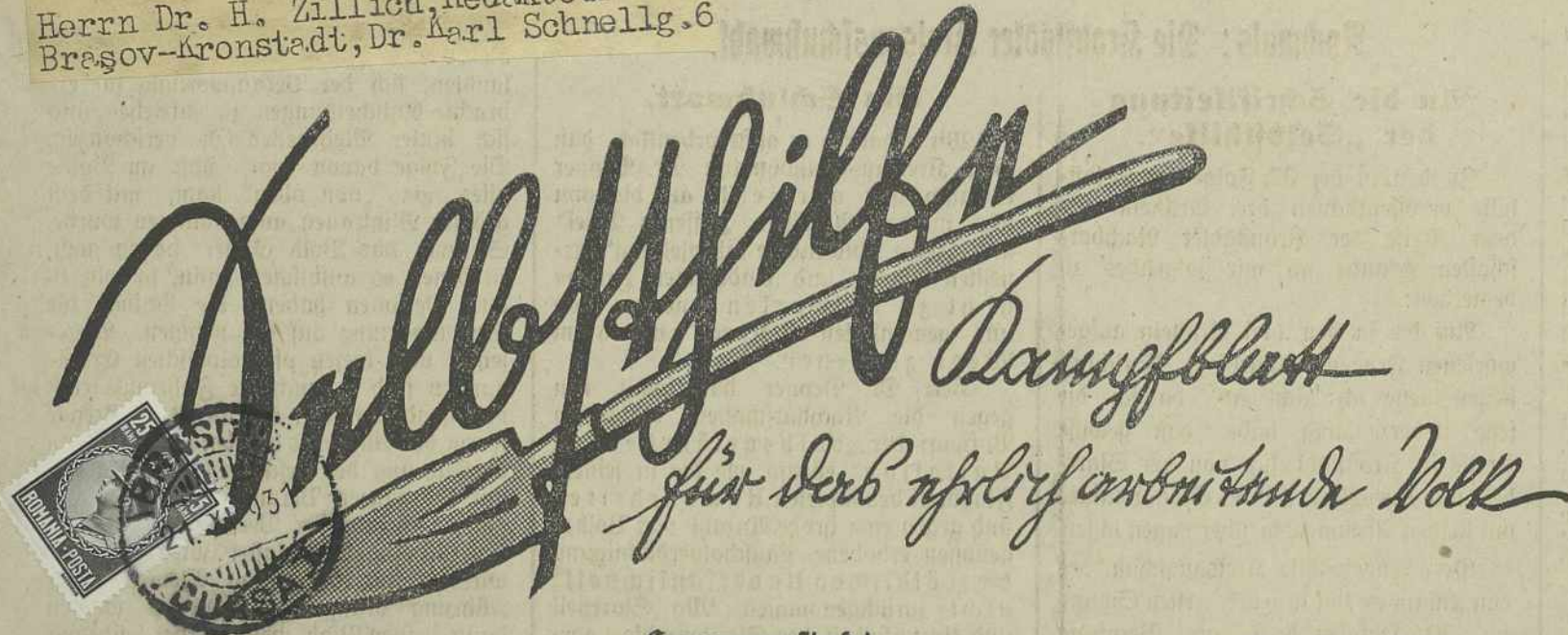
eine finanzielle Machtposition schuf, von der aus es jedweden Widerstand gegen die bestehenden politischen Zustände und gegen seine weiteren Pläne zu brechen in der Lage ist. Mit seinem Golde bedrohte es erst Deutschland und Österreich und vereitelte die geplante Zollunion der beiden deutschen Staaten. Als England den Österreichern mit einer Anleihe beisprang und Frankreichs Pläne störte, wurde die Goldoffensive gegen diesen Staat mit Erfolg unternommen. Allerdings schlug England zurück, indem es den Goldstandard aufhob, doch ist sein Verlust an Prestige kaum wieder wettzumachen.

Durch diese Erfolge ermutigt, wagte sich Frankreich schließlich auch an Amerika heran, zog auch von da Milliardenwerte an sich und erschütterte den amerikanischen Finanzmarkt. Amerika sollte sein Eingreifen zugunsten des Tributmoratoriums der Deutschen büßen! So führt Frankreich seit Monaten den schärfsten Krieg gegen die ganze Welt. Es ist kein Krieg mit den üblichen Waffen, doch trifft er die Betroffenen nicht minder empfindlich. Und wenn in der Zeit vor dem Kriege ein Staat sich ein solches Vorgehen erlaubt hätte, so wäre der Kriegsfall gegeben gewesen. Den Amerikanern ist Frankreichs Vorgehen sehr auf die Nerven gefallen, und rasch entschlossen, wie sie sind, hollen sie sich Herrn Laval herüber, um endlich einmal genau zu hören, was Frankreich eigentlich wolle. Sie haben es nun erfahren. Frankreich will von Amerika in Ruhe gelassen zu werden bei der Verwertung seines Sieges. Amerika darf es nicht mehr einfallen, den Deutschen Erleichterungen erwirken zu wollen. Die Gegenargumente der Amerikaner, daß sie nicht nur an Frankreich, sondern auch am übrigen Europa interessiert seien, und daß die Gesundung der europäischen Verhältnisse gewisse politische und wirtschaftliche Veränderungen erfordern, verfliege bei Herrn Laval nicht. Frankreich weiß zwar, daß Deutschland nicht mehr zahlen kann, dafür hat es jedoch auch seinen Plan.

Wenn Deutschland kein Geld mehr hat, um zu zahlen, so muß es mit seinen Tributen entrichten, auf keinen aber darf man ihm gestatten, daß es wieder zu einem Ueberfluß gelangt, es für sich selbst verwendet. Denn würde zu einem neuen Erstarken vor dem Frankreich instinktiv sich. Der französische Plan ist nun, deutschen Menschenüberschüssen afrika zu verwenden und industrielle Produktion zu fluß zu bringen, um sie Dienst Frankreichs zu Wort: Deutschland sklave Frankreichs französische Volk seihundert hinaus vererkennt, es geht nicht sondern auch den Zukunft — und diekeit des Widerstandes Amerikanern, ihre Kriege, leisten.

Die Reise Laval'ständige Frankreichführt. Es ist bloß in Bezug auf worden, indem Goldabzüge Versicherung mischungen gekauft haben kann allerdings nicht befriedigende Dinge weiter man nicht vor Laval von seit dem amerikanischen dem größten den Eindruck Frankreich an Goldreserven, Amerika, sobtigen Drucke Saiten aufste Frankreichs ist letzten Ende Vorteil.

Nicht die Gem die Tüchtigkeit der Kraft des Gemütes erkämpft.



Gemeinwohl geht
vor Eigenwohl!

Hermannstadt
21. Neblung (November) 1931
10. Jahrgang, 35. Folge

Einzelpreis 3 Lei
Bezugspreis: Halbjährlich 80 Lei
Erscheint jeden Sonnabend

Aus dem Inhalt:

Nochmals:
Die Kronstädter
Kreisausschuwahl.

Aufbruch der
Nordgermanen.

Politik der Woche.

Vergeßt unsere
Arbeitslosen nicht!

Ständischer Aufbau unserer Volksorganisation.

II.

Die ständisch gegliederten Körperschaften.

(Fortsetzung.)

2. Der Aufbau.

(K.L.) An die Spitze unseres Strebens nach einer vollkommenen Volksorganisation müssen wir die Frage nach der Führung stellen. Wir müssen nach der Erkenntnis handeln, daß die beste Volksorganisation jene ist, die gleichsam automatisch die besten Elemente an die Führung bringt und der Erziehung und Hervorbringung von Persönlichkeiten dient. Es hieße Unkenntnis unserer Geschichte voraussetzen, wollte man über den Wert der Persönlichkeit gerade für unser kleines Volk noch viele Worte verlieren. Selbst die härteste Gegenwart sollte uns nicht vergessen lassen, wie in der Vergangenheit jede schwere Zeit ihre mit besonderen Gaben ausgestatteten Persönlichkeiten hervorbrachte. Mit welcher Sachkenntnis wurde der Kampf um unser Recht unter dem schon alten, aber noch immer geistig frischen gelehrten und geschichtskundigen Brukenhal geführt! Wie traf der Peitschenhieb eines Feuergeistes wie Stephan Ludwig Roth das Gespann unserer Volksgemeinschaft zum rasenden Wettlauf mit den aufstrebenden anderen Nationen des Landes! Und wie zäh war doch der Kampf, den Dr. Karl Wolff gegen die Auswucherung unserer Bauern, um jede Scholle unseres Bodens kämpfte, wie zeitgerecht kam der Aufschwung unserer Banken durch seine Arbeit! Jeder dieser Männer war aber allein durch die Wucht seiner Persönlichkeit und seine hervorragenden Fähigkeiten an die Stelle gelangt, wo er am meisten leisten konnte. Heute scheint unser alterndes Volk nicht mehr in der Lage zu sein, Persönlichkeiten von solchem Format von selbst hervorzubringen; unser Streben muß daher danach gehen, Persönlichkeiten zu erziehen und am richtigen Orte in Dienst zu stellen.

Mit dem Blick auf größere Verhältnisse betont auch Adolf Hilfer die Wichtigkeit der Erziehung zur Persönlichkeit, wenn er in seinem aufklärerischen Werk „Mein Kampf“ sagt: „Der Fortschritt und die Kultur der Menschheit sind nicht ein Produkt der Majorität, sondern beruhen ausschließlich auf der Genialität und der Tatkraft der Persönlichkeit. Diese heranzuzüchten und in ihre Rechte einzusetzen, ist eine der Vorbedingungen zur Wiedergewinnung der Größe und Macht unseres Volkstums.“ Diese Worte Hilfers sind wegweisend auch für den Bau unserer Volksorganisation. Wir müssen, wie oben schon angedeutet wurde, danach trachten, den Aufbau so durchzuführen, daß den im Schoße der Volksgemeinschaft schlummernden Persönlichkeitenwerten Gelegenheit gegeben wird, in ihrem ureigensten Elemente empor zu steigen und dort belebend zu wirken, wo ihre Träger am meisten leisten können. Die Volksorganisation muß darum so gestaltet sein, daß kleinste Gemeinschaften die „Zellen“ vom Standpunkt der Gemeinschaft unter sich erwählen, diese in die übergeordnete Körperschaft einleiten, dort und später neuerliche Auslese stattfinden, bis zum

Schluß die wirklich Fähigsten an der Spitze stehen.

Der Unterschied zwischen diesen Vertretern des Volkes und den nach heutigem parlamentarischen System gewählten ist nun der, daß letztere von einer ungleichartigen Masse von Wählern, die keinen rechten Kontakt mit dem zu Wählenden haben, gewählt werden, und daß andererseits der Gewählte durch die Ungleichartigkeit seiner Wähler einer derartigen Fülle von zu vertretenden Interessen gegenüber steht, die er unmöglich bewältigen kann. Anders bei den zuerst erwähnten nach ständischem, gestaffeltem System gewählten Vertretern. Es hat jeder nur einen „Stand“ zu vertreten, er kann sich infolgedessen den Interessen dieses voll widmen und sich in seine Bedürfnisse ganz einleben. Dazu kommt noch, daß er selbst aus den Reihen der Standesgenossen hervorgeht, die die er vertritt, diese kennen ihn daher genau, wissen von seiner Sachkenntnis und haben daher Vertrauen zu ihm. Dadurch wird sich aber das Vertrauen in die übergeordnete Körperschaft von der kleinsten selbständigen Gemeinschaft bis zu größten, alles umfassenden als einigendes Band schlingen. Auf der Basis dieses Vertrauens aber ist es möglich, Persönlichkeiten werte aus der Tiefe des Volkes hervorzuholen und die Träger dort zu verwerten, wo sich am meisten leisten können.

Wir haben oben gefordert, daß eine weitgehende Staffelung und Gliederung bei dem Aufbau unserer Volksorganisation Platz finde. Dieser Forderung gemäß wird eine kleinste Einheit geschaffen werden müssen, die den Baustein für alle größeren Organisationseinheiten und damit auch für die ganze Volksorganisation abgeben soll. Diese kleinste Einheit wird die Berufsgruppe sein. In ihr werden alle Volksgenossen vereinigt, die demselben Berufsstande (dieser siehe später) angehören und in irgendwelcher Beziehung durch ihre Berufstätigkeit aneinander gekettet sind. Um als Beispiel den Gewerbestand zu erwähnen: Es würden alle Gewerbetreibenden des Lebensmittelzweiges eine Berufsgruppe bilden. Oder die Angehörigen des Bekleidungsbezuges. Ueber die Anzahl der innerhalb eines Berufsstandes zu bildenden Berufsgruppen kann hier natürlich noch nichts gesagt werden. Ihre Anzahl wird sich nach Zweckmäßigkeit und Bedarf richten müssen. So wird z. B. innerhalb des Standes der Gewerbetreibenden eine viel größere Unterteilung notwendig sein, als innerhalb des Standes der geistigen Arbeiter. Hier nähere Angaben zu machen, muß einem späteren detaillierten Organisationsentwurf vorbehalten bleiben.

Die Aufgabe der Berufsgruppe wird hauptsächlich auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Stärkung des Einzelnen im Kampfe um das Dasein zu suchen sein. Erstmalige

Die evangelische Kirche und die nationalsozialistische Bewegung.

Da katholische Bischöfe in schroffster Form gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen haben, ist es von Wert, auch von autoritativer evangelisch-kirchlicher Stelle eine Stimme zu hören, die sich grundsätzlich zur Sache äußert. Der Landesbischof der evang.-lutherischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin, D. Dr. Rendtorff, spricht sich folgendermaßen dazu aus:

„Viele Glieder der evangelischen Kirche leben heute mit ihrem ganzen Denken und Fühlen in der nationalsozialistischen Bewegung. Die evangelische Kirche ist also durch ihren Beruf, den Einzelnen zu suchen und ihm zu dienen, verpflichtet, sie in ihrem Lebenskreis zu suchen, d. h. eben in der nationalsozialistischen Bewegung. So ist die evangelische Kirche verpflichtet, um ihres Berufes willen die nationalsozialistische Bewegung in ihrem Willen zu würdigen. Diese bekundet ihren Willen, sich auf den Boden eines positiven Christentums zu stellen. Die Kirche ist durch ihren Beruf verpflichtet, diese Willenserklärung der nationalsozialistischen Bewegung ernst zu nehmen. Das bedeutet nicht die politische Anerkennung. Die evangelische Kirche lehnt es deswegen ab, zu den Einzelorderungen des nationalsozialistischen

Programms als Kirche Stellung zu nehmen. Sie weiß sich aber zu dem Dienst verpflichtet, die Grundkräfte der nationalsozialistischen Bewegung unter das Wort Gottes zu stellen. Die nationalsozialistische Bewegung bejaht mit Leidenschaft Volk und Volkstum. Die evangelische Kirche weiß, daß es für die nationalsozialistische Partei eine Lebensfrage ist, ob sie von der Gefahr loskommt, Volk und Rasse zu einem Bösen zu machen und damit dem Willen Gottes ungehorsam zu werden. Nicht das Volk, geschweige denn die Rasse ist ein Verleses, das man anbeten darf. Solche Anbetung wäre Sünde und Verletzung der Ehre Gottes. Die nationalsozialistische Bewegung bejaht mit Leidenschaft den sozialen Gedanken, den Brudergedanken. Damit vertritt sie ein Anliegen, das auch ein solches der evangelischen Kirche ist. Es ist für die nationalsozialistische Bewegung eine Lebensfrage, ob sie ihre soziale Forderung bis zu der Tiefe durchführt, wo sie zum Angriff auf die innere Haltung des Menschen wird. Die evangelische Kirche muß um ihres Berufes willen aus der nationalsozialistischen Bewegung das große Wollen heraushören und dankbar begrüßen.“

Versuche auf diesem Gebiete, die in Hermannstadt gemacht wurden, haben befriedigende Ergebnisse gezeigt, trotzdem die Beschränkung auf eine Stadt die Arbeit natürlich erschwerte. Eine weitere Aufgabe wird die Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Sowohl was Lohnfragen, als auch was Bevorzugung von Volksgenossen bei der Arbeitsbeteiligung anbelangt. Bei den Berufsgruppen des Gewerbestandes ist außerdem noch die klaglose Lösung der Lehrlingsfrage zu berücksichtigen. Schaffung von ökonomischem Nachwuchs für den Gewerbestand, Erleichterung im Berufe und Erzielung von Höchstleistungen wären hier die beruflichen Aufgaben, zu denen noch die Aufgabe der Erziehung im ökonomischen Sinne käme.

Vom Standpunkte der Volksorganisation aus werden die Berufsgruppen nur die eine Aufgabe haben, eine unmittelbare Beeinflussung von oben her zu gestalten. Sie werden die Mittler sein, die von der Volksführung kommende Direktiven und Anregungen ins Volk tragen und ihnen dort den entsprechenden Nachdruck verleihen. Ausschüsse, die für die Volksführung in Betracht kämen, werden die Berufsgruppen nicht zu bilden haben. Auch ihre eigenen beruflichen Angelegenheiten sollen nach Möglichkeit in Anwesenheit aller erledigt werden. Nur bei besonders großen Gruppen dürfen für berufliche Fragen Ausschüsse gebildet werden. Zur Durchführung sollen aber nach Möglichkeit alle An-

regungen an die übergeordnete Körperschaft weiter gegeben werden. Die Berufsgruppe wird also fast rein beruflichen Zwecken dienen. Unter den Körperschaften der Volksorganisation wird sie nicht vertreten sein, sie ist tatsächlich nichts anderes, als ein örtlicher Baustein für den Bau der Volksorganisation.

Die nächsthöhere Einheit, die kleinste Organisationsform der Volksorganisation, wird der Berufsstand sein. Für die Zugehörigkeit zum einen oder anderen Berufsstand wird die Tatsache maßgebend sein, wo das wirtschaftliche Interesse des Einzelnen am leichtesten mitvertreten werden kann, wo sich also eine größere Anzahl von Volksgenossen befindet, deren wirtschaftliche Interessen gleichlaufend sind. „Grundsätzlich muß jeder Stand die Möglichkeit der Geltendmachung seiner berechtigten Forderungen für jeden Bereich besitzen, innerhalb dessen das Bestehen oder Entstehen gemeinsamer Interessen... möglich ist, wie umgekehrt die Durchsetzungsmöglichkeit seiner Anordnungen nach demselben Grundsatze als unbedingt erforderlich anzusehen ist. Das Leitmotiv aber für alle Stände muß in erster Linie sein „miteinander“, nicht „gegeneinander“, denn „Gemeinnutz vor Eigennutz“ gilt natürlich nicht nur für das Verhältnis des Einzelnen zu seinem Stande, sondern verpflichtet auch die einzelnen Stände zur hervorragenden Berücksichtigung des Wohles des Volksganzen. Und gerade durch diesen grundlegenden Satz wird die Gefahr ständischer Volkszerpflüchterung und

gegenseitiger Befehdung ausgeschlossen werden.“

Wie viele Berufsstände sollen nun bei uns gebildet werden? Soll man überhaupt zur „Bildung“ schreiten, oder soll man natürliche Gegebenheiten berücksichtigen? Wir neigen eher der letzteren Ansicht zu, obgleich sich erst in der Praxis wird erweisen müssen, ob die Zusammenlegung zweier Berufsstände bzw. die Zerteilung eines Berufsstandes nicht eventuell von Vorteil wäre. Nach der momentanen Lage dürfte folgende Lösung die vorteilhafteste sein: Es werden fünf Berufsstände gebildet bzw. soweit sie schon vorhanden sind, beibehalten. 1. Die geistigen Arbeiter. Dazu gehören hauptsächlich die sogenannten freien Berufe: Ärzte, Advokaten, Professoren, Lehrer, Pfarrer usw. Außerdem noch Beamte, soweit sie bei irgend einem diesem Stande angehörenden Volksgenossen angestellt sind. In Orten, wo geistige Arbeiter in nur kleiner Anzahl vorhanden sind, z. B. Pfarrer und Lehrer auf dem Dorfe, werden diese praktischerweise einem anderen Stand angegliedert. Sie können sich jedoch in besonderen Angelegenheiten ihres Berufes an die im nächsten Ort befindliche Standesorganisation wenden. Diese Maßnahme gilt natürlich für alle irgendeinem Stande angehörenden und in einem Orte allein stehenden Personen. 2. Die Kaufleute. Hierher gehören auch die Industriellen und die Beamten, soweit sie nicht in den Rahmen des vorhergehenden Standes fallen. 3. Die Gewerbetreibenden. Maßgebend für die Zugehörigkeit zu diesem Stand ist, ob selbsthergestellte Waren verkauft werden. 4. Die Handarbeiter. Bedingung ist die Beschäftigung in einem den Rahmen des handwerksmäßigen sprengenden Betrieb. 5. Die Bauern. Bodenbesitzer mit Gütern vom kleinsten Bauerngut bis zum größten Großgrundbesitz.

Die Berufsstände sind wie auch die Berufsgruppen örtliche Organisationen. In ihnen werden alle Volksgenossen vereinigt, die den Bedingungen des betreffenden Berufsstandes entsprechen und im betreffenden Orte wohnen. Dieser örtlichen Begrenzung gemäß wird die Arbeit der Berufsstände sich hauptsächlich in vertikaler Richtung bewegen, sowohl in der eigenen Standesangelegenheiten, als auch was die allgemein volksorganisatorischen Aufgaben anbelangt, d. h. es findet eine Weitergabe von Anregungen und Aufgaben von der kleinsten Einheit bis zur größten statt. In rein beruflichen d. h. in Standesangelegenheiten dagegen ist auch eine horizontale Zusammenarbeit der Berufsstände möglich, d. h. eine Zusammenarbeit der örtlichen Standesorganisation mit der eines anderen Ortes. Diese Arbeit der Berufsstände entspricht also ungefähr der der Berufsgruppen. An den allgemeinen Aufgaben und an dem Aufbau der Volksorganisation beteiligen sich die Berufsstände durch Entsendung von Vertrauensmännern in die von ihnen zu bildenden Körperschaften. Die Entsendung erfolgt auf Grund einer innerhalb des Berufsstandes abgehaltenen Wahl. (Diese Wahl, sowie die Entsendung von Vertrauensmännern in die den Körperschaften der Berufsstände übergeordnete höchste Körperschaft ist die einzige Gelegenheit, wo Majoritätsentscheidungen maßgebend sind.) Die Stellung der von den örtlichen Berufsständen gewählten Körperschaften entspricht ungefähr der unserer Orts- und Kreisversammlungen. Wir wollen sie Orts- und Kreisvertretung und Kreis-Ständevertretung nennen. Ueber ihre Aufgaben und Befugnisse haben wir schon im Abschnitt „Allgemeine Richtlinien“ gesprochen, indem wir ihnen eine erforschende, beratende und fordernde Tätigkeit vorschrieben. Sie sind Mittler zwischen oben und unten, zwischen Führung und Volk und umgekehrt registrieren und leiten sie alle Wünsche von unten nach oben, vom Volk zum Führer. Wir wollen, um nicht zu breit zu werden, es bei diesen und früheren Andeutungen über die Tätigkeit dieser Körperschaften bewenden lassen. Es steht jedoch nichts im Wege bei einer neuerlichen Gelegenheit darüber mehr zu sagen.

Die breite Organisation der Berufsstände und ihrer Körperschaften findet ihre Spitze in einer Körperschaft, die

Nochmals: Die Kronstädter Kreisauswahlwahl.

An die Schriftleitung der „Selbsthilfe“.

Zu den in der 32. Folge der Selbsthilfe veröffentlichten drei Artikeln aus dem Kreise der Kronstädter Nachbarschaften erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Auf die in den drei Artikeln aufgeworfenen Fragen, Angriffen, Unrichtigkeiten gebe ich nicht ein, da ich die feste Überzeugung habe, daß gewisse Kreise in Kronstadt sich von der Starrheit und Unrichtigkeit ihres Standpunktes mit keinen Argumenten überzeugen lassen.

Der neugewählte Kreisausschuß des Burzenlandes hat in seiner ersten Sitzung am 30. Oktober d. J. zur Berufung gegen die Kreisauswahlwahl Stellung genommen und diese mit 139 gegen 7 Stimmen abgewiesen. Ueber die Verhandlung desselben kann in der „Kronstädter Zeitung“ Nr. 251 nachgelesen werden. Am 14. November wird auch der neugewählte Volksrat in Hermannstadt das letzte Wort dazu sprechen. Wir wollen dieses ruhig abwarten.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß es angesichts der lawinenartig wachsenden Not unseres Volkes vernünftiger ist, nach dem Wahlkampf durch zwecklose Zeitungspolemiken die Gegensätze nicht noch mehr zu verschärfen, sondern Kraft und Nerven sich für den schweren Lebenskampf aufzusparen. Wer ein sachliches Interesse daran hat, sich in der aufgeworfenen Frage vollständige Klarheit zu verschaffen, dem stehen die diesbezüglichen Aktenstücke in der Kreisauswahlkanzlei in Kronstadt, Klosterstraße 11, zur Verfügung.

Kronstadt 7. November 1931.

Dr. Wilhelm Depner.

Ein Schlußwort.

Wir bedauern es außerordentlich, daß Herr Kreisausschubsmann Dr. Depner es auch hier vorzieht, auf die von uns in den Aufsätzen „Offener Brief“ und „Eine notwendige Klarstellung“ gestellten klaren und eindeutigen Fragen nicht zu antworten und der von uns gewünschten Klärung aus dem Wege zu gehen.

Herr Dr. Depner hat somit den gegen die Nachbarschaften erhobenen Vorwurf der „volksgefährdenden Agitation“ ebenso wie die in seinem Flugblatt behaupteten Unwahrheiten und gegen eine große Anzahl von Volksgenossen erhobene Pauschalverdächtigung der „völkischen Unverlässlichkeit“ nicht zurückgenommen. Wo Starrheit und Unrichtigkeit des Standpunktes vorhanden ist, kann durch einseitige diktatorische Behauptungen schwerlich entschieden werden.

Die Kronstädter deutsch-sächsischen Nachbarschaften sind sich der ungeheuren Not unseres Volkes ebenso bewußt wie Herr Dr. Depner. Gerade deshalb wundert es uns, daß er, der als Kreisausschubsmann die Pflicht hätte, über den Parteien zu stehen, auch nach den Wahlen seine starre, voreingenommene Haltung beibehält. Ihm wäre es zugekommen, den tiefen Riß in der Kronstädter sächsischen Bevölkerung durch weitgehende und offene Klärung der bestehenden Gegensätze zu überbrücken.

Die Kronstädter deutsch-sächsischen Nachbarschaften erklären daher den von ihnen unternommenen Versuch einer Verständigung als abgeschlossen. Die Verantwortung für die Folgen der durch die Haltung Dr. Depners in der Kronstädter sächsischen Bevölkerung hervorgerufenen Zustände belastet nicht uns.

Kronstadt, am 10. November 1931.

Die Leitung
der Kronstädter deutsch-sächsischen
Nachbarschaften

unserem heutigen Volksrat entspricht, jedoch, wie wir sehen werden, ganz andere Befugnisse hat. Diese Körperschaft, wir wollen sie Ständerat nennen, geht aus den in den Körperschaften der Berufsstände abgehaltenen Wahlen hervor und umfaßt eine Anzahl von Vertretern eines jeden Berufsstandes. Zu entscheiden hat auch diese Körperschaft gemäß den weiter oben verkündeten Grundfätzen nicht, sondern nur zu beraten und Anregungen an das Arbeitsamt weiter zu geben. Eine Ausnahme davon ist nur in einem Fall zulässig, wenn alle vier oder fünf Jahre der Führer des sächsischen Volkes gewählt wird.

Im Zusammenhang damit ist es nun an der Zeit, etwas über die Spitze der Volksorganisation zu sagen, die aus Ständerat (Volksrat), Führer und Arbeitsamt besteht. Der Ständerat, der sich aus den Vertretern der berufständischen Körperschaften zusammensetzt, also das ganze Volk umfaßt, wählt den Führer des sächsischen Volkes aus seinen eigenen Reihen auf eine bestimmte Reihe von Jahren. Während der Amtszeit des Führers tritt der Ständerat normalerweise nur jährlich einmal zusammen, um den Bericht des Führers über die inzwischen geleistete Arbeit entgegenzunehmen, zu genehmigen oder zu verwerfen. (Ueber Sanktionsbestimmungen wird in einem ausführlichen Organisationsentwurf gesprochen werden.) Daher hat der Ständerat nicht mehr Befugnisse, als etwa die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft, die während des Jahres dem Direktor samt Direktionsrat die Geschäfte überläßt und nur einmal jährlich Rechenschaft fordert. Da steht es ihr allerdings frei, ihrer Unzufriedenheit durch Gebrauch des Stimmzettels Ausdruck zu geben. Ähnlich überläßt auch der Ständerat die Führung dem Führer und dessen „Direktionsrat“, den Mitgliedern des Arbeitsamtes. Die Mitglieder des Arbeitsamtes werden vom Führer ernannt und sind so wie dieser selbst bezahlte Beamte. Der Führer hat dafür zu sorgen, daß sich im Arbeitsamt für jeden Be-

rufsstand ein Fachmann befindet, der den Angehörigen der verschiedenen Stände mit Rat und Tat zur Seite steht. Der Fachmann im Arbeitsamt verkehrt mit Uebergehung des Ständerates direkt mit den Körperschaften der Berufsstände. Alle Beschwerden und Anregungen, die ihm auf der Stufenleiter des ständischen Aufbaues zugehen, werden, hat der Fachmann im Arbeitsamt zu erledigen, jedoch kann in besonders berücksichtigungswerten Fällen sich auch jeder Volksgenosse direkt an das Arbeitsamt wenden. Daneben hat das Arbeitsamt, wie wir es seinerzeit in unserem Programm forderten, die Zusammenarbeit der Berufsstände in die Wege zu leiten und zusammen mit dem Führer unsere „Außenpolitik“, d. h. unser Verhältnis zum Staatsvolke zu bestimmen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen dem Arbeitsamt nach unten die gestaffelten Körperschaften zur Verfügung, mit deren Hilfe es seine Reichweite bis zum letzten Volksgenossen verlängert. Für die Aufgaben nach außen müssen dem Arbeitsamt die Parlamentarier unterstellt werden. Diese werden zwar wie bisher von den Kreisausschüssen, nun von den Kreis-Ständevertretungen kandidiert, unterstehen aber nach der Wahl dem Arbeitsamt. Sogutagen als seine Außenagenten haben sie in der Hauptstadt alle vorkommenden Interventionen durchzuführen, über geplante und vorliegende Gesetzesänderungen zu berichten und nach Befragung der Berufsständevertretungen durch das Arbeitsamt dessen Weisungen entgegenzunehmen. Es gehen also tatsächlich fast alle Obliegenheiten des jetzigen Volksrates auf das Arbeitsamt über, nur lag das Arbeitsamt ständig und überwindel dadurch die „Raum- und Zeitfrage“. Nun bringt dieses Tagen in Permanenz allerdings den Umstand mit sich, daß die Mitglieder des Arbeitsamtes nicht ehrenamtlich arbeiten können. Wenn man aber bedenkt, daß wir zur Zeit neben verschiedenen bezahlten Kreisausschuß-Anwälten auch eine bezahlte Volksrat-Anwaltschaft haben, wird man hier eine wenn auch geringe Erparungsmöglichkeit durch Vereinigung dieser Stellen im Arbeitsamt sehen.

Zum Schluß noch einige Worte zur Rechtfertigung des demokratischen Aufbaues unserer Volksorganisation. Es wurde absichtlich dieser in einer Person mündende Aufbau gewählt. Bis nun wurde das Schicksal unseres Volkes von

unpersönlichen Körperschaften gesteuert, die es den eigentlichen Drahtziehern erlaubten, sich der Verantwortung für erbrachte Entscheidungen zu entziehen und sich hinter Mehrheiten zu verschanzten. Die Folge davon war, daß im Volke alles, was „von oben“ kam, mit dem größten Mißtrauen aufgenommen wurde. So wie das Volk Götter haben will, zu denen es aufblicken kann, so will es auch Personen haben, die sichtbar die Verantwortung auf sich nehmen. Abgesehen von diesen psychologischen Erwägungen sind es auch die Führung selbst betreffende Gründe, die uns diese strenge Form des Aufbaues wählen ließen. Wenn die Führung der Geschichte unseres Volkes mit der ganzen Verantwortung, mit der ganzen Gefahr der Verfälschung im Falle des Mißlingens belastet wird, werden wirklich nur die besten Elemente zur Führung drängen. Verräter werden dann keinen Platz mehr in der Führung haben, denn es fehlen die Mehrheiten, hinter denen sie bisher schützende Zuflucht fanden!

Schlußbemerkung.

Schon seit dem ersten Anklingen des „ständischen Aufbaues“ sind wir desselben wegen verschiedenen Angriffen ausgegesetzt gewesen. Namentlich das ständische Arbeitsamt war die Zielscheibe mehrerer Angriffe, ohne daß die Angreifer über seinen eigentlichen Aufbau unterrichtet gewesen wären. Die Folge davon war natürlich, daß zu viel Pulver aufgeschüttet und dadurch daneben geschossen wurde. Nun haben wir unsere Pläne vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet und erwarten mit Ruhe die Wirkung, trotzdem wir darüber im Klaren sind, daß unsere Vorschläge bei den jetzt „Regierenden“ auf schärfste Ablehnung stoßen werden. Denn wir wissen uns eins mit der großen Bewegung, die gerade jetzt überall dort einsetzt, wo ein deutsches Wort erklingt.

Vor kurzem erst erhielten wir Nachricht, daß die Süddeutschen und die Flamen daran gehen, sich nach dem ständischen Prinzip zu organisieren.

Und wir wissen, daß in Deutschland und Oesterreich vorläufig noch in Gelehrtenstuben und kleinen politischen Zirkeln der Kampf um die ständische Frage tobt. Alle diese Nachrichten aber sind Zeichen der Zeit, sind Beweise dafür, daß deutsches Erbgut sich wieder zu regen beginnt und sich wohl bald siegreich durchringen wird. Versuchen darum auch wir die Zeichen der Zeit zu verstehen und handeln wir danach. Denn unsere Vergangenheit verpflichtet!



BAUM UND REBSCHULEN A.G.
AMBROS, FISCHER & CO.
AIUD, JUD. ALBA
PREISLISTE KOSTENFREI

Politik der Woche

Rumänien.

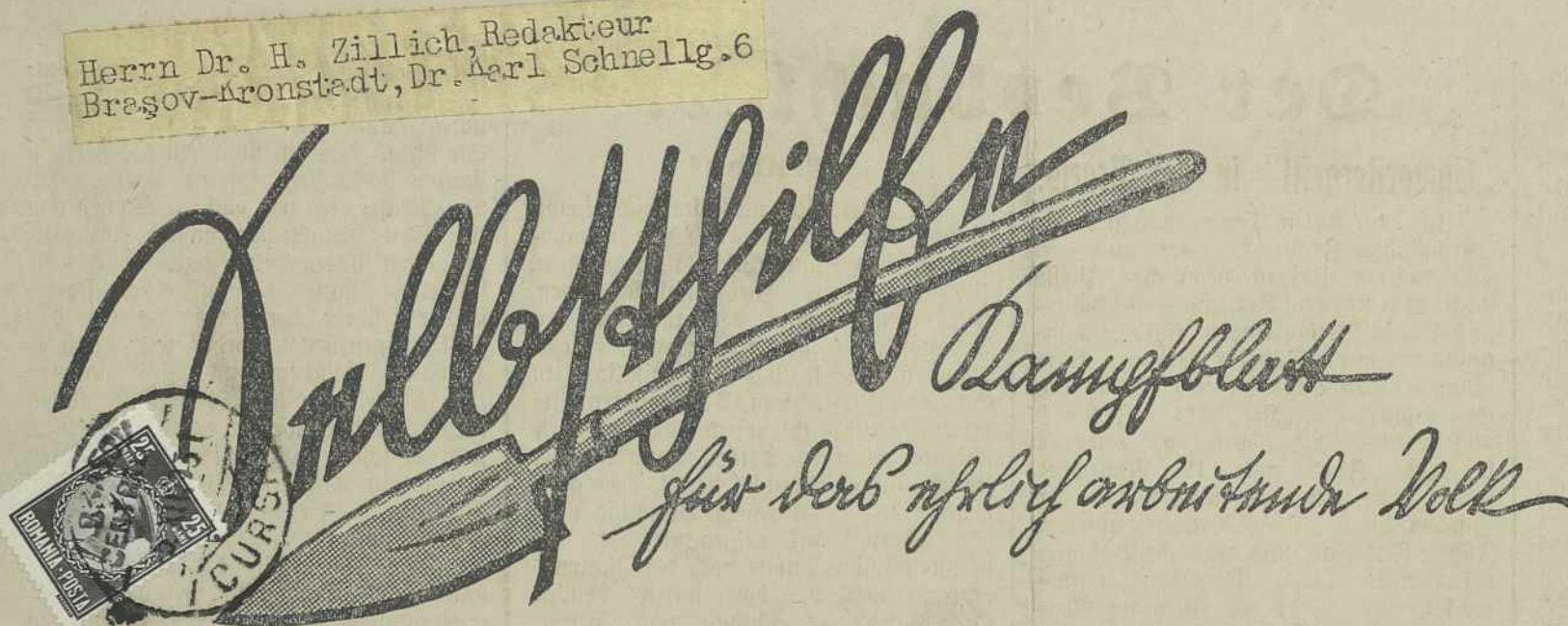
(5.) Die Parlamentsarbeit hat in Bukarest wieder begonnen. Sie ist aber nur Formsache, wie überall heute. Was in den beiden Häusern sich ereignet wird, ist im Grunde nichts anderes als äußerliche Zustimmung zu dem, was die Regierung unter allen Umständen durchführen wird. Die Regierung aber heißt in erster Reihe: Argeloiu. Er ist heute unser Wirtschaftsdiktator, der es übernommen hat, die Konjunkturmaße der bisherigen Regierungen seit dem Kriegsende zu liquidieren. Wenn man nur ein bißchen bedenkt, was das bedeutet, so wird man sich über die harten Auswirkungen seiner Maßnahmen nicht wundern. Von seinem neuen Staatshaushaltsplan läßt dieser Minister verkünden, es sei der erste, der die finanzielle Lage des Staates den Tatsachen entsprechend wiedergibt. Die bisherigen Budgets seien ohne Ausnahme unwahr gewesen, weil sie stets die unangenehmen Dinge verschleierte hätten. Beides darf man ihm glauben. Summa wenn man sieht, wie er dem bisher stets als unantastbar erachteten Seeresbudget und im Verein mit Sörga, dem Unterrichtsminister mehrere Milliarden fortgenommen hat. Argeloiu will die Staatsfinanzen in Ordnung bringen und zugleich den Leu auf der bisherigen Höhe erhalten. Die Mittel dazu muß ihm die Privatwirtschaft liefern in Form neuer Steuern und Abgaben, die in erster Reihe die Angestellten betreffen. Wesentlich verringerte Einkünfte sind die Folge der Maßnahmen des Finanzministers, weiterhin eine außerordentlich

Selbsthilfe-Jahrbuch 1932

erscheint am 1. Dezember!

Bestellungen in der Hauptgeschäftsstelle
sowie bei den Ortsgruppen-Leitungen.

Herrn Dr. H. Zillich, Redakteur
Braşov-Kronstadt, Dr. Karl Schnellg. 6



Gemeinwohl geht
vor Eigenwohl!

Hermannstadt
5. Zulmond (Dezember) 1931
10. Jahrgang, 37. Folge

Einzelpreis 3 Lei
Bezugspreis: Halbjährig 100 Lei
Erscheint jeden Sonnabend

Aus dem Inhalt:

Zur Wiedergeburt
des Bauerntums.

Politik der Woche.

Der Beobachter.

Vergeßt unsere
Arbeitslosen nicht!

Weltanschauungsfragen.

Selbsthelferkameraden!

Eine weit über die Grenzen Deutschlands bekannte Persönlichkeit, Herr Universitätsprofessor und Nobelpreisträger Dr. Stark in Großhefelohe bei München, äußert sich zu der Predigt des Herrn Stadtpfarrer D. Dr. Viktor Glondys. Ihr werdet deshalb einsehen, daß uns die Enthaltungen des siebenbürgischen Blätterwaldes nicht bis ans Herz lassen können. Wir freuen uns im Gegenteil, Dokumente ihrer Gesinnung in die Hand zu bekommen, die sie später einmal weder verdrehen noch wegleugnen können. Auf den Tag, meine Herrschaften, warten wir ruhig und werden dann unsern Wechsel präsentieren. Wir hätten übrigens die Aussprache über Volkstum oder Samaritergeist, besonders nach den treffenden Worten Pfarrer Reinert's im Tageblatt vom 25. November, unsererseits schon längst geschlossen, wenn nicht die „Kronstädter Ztg.“ in gewohnt geistlicher Weise fortführe, Zuschriften über diesen Gegenstand zu veröffentlichen.

Gabritius.

Sehr geehrter Herr Gabritius!

Gerne leiste ich Ihrer Anregung Folge, mich zu der Predigt des Herrn Stadtpfarrers Glondys über „Samaritergeist“ zu äußern. Denn es sind deutsche Volksgenossen in fernem Lande, zu denen ich durch Ihre Zeitung reden kann.

Die Predigt des Herrn Glondys ist jedenfalls dem Sinne nach über und gegen den Nationalsozialismus gehalten; zudem nennt er auch ausdrücklich die nationalsozialistische Bewegung im Zusammenhang mit seiner Verurteilung des Rassenhasses und des Rassenkultus. Aber er kennt in Wirklichkeit nicht diese Bewegung; er hat von ihr nur ein Zerrbild vor Augen. Herr Professor Günther hat bereits treffend dargelegt, wie die Ausführungen des Herrn Glondys auf Unkenntnis oder Mißverständnissen auf dem Gebiete der Rassenpflege beruhen. Ich will hier zeigen, wie er auch das Verhältnis der nationalsozialistischen Partei zu dem Gebiete der Religion unrichtig darstellt und das Gleichnis vom Samariter ganz zu Unrecht auf die Nationalsozialisten anwendet.

Nein, Herr Stadtpfarrer, die nationalsozialistische Partei läßt die Stellung des Christentums vollkommen unangefastet und ordnet seine Forderungen nicht einem „Rassenkultus“ unter. Ihre zwei Grundsätze in dieser Hinsicht lauten: 1. Die nationalsozialistische Partei hat nicht die Aufgabe einer religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes; sie enthält sich darum jeder Stellungnahme zu religiösen und kirchlichen Lehren und läßt die Lehren und Einrichtungen der christlichen Bekenntnisse im deutschen Volke unangefastet. 2. Die nationalsozialistische Partei fordert für die bestehenden christlichen Bekenntnisse ohne Bevorzugung eines derselben Schutz und Förderung für ihren Dienst am deutschen Volke; sie verlangt für die übrigen religiösen Bekenntnisse Freiheit im Staate, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das germanische Sittlichkeitsgefühl verstoßen.

Und wenn Herr Stadtpfarrer Glondys den Nationalsozialisten Samaritergeist predigt und sie vor dem Rassenhass warnet, so wendet er sich mit allen seinen Ausführungen und Ermahnungen an die falsche Adresse.

Wer ist unter die Räuber und Mörder gefallen? Doch das deutsche Volk! Wer will ihm helfen, es vor weiterer Ausplünderung und Verstümmelung zu retten? Doch die Nationalsozialisten!

Herr Glondys hält dem deutschen Volke die gewiß sehr anerkennenswerte Wohltätigkeit einzelner Amerikaner unmittelbar nach der Kriegsblockade vor. Aber es wäre viel christlicher gewesen, die Amerikaner hätten sich nicht an der Vergewaltigung des deutschen Volkes

während des Krieges beteiligt. Wir hätten leicht auf ihre Wohlthaten verzichten können, wenn sie nicht die Feinde des deutschen Volkes von Anfang mit Munition und Hilfsmitteln jeder Art und schließlich sogar mit einer Millionenarmee unterstützt hätten.

Herr Glondys warnt die Nationalsozialisten vor dem Rassenhass. Kennt er nicht den Hass der Franzosen, nicht den Hass der Juden gegen alles Deutsche? Uns Nationalsozialisten treibt nicht ein anerzogener oder angeborener Hass gegen diese Völker, sondern ausschließlich unsere Liebe zum deutschen Volk dazu an, der Vergewaltigung und Ausplünderung des deutschen Volkes durch Franzosen und Juden entsetzten Widerstand entgegenzusetzen.

Und wenn Herr Glondys die Ereignisse in Deutschland etwas gewöhnlicher verfolgt, als es bis jetzt getan zu haben scheint, so wird er feststellen können, daß in ihm gerade die Nationalsozialisten in einer Lage sich befinden, in welcher ihnen gegenüber der Samaritergeist des Herrn Glondys angebracht wäre. Nämlich nicht die Nationalsozialisten sind die Verfolger und die Hassler, sondern die Verfolgten und Gehässen. Die Verfolger und Hassler sind die Marxischen und geistigen Führer der Juden und „christliche“ Parteien, das katholische und das evangelische Zentrum, unter Führung der Jesuiten. Auf der ganzen nationalsozialistischen Bewegung lastet schwer die Bedrückung durch die von diesen Parteien gestellten oder gestützten Regierungen, fast jeden Tag muß ein Nationalsozialist unter den feigen Angriffen von Kommunisten und Reichsbannerleuten sein Leben lassen, täglich bluten viele Nationalisten aus schweren Wunden unter dem bezeichnenden Schweigen der Führung „christlicher“ Parteien.

Dies ist die Wahrheit über die nationalsozialistische Bewegung und ihre Verfolger und Hassler. Und wer sie kennt, der muß es als Christ sehr peinlich empfinden, daß ein evangelischer Geistlicher in offener Unkenntnis der Wirklichkeit gegen die verfolgte Bewegung des Samariter-Dienstes am deutschen Volk von der Kanzel durchaus unbegründete Beschuldigungen richtet und ihr Samariter-Geist predigt, statt ihren und des deutschen Volkes Verfolgern und Hassern. Ich möchte hoffen, daß Herr Stadtpfarrer Glondys das Unrecht, das er der nationalsozialistischen Bewegung offenbar aus Unkenntnis und ohne Absicht antun hat, einseht und es in dem von ihm gepredigten Samariter-Geist wieder gutmacht.

Mit deutschem Gruß an Sie, Herr Gabritius, und die übrigen national gesinnten deutschen Volksgenossen
Ihr ergebener Stark.

Wir gehen unseren Weg.

pl. Viel Feind, viel Ehr. Die letzten Tage brachten uns beinahe zu viel der Ehre, denn in unserer sächsischen Presse scheint ein konzentrischer Angriff gegen die deutsche Erneuerungsbewegung eingeleitet zu haben. Was uns weiter nicht wundert. Wir betonen immer wieder, daß der Verpießerung unseres Volkes ein Ende bereitet werden muß und finden es nur natürlich, daß sich einzelne Herren betroffen fühlen und zum Worte melden. Jede neue, große Bewegung mußte sich ihren Platz an der Sonne erkämpfen, und wir begrüßen es, daß uns Gelegenheit geboten wird, für unsere gute Sache einzutreten.

Die Ausfälle eines Herrn Schüller im Tageblatt bewegen sich auf einem derart niedrigen Niveau und verraten ein derart schwaches Nervensystem, daß ich sie glatt übergehen kann. Das Quacken der Frösche hat den leuchtenden Mond noch nie aus seiner ruhigen Bahn gebracht.

Objektiver bemüht sich, Herr Dr. F. Solzträger in der Völkischer Deutschen Zeitung über „Nationalsozialismus und wir“ zu schreiben. Das Wort „wir“ hätte er richtiger durch „ich“ ersetzen müssen, denn viele Leser dürften seinen Gedankengängen schwerlich folgen. Die Frage, ob der Nationalsozialismus Partei oder Weltanschauung sei, wird durch die Entwicklung im Mutterlande beantwortet. Eine Bewegung, der es in jugendlichem Ansturm gelungen ist, das Bürgertum über den Haufen zu rennen und in die Front des Marxismus einzubrechen, hat sich längst über den Begriff Partei hinweggelehnt. Wie Luther zur Zeit der Reformation ein neues Ideal aufstellte, entsteht vor den Augen und im Herzen unseres Volkes aus der Synthese von Nationalismus und Sozialismus, die bisher als feindliche Kräfte wie Feuer und Wasser galten, ein neuer Begriff: der Nationalsozialismus. Das deutsche Volk, das seit der Operellen-Revolution von 1918 unheimlich zerplittert war, wird durch Hitler unweigerlich zu einer Einheit zusammengeknüpft. Das ist ein Wunder, wie es die deutsche Geschichte noch nicht zu verzeichnen hatte, angesichts dessen jede Kritik kleinlich wirken muß.

Sowohl, wir Sachsen waren immer national und sozial. Sind wir es aber noch wirklich im tiefsten Sinne des Wortes? Wären wir es, so müßten wir

alle es freudig begrüßen, daß im Reiche eine Bewegung sich Bahn bricht, die in unserem Volksleben ein Vorbild findet. Herr Dr. F. scheint aber Vergangenheit mit Gegenwart zu verwechseln. Die Zeiten sind viel zu ernst, als daß wir uns etwas vormachen dürften. Weiß Herr Dr. F., daß Gemeinden des Mörsnergaues, seiner und meiner engeren Heimat, sich in Eingaben an das Ministerium gegen ihre deutsche Schule und Kirche wandten? Weiß er, daß Gemeinden aus materiellen Gründen unserem angestammten Glauben den Rücken kehren wollten? Unsere Väter fielen zu Tausenden für ihr Volk. Wieviele unserer heutigen Volksgenossen wären bereit, ihre Liebe zu unserem Sachsenvolke (nicht zu verwechseln mit der Wehrpflicht) mit dem Leben zu besiegeln? Wir wollen ideale Gesinnung, wo sie vorhanden ist, nicht verkennen. Wir wollen aber auch vor keinem Mangel die Augen verschließen und offen zugeben, daß der Nationalismus unseres Volkes in mannigfacher Hinsicht reparaturbedürftig ist.

Die soziale Seite wollen wir lieber gar nicht anschnitten. Die Arbeiter in Hermannstadt und Kronstadt könnten sich eines Rächels wohl kaum erwehren, wenn sie hören, daß laut Dr. F. die soziale Frage bei uns gelöst sei. Gewiß, die Kluft zwischen Arbeiter und Bürger klappt bei uns nicht wie in Deutschland, das ist aber ein gesellschaftliches und kein soziales Verdienst.

Wir sächsischen Anhänger des Nationalsozialismus wissen uns frei von jeder Absicht, parteimäßige Gegenstände in unser Volk zu tragen. Wir wollen aber verhindern, daß unser Volk den Frühling verschläft, der dem deutschen Michel den Schlaf verschleift. Wer sich uns verschließt, der bleibe ruhig am Wege stehen. Wir kämpfen in erster Reihe um die Jugend, die wir gewinnen werden, und wir haben eines voraus vor allen unseren Kritikern: den festesten Glauben an die volkserneuernde Kraft des Nationalsozialismus. Wir freuen uns, wenn uns unsere Presse zur Seite steht; wir können es nicht verhindern, wenn sie sich objektiv oder gehässig gegen uns wendet. Eines aber ist uns Gewißheit: wir gehen unseren Weg, und die Entwicklung wird uns Recht geben.

Banater Brief.

Es erübrigt sich, über die wirtschaftlichen Zustände zu klagen; sie ähneln jenen in Siebenbürgen, kommen aus den gleichen Quellen; Bauernschaft, Gewerbe, Handel, aber auch die freien Berufe leiden schwer; fast möchte man sagen, daß sie nicht leben und nicht sterben können, und haut jemand endgültig ab, dann kriecht einem wohl gar der gewisse Stolz auf die Zunge, den man Freunden, die lange bitterlich gelitten haben, in den Tod nachschleudert. Es ist so am besten für ihn, der Herr hat ihn selig, jetzt hat er endlich Ruh! Sächlich ist, daß unter den Hungernden sich auch die alten Pensionisten befinden; für sie wenigstens müßte der Staat die Mittel aufbringen. Die meisten Ruhe-

ständler haben keinen Nebenerwerb, und sie sollen den Jüngeren auch gar nicht das Brot wegnehmen; die Befriedigung der Pensionisten ist ja Ehrenpflicht eines jeden Staates. Dazu kommt, daß rückständige Ruhegehälter dem Ausland zu denken geben, sie könnten unsern moralischen und stofflichen Kredit drücken, jedenfalls aber schrecken sie alle gute Jugend ab, ihre Dienste einer Dankschuldigkeit zu weihen, die mit ehrlichen, arm gebliebenen Dienern schließlich als Dank für treue Dienste so verfährt, oder aber es bildet sich ein System weiter, das angesichts derart traurigen Alltags den aktiven Angestellten zur Einhamsterung von Geld und Gut auf unfauberen Wegen beizutreten verleitet. Im Banat ist der Staat den Pensionisten die Ruhegehälter seit August schuldig, und die

Not ist groß, herzerreißend. Auf die Pensionistenauszahlung also vergißt das Finanzärar, kriegt aber der Ruhestandler endlich eine Sommerpension nachgetragen, flugs zieht die Steuerbehörde ihm davon die Steuer fürs dritte, vierte Quartal ab; darauf vergißt der Fiskus nicht. Böse Zustände, die nicht wenig zu dem Mißvergnügen beitragen, das allenthalben das gesamte Leben der Bevölkerung beherrscht und einen derart bedrückenden Umfang angenommen hat, daß nicht viel zu jener Desperadosstimmung fehlt, der alles wurst und kein Ende zu schrecklich ist, wenn es nur hinter dem Schrecken ohne Ende einen Schlupfpunkt feht.

Wenn man nun wenigstens die Empfindlichkeit der Leute dort schonen wollte, wo's dem Finanzminister nichts kostet! Aber die Machthaber krähen und stiegeln darauf los in Belangen, wo man kühlschle Haut weiß. So zum Beispiel hat die Verwaltung nicht nur den Sachen die gewissen Interimskommmissionen auf den Buckel gesetzt, sondern auch uns Schwaben, und wer da allerhand drinnen hoch! Temeswar zum Beispiel ist immer noch zu 40 Pzt. deutsch, in seine Interimskommmission aber wurde bloß ein Deutscher aufgenommen, ebenso steht es um den Komitatsrat, und geradezu ulkig, dabei aber empörend verfuhr man mit der größten deutschen Landgemeinde des Banater schwäbischen Siedlungsbodens, mit dem zwölftausendköpfigen Hahfeld.

Dieser Ort soll romanisiert werden, drum kam den Betreibern der Entdeutschung das Ergebnis der Gemeinderatswahl 1930 sehr unlegen; denn der alte, gefügige, von einem ungarischen marxistischen Menschen präsidierete Gemeinderat wurde durch eine Vorlesung ersetzt, die keinerlei Hinterlücken offenließ und fest vorhalle, ein getreuer Eckart des Volksvermögens zu sein. Dann kamen die Parlamentswahlen, die Deutsche Volksgemeinschaft stimmte für Sörga, und der Dank dafür? Auf Betreiben des deutschfeindlichen Stuhlammes wurde der Gemeinderat, hinter dem neben andern staatsfeindlichen Kräften auch die Deutsche Volksgemeinschaft stand, aufgelöst und durch eine Interimskommmission ersetzt, von deren fünf Mitgliedern kaum eines für die Regierung gestimmt hatte, unter denen sich aber jener gefährlich rote, skrupellose Mensch befindet, der im berühmten Gemeinderat der Jahre 1926—1930 Primar gewesen. Dazu: von den fünf Mitgliedern sind der Vorsitzende und noch eines Rumänen, richtige Deutsche aber gibt es überhaupt nicht in der Kommmission; sie waren für solche Körperlichkeit vom Stuhlrichter nicht zu gewinnen gewesen. Bei all dem bleibt zu beachten, daß in Hahfeld das deutsche Element 80 Pzt., das ungarische in der Kommmission auch unberücksichtigte 15 Pzt., das rumänische aber bloß 5 Pzt. beträgt. Und solches tut man einem Ort an, der ohnehin, vom ersten Tage seines Eintritts in den rumänischen Staatsverband angefangen (1924), ein Stiefkind im Lande gewesen ist und deshalb wirtschaftlich fast zugrunde gerichtet daliegt! Mühte die Regierung in der heutigen Lage derlei Ungeheuerlichkeiten nicht sorgfältig verhindern, anstatt sie zu dulden und dadurch zu fördern?

Die „Selbsthilfe“ im Banat? Natürlich wäre sie nötig, und Herr Gabritius wird bei uns seinen heilsamen Weg schon machen. Trotzdem war es gut, die Werberesse zu verschleiben; eine Weile noch, und wir werden die Reise dafür haben, bis nämlich der alte Geist im schwäbischen Volkskörper ganz bankrott sein wird. Nur noch Tage fehlen dazu; schon „hitler“ es allenthalben in Stadt und Land.

Feuerwehrkameraden!

Benutzt diesen Winter zur gründlichen Disziplinierung und Umpolung unserer Feuerwehren in Aktive und Reserve-Mannschaft (Feuerlösch-, Sanitäts-, Arbeits-, Schutzmannschaft-Züge, Melddienst). Anhaltspunkte über Gaschutz in der „Selbsthilfe“ Nr. 7, 8, 11 und in der Sonderbeilage zu Nr. 34 (alles aus 1931), über erste Hilfe (Sanitätsdienst) im Jahrbuch der Selbsthilfe. Ratschläge erteilen wir Euch gerne. Wendet euch an die Geschäftsstelle der Selbsthilfe. Gabritius

Der Beobachter.

„Samaritergeist“ in der Praxis.

In den letzten Tagen hat sich die „Kronstädter Zeitung“, aber auch ein Teil unserer übrigen heimischen Presse stark mit unserer Bewegung beschäftigt und sich in Verdrehungen und Beschimpfungen unseres Führers geradezu überschlagen. Den Vogel hat selbstverständlich wie immer die „Kronstädter Zeitung“ abgeschossen. Abgesehen von einer in der „Kr. Ztg.“ vom 19. November erschienenen „Vorbemerkung“, in der unserem Blatt „Verwilderung“, unserem Führer Fritz Gabritius aber „beispielloses, verantwortungsloses Vorgehen“ vorgeworfen wird, ist es vor allem ein Meinungsgeguß des Herrn Hans Brantisch, Pfarrer in S.-Regen, der in diesem Zusammenhang tiefer gebängt zu werden verdient. Inhaltlich stehen die Ausführungen dieses Seelforgers etwa auf derselben Stufe, wie die des Herrn Albert Schuller aus Kronstadt und dürfen daher kaum von allgemeinem Interesse sein. Was sie jedoch bemerkenswert macht, ist die zumindestens in geistlichen Kreisen ungewohnte Ausdrucksweise, die wir einem evangelischen Geistlichen kaum zugekraut hätten, am allerwenigsten jedoch einem so begehrten Apostel des Samaritergeistes, wie es Herr Pfarrer Hans Brantisch zu sein vorgibt. Herr Pfarrer Brantisch legt unserem Führer wahrscheinlich aus dem Gefühl christlicher Nächstenliebe heraus folgende Eigenschaften bei: Mangel an innerer Wahrhaftigkeit und folgerichtigen Denkvorgängen, besinnungslose Trunkenheit, innere Verwirrung, bodenlose Verständnislosigkeit usw. Ueberdies soll Gabritius ein Verkünder der Gewalt, der Unduldsamkeit und des Hasses sein. Seine Ausführungen hingegen sind nach Ansicht Herrn Pfarrers Brantisch's „im Rauschzustand gestammeltes Propheten-Geschwätz“! — Wahrlieh, eine Billenlese von Ausdrücken, die sowohl einer „Landeszeitung für Rumänien“ als auch eines sächsischen Pfarrers würdig ist!

Angesichts solcher Äußerungen wahren „Samaritergeistes“ und echt christlicher Duldsamkeit wird man sich ernstlich fragen müssen, ob es nicht vollkommen verfehlt war, den in unserm Blatt gehandhabten Ton als „Verwilderung“ zu bezeichnen. Zumal doch unser Blatt trotz seiner „Verwilderung“ noch niemanden beschuldigt hat, er „werfe mit Dreck“ oder sei „ein Stänkerer schlimmster Sorte“, wie es seinerzeit die „Kronstädter Zeitung“ mit Bezug auf unsern Führer getan hat. Es fragt sich aber weiters, ob unsere oberste kirchliche Behörde ein Interesse daran hat, daß ihre Kräfte in der Presse in einem Ton polemisieren, wie es Herr Pfarrer Brantisch getan hat und der kaum dazu angehen sein dürfte, das Ansehen und die Würde des Priester-gewandes zu fördern.

Wir können es ruhig unserem Leserkreis überlassen, sich über das Kapitel „Verwilderung“ ein Urteil zu bilden. Uns wird man es aber bestimmt nicht verargen dürfen, wenn wir einem „Samaritergeist“, der in derart merkwürdigen Formen auftritt, nicht das gewünschte Verständnis entgegenbringen.

Politik der Woche.

Die Frage der Schuldenregelung des Deutschen Reiches steht zurzeit im Mittelpunkt der Ereignisse. Die Reichsregierung hatte vor Wochen die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel verständigt, daß sie den Zusammentritt des eigens vorgesehenen Sachverständigenausschusses wünsche, damit dieser sich angesichts der Zahlungsunfähigkeit des Reiches für geeignete Maßnahmen ausspreche. Im Grunde möchte Deutschland eine endgültige Regelung der Zahlungs-, oder besser gesagt, der Tributfrage, worin es von England und Amerika unterstützt wird. Diese beiden Mitinteressierten treten für die Bedorzung der Privatschulden Deutschlands vor den Kriegskrediten ein, würden jedoch auch gegen eine Streichung der Tribute nichts einwenden. Sie können jedoch gegen Frankreich nichts ausrichten, das mit der Preisgabe des Anspruches auf Deutschlands Kriegsschuldung

Neubau!

—r. Der Ab- und Umbauvorschlag Rudolf Brandtsch's ist, wie vorausgesehen war, auf Widerstand gestoßen. Allerdings wird dabei leicht übersehen, daß er nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung niedergeschrieben wurde, „daß unsere heutige Organisation in Schule und Kirche weder unseren Bedürfnissen entspricht, noch von uns wirtschaftlich getragen werden kann“. Wer jedoch Rudolf Brandtsch kennt, weiß ganz genau, daß er in jenem Vorschlag nicht sein letztes Wort gesprochen hat. Es könnte nämlich immer noch der Nachweis erbracht werden, daß unsere heutige Organisation in Schule und Kirche, sofern sie unseren Bedürfnissen entspricht, von uns wirtschaftlich getragen werden kann!

In einem Punkt scheint allgemeine Uebereinstimmung der Meinungen zu herrschen, nämlich, daß nur ein Vorschlag auf weite Sicht, d. h. unbefristet durch die gegenwärtigen, vielfach erschütterten Verhältnisse, unsere Lage richtig zu beleuchten vermag. Und da scheint es nun, als ob nur eine neue Erfindung, ähnlich dem alchimistischen Versuch, aus Blei Gold zu machen, uns vor dem Damoklesschwert des drohenden Abbaues unserer Kulturlandschaft zu bewahren imstande wäre. Neue Erfindungen aber sollten im Zeitalter Edisons nicht von vornherein mit dem bei uns üblichen überlegenen Lächeln des Zweiflers („Was kann aus Nazareth Gutes kommen?“) behandelt, sondern von jedem verantwortungsbewußten Volksmann ernstlich geprüft und in Betracht gezogen werden. Tatsache ist jedoch, daß eine der ausfichtsreichsten Erfindungen unseres Jahrhunderts seit etwa einem Jahrzehnt mitten in Hermannstadt offen brachliegt, ohne Beachtung zu finden.

Solange das aber der Fall ist, erscheint es verfrüht, an Abbau auch nur zu denken!

Dr. Fritz Klein, ein — Jude!

Unser Landsmann, der Hauptkristleiter der „Deutschen Allgem. Zeitung“ Dr. Fritz Klein hat am verflorenen Freitag im Berliner Rundfunk einen Vortrag über die angeblichen Putschpläne der Nationalsozialisten in Hessen gehalten und die Machenschaften dunkler marxistischer Hintermänner bei dieser Gelegenheit ins richtige Licht gerückt.

Diese Tatsache hat die gesamte „deutsche“ Linkspresse zum Anlaß genommen, um in allgewohnter Gemeinheit über Dr. F. Klein als einen verkappten Anhänger Sillers herzufallen. Das stärkste Stück hat sich wohl die kommunistische „Welt am Abend“ geleistet, die Dr. F. Klein einfach als Juden erklärt, der „seine fremde Rasse gegen die Braune-Haus-Rasse auslauschen möchte“. Daher sei er „Hitler eine Probeleistung schuldig“.

Ein Musterbeispiel marxistischer Kampfesweise.

In Deutschland hat die Systempresse sich einen tollen Wirbel geleistet durch unerhörte Aufbauschung eines Streiches, den offenbar ein Spitzel den Nationalsozialisten spielen wollte. Ein Dr. Schäfer, der vor einigen Wochen von den Sozialdemokraten zu den Nationalsozialisten übergetreten war, bemächtigte sich eines Planes, der von einem Darmstädter Führer der Hitlerleute für den Fall ausgearbeitet worden war, daß es zu einem Bolschewikenaufrstand kommen und dieser von den Nationalsozialisten niedergeschlagen werden würde. Der Plan sieht verschiedene drastische Maßnahmen vor, darunter natürlich Verhaftungen und Befestigungen. Er ist jedoch eine Privatarbeit, von der die Parteileitung keine Kenntnis hat. Auf die Anzeige des famosen Dr. Schäfer hin ließ der Reichsinnenminister durch die Landesbehörden sogleich Untersuchungen vornehmen und der Presse Mitteilungen machen, wobei er den zuständigen Reichsanwalt ausschaltete. Die mit der Durchsicherung betrauten Polizeibehörden fanden jedoch kein belastendes Material vor, was sie auf Aufforderung der Gauleitung auch bescheinigten. Die große Aufmachung der Systempresse über den nationalsozialistischen „Hochverrat, Staatsstreich“ usw. ist somit eine Blamage für diese selbe wie auch für den Innenminister Severing, dessen Organe angesichts des Mißerfolges den Reichsanwalt vordrängen wollten, dieser aber stellte sie erstrecht bloß, indem er eine öffentliche Erklärung abgab, wonach er mit der Angelegenheit nichts zu tun habe, da er sie nicht als ernsthaft ansehe.

Englands Schutzollmaßnahmen beginnen ihre Wirkung auszuüben. Die Tschechen klagen, daß ihre Einfuhr von Fertigwaren nach England zum Stocken gekommen sei. Auch die französische Industrie beginnt den sinkenden Absatz zu verspüren. Argentinien und Spanien haben Frankreichs Waren aus Gegenseitigkeitsgründen ebenfalls mit Schutzöllen belegt. Da weiterhin das Pfund Sterling wieder neue Kursverluste erlitten hat, sind auch die französischen Pfundgläubiger mit insgesamt 3 Milliarden neu geschädigt worden, so daß Frankreich den von ihm gerufenen Geistern auch schon ellihe Plagen verdankt.

In den japanisch-chinesischen Streitfall haben die Vereinigten Staaten eingegriffen und anscheinend eine Art Waffenstillstand unter den beiden Gegnern erzwungen. Der Völkerbund sieht sich darob in einer etwas jämmerlichen Lage, denn ihm war irgend ein Einfluß auf die Geschehnisse im Fernen Osten versagt, wogegen Amerikas erstes Auftreten sichtbare Folgen aufweist. Es fragt sich allerdings, wie weit die einstweilige Unterbrechung der Kriegshandlungen Japans Absichten zuwiderläuft. Es ist nicht anzunehmen, daß die Japaner so ohne weiteres ihre großzügigen Pläne aufgeben werden. Vielmehr wollen sie Amerika den Schein einer Nachgiebigkeit zugeföhren, um auf dem Verhandlungswege doch den größeren Teil ihrer Absichten zu verwirklichen.

Volkswirtschaft.

Zur Wiedergeburt des Bauerntums.

Von A. Walther Doree, München.

Der Verfasser des nachfolgenden ausgezeichneten Aufsatzes ist einer der führenden Köpfe der nationalsozialistischen Bewegung und erster Sachmann in Fragen der Landwirtschaft. Seine Bücher „Neuadel“ und „Bauerntum“ haben berechtigtes Aufsehen erregt.

Wir können die Lage dahingehend kennzeichnen, daß die durch das kapitalistische System des Liberalismus und seines getreuen Gegenpielers des Marxismus bedingte Abkehr vom Bauerntum einer Gegenströmung Platz zu machen beginnt, welche noch stark gefühlsmäßig betont ist und das Herausarbeiten klarer Grundgedanken vermissen läßt. Aber die bis zum Kriege 1914—18 allgemeine Entwicklung einer Abkehr vom Bauerntum ist heute innerhalb nationaler und völkischer Kreise bereits abgelassen und ist einer ausgesprochenen Bauern-Romantik gewichen. Deren wesentlicher Vorzug ist allerdings vorläufig nur darin zu suchen, daß sie dem Land entfremdeten Städler eine geistige

Ist eine Wahrheit erkannt, dann ist sie doch so
lange wertlos, so lange nicht der unbändige Wille
dazu kommt, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen!
Adolf Hitler.

Die Natur, die den Kampf zum obersten Gesetz
alles Lebens erhoben hat, hat aber auch in alle ge-
sunden Geschöpfe den Trieb gelegt, sich zu wehren
und um ihr Dasein zu kämpfen. Oberst Sierl.



Unsere Arbeit im Jahre 1931

Bericht über die Tätigkeit der Selbsthilfe im Jahre 1931.

Mitglieder (allg. Mitglieder):

Stand Anfang 1931	2.697
Zuwachs im Jahre 1931	496
Stand Ende 1931	3.193

Von Darlehensnehmer:

Stand Anfang 1931	1.448
Zuwachs im Jahre 1931	16
Abgang im Jahre 1931	53
Stand Ende 1931	1.411

Darlehensanforderungen:

Stand Anfang 1931	Rei 329.557.000—
Zuwachs im Jahre 1931	» 1.740.000—
Abgang im Jahre 1931	» 13.866.000—
Stand Ende 1931	Rei 317.431.000—

Ausgezahlte Darlehen:

Stand Ende 1930	Rei 99.928.287—
Zuwachs im Jahre 1931	» 25.026.602—
Stand Ende 1931	Rei 124.954.889—

Die Hilfen wurden verwendet:

zum Bau bzw. Ankauf von Häusern in	175 Fällen
zur Entschuldung	» 268 »
für Grundkauf	» 16 »
für Studienhilfen	» 52 »

Rechnungsabluß vom 31. Dezember 1931.

Forderungen

Kassa	Rei 32.304—
Banken	» 4.319.491.40
Schuldner: Darlehensfond	Rei 55.906.027.45
Schw.-Franken-Darlehensfond »	89.357.78
Einlagen-Rechnung	» 194.885— » 56.190.270.23
Wertpapiere	» 1.557.900—
Geschäftseinrichtung	» 87.310—
Ratenausgleichs-Rechnung	» 72.305—
Verlust	» 503.708.87
	Rei 62.763.289.50

Verpflichtungen

Gläubiger: Darlehensfond	Rei 60.148.759—
Ortsgruppen	» 119.311.20
Sparfond	» 115.050—
Einlagen-Rechnung	» 414.431—
Zielsparer	» 13.000—
Schw.-Franken-Darlehensfond »	89.357.78 Rei 60.899.908.98
Reservefond	» 1.474.510—
Angestellten-Abfertigungs- und Pensionsfond	» 179.678—
Fond für zweifelhafte Forderungen	» 209.192.52
	Rei 62.763.289.50

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1931.

Verlust

Verwaltungskosten	Rei 1.362.007.40
Zinsen	» 7.415—
Abschreibung	» 9.700—
	Rei 1.379.122.40

Gewinn

Zinsen versteuert	Rei 553.130.53
unversteuert	» 315.573— Rei 868.703.53
Vermittlungsgebühren	» 6.710—
Verlust	» 503.708.87
	Rei 1.379.122.40

Hermannstadt, am 25. März 1932.

Fritz Fabritius e. h.
Vorstand

Für die Buchhaltung:

Johann Georg Moodt e. h.

Von den Rechnungsprüfern geprüft und richtig befunden:

Ernst Manchen e. h.

Jakob Hoffmann e. h.

Oskar Lang e. h.

Für die Kontrolle:

Albert Schuster e. h.
auf. Buchhalter

Emil v. Hochmeister e. h.

Die Selbsthilfe hat ihren Mitgliedern an Zinsen erspart:

1928	angenommener Zinsfuß der Banken 22 % = Ersparnis	Bei 342.000—
1929	» » » » 18 % = »	» 1,192.000—
1930	» » » » 16 % = »	» 3,720.000—
1931	» » » » 14 % = »	» 4,498.000—
Zusammen		Bei 9,752.000—

Wie weit sich die wirtschaftliche Lage der Selbsthilfe von Jahr zu Jahr — trotz Krisenzeit — bessert, zeigt untenstehende Aufstellung:

1928	eingesetzter Betrag	38,9 Millionen		
31. 12.	ausgezahlt	57	Verhältnis der Einrichtungen zu den ausgezahlten Darlehen:	
	noch auszusahlen	33,2		6,85 : 1
1929	eingesetzter Betrag	202,0		
31. 12.	eingegangene Gelder	54,6	Verhältnis der Einrichtungen zu den ausgezahlten Darlehen:	
	noch auszusahlen	147,4		3,7 : 1
1930	eingesetzter Betrag	329,5		
31. 12.	eingegangene Gelder	105,1	Verhältnis der Einrichtungen zu den ausgezahlten Darlehen:	
	noch auszusahlen	224,4		3,1 : 1
1931	eingesetzter Betrag	317,4		
31. 12.	eingegangene Gelder	129,2	Verhältnis der Einrichtungen zu den ausgezahlten Darlehen:	
	noch auszusahlen	188,2		2,45 : 1

Geldempfang in den verschiedenen Ortsgruppen:

	Gemeinde		mit Ende			Gemeinde		mit Ende	
			1930	1931				1930	1931
1.	Algenheim	Bei	1,450.000—	1,620.000—	27.	Mühlbach	Bei	81,687.843—	98,889.445—
2.	Birk			100.000—	28.	Neithausen		4,530.000—	5,816.000—
3.	Birchalm		800.000—	800.000—	29.	Neppendorf		15.000—	100.000—
4.	Bogeschdorf		500.000—	500.000—	30.	Neustadt bei Schäßburg		1,255.000—	1,702.000—
5.	Broos		400.000—	400.000—	31.	Neustadt bei Kronstadt		100.000—	100.000—
6.	Bukarest			271.000—	32.	Petersdorf		1,225.000—	2,225.000—
7.	Deutsch-Weiskirch		270.000—	270.000—	33.	Rex		300.000—	795.000—
8.	Donnersmarkt		100.000—	100.000—	34.	Reußen		50.000—	50.000—
9.	Elisabethstadt		300.000—	300.000—	35.	Reußen			200.000—
10.	Felsendorf		300.000—	300.000—	36.	Reußenmarkt		70.000—	340.000—
11.	Fogarasch		1,995.000—	2,855.000—	37.	Roseln		817.944—	817.944—
12.	Gießhübel		165.000—	197.000—	38.	Rosenu		2,050.000—	2,300.000—
13.	Großpold		115.000—	175.000—	39.	Sächsisch-Regen		3,100.000—	4,378.000—
14.	Heldsdorf		2,350.000—	2,650.000—	40.	Schäßburg		750.000—	852.000—
15.	Hellau		6,440.000—	7,508.000—	41.	Schellenberg		514.500—	579.500—
16.	Hermannstadt		52,170.843—	63,667.445—	42.	Schirkanyen			10.000—
17.	Holzungen		38.000—	117.000—	43.	Schlatt			125.000—
18.	Kaisd		60.000—	60.000—	44.	Stein		800.000—	835.000—
19.	Karlsburg		1,500.000—	1,912.000—	45.	Talmesch		100.000—	100.000—
20.	Klausenburg		400.000—	400.000—	46.	Tarlau		25.000—	25.000—
21.	Kleinschenk		200.000—	200.000—	47.	Urwegen		293.000—	420.000—
22.	Kronstadt		7,442.000—	9,109.000—	48.	Weidenbach			100.000—
23.	Leischkirch		584.000—	923.000—	49.	Wolkendorf		100.000—	100.000—
24.	Malmkrog		100.000—	100.000—		Zeiden		1,750.000—	2,050.000—
25.	Mediasch		3,508.000—	3,855.000—		Studiengelder		395.000—	2,045.000—
26.	Meschen		500.000—	500.000—		Zusammen	Bei	99,928.287—	124,954.889—
	Zürtrag	Bei	81,687.843—	98,889.445—					

Abbruch der Wirtschaftsdemokratie!

Von Dr. Hans Buchner, München.

(Aus dem N. J. Monatsheft 10.)

Der Bedingung früh erfüllt,
gelangt bequem zur Freiheit.
(Goethe.)

Der Nationalsozialismus geht von dem Bestreben aus, die Zusammenschau der physischen und psychischen Kräfte des einzelnen sowohl wie der Gesellschaft auf Grundwerte der Rasse und des Blutes zurückzuführen. Diese seien nicht nur als naturgebundene Energieträger, sondern auch als geistige und seelische Wertmesser eines Sattlungsorganismus zu betrachten, der seine Verrichtungsformen gleichmäßig auf das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben erstreckt. So vollzieht sich ein erkenntnistümlich erfahrener und willenhaft beeinflusster Verinnigungsvorgang zwischen der persönlichen Einzelheitlichkeit und der volkstümlichen Typenform, der die Gesellschaft aus einer mechanischen Summierung der Individuen zu einer sinnvollen Gruppierung körperschaftlicher Gemeinsamkeitsordnung mit sittlichen und charakterlichen Grundwerten erhebt; andererseits die Autarkie des einzelnen ihrem rechten Maß zuführt, ohne ihren Schwung zu brechen oder sie aus der Beziehungssehung zur artgleichen und artverwandten Ganzheit zu lösen. Für die Wirtschaftsphilosophie finden

wir damit als Formel „die Verneinung eines anarchischen Individualismus, aber die Bejahung der aus dem Volkstum hervorgehenden schöpferischen Persönlichkeit; die Verneinung eines anorganischen Universalismus der Völker, aber die Bejahung der erzeugenden, schaffenden Volksgesamtheit; Freiwerden der Einzelkraft sowohl wie Schutz des einzelnen vor Ausbeutung einer Gesamtheit, Sicherung einer Gesamtheit vor den egoistischen Übergriffen der Individualität, wie Unterordnung der Gesamtheit unter die individuelle, selbstlos handelnde Führerpersönlichkeit“. Damit treten Leistung, Verantwortung, Sittlichkeit, Ordnung und Freiheit an Stelle von Selbstsucht, Spekulation, Stofflichkeit, Profitlichkeit, Anarchismus und Resignation. Eine neue Auffassung der Rechte und Pflichten des einzelnen wie der Gesamtheit bezieht die organische, volksgemeinschaftliche Wertgewinnung auf die leistungsbestimmte Gesamtarbeitsverrichtung, die eine Art amtsmäßigen Charakter erhalten kann.

ikgs



Hermannstadt
23. Eismond (Januar) 1932
11. Jahrgang, 4. Folge

Einzelpreis 3 Lei
Bezugspreis: Halbjährig 100 Lei
Erscheint jeden Sonnabend

Aus dem Inhalt:

Unerfreuliches und
Nachdenkliches über
die „Kronstädter Ztg.“

Deutschlands
blutende Grenzen.

Politik der Woche.

Ein Rückblick.

Gemeinwohl geht
vor Eigenwohl!

Gerechtigkeit für unsere Arbeiter!

(S.) Unter den Fragen, die seit Ende des Weltkrieges im Vordergrund des Interesses und der inneren Kämpfe aller Völker stehen, ist die soziale die wichtigste und innerhalb ihrer wieder nimmt die Gewerkschaftsfrage eine besondere Stellung ein. Ursprünglich dazu bestimmt, als natürliches Organ der Berufsvertretung die Sicherheit der nationalen Wirtschaft zu erhöhen und deren Kraft durch Beseitigung verschiedener Mängel zu stärken, entwickelten sich die Gewerkschaften — abgesehen von den christlichen und den faschistischen — schließlich zu dem, was sie heute sind, zum Instrument des Klassenkampfes, der selbst vor höchsten und heiligsten Einrichtungen der Völker nicht Halt macht. Die Ursache dieser Entwicklung wird in erster Linie in der Verstandlosigkeit der Unternehmerrschaft in den Industriestaaten dem sozialen Problem gegenüber zu suchen sein, die von allem Anfang die Begriffe „Gewerkschaft“ und „Marxismus“ gleichsetzte und die Gewerkschaften einem volkszerstörenden Marxismus einfach in die Arme trieb. Denn nicht die Gewerkschaft als solche war und ist klassenkämpferisch eingestellt, sondern der Marxismus hat sich in ihr erst die Waffe des Klassenkampfes geschaffen, um mit ihrer Hilfe eine jede unabhängige nationale Wirtschaft erbarmungslos zu zertrümmern. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Gewerkschaften zu den wichtigsten Einrichtungen des wirtschaftlichen Lebens eines jeden Volkes gehören und daher auf die Dauer unentbehrlich sind. Ihre besondere Bedeutung liegt nicht nur auf sozialem, sondern vor allem auf nationalpolitischem Gebiet. Denn einem Volke, dessen Industriearbeiter nicht nur in sozialer Hinsicht gestärkt, sondern durch entsprechende kulturelle und nationale Erziehung ständig beeinflusst wird, erwächst hiedurch eine neue Kraftquelle, deren Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Keine andere Einrichtung ist aber in dem Grade dazu angetan, die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu befriedigen wie eben die Gewerkschaft, die sich nicht nur die Wahrung beruflicher Interessen, sondern vor allem die kulturelle Hebung und Erziehung zu ausgesprochenem Nationalbewußtsein zur höchsten Aufgabe zu machen hat. Aus diesem Grunde wird sich jede weitblickende Volksführung zu dem Gedanken der Gewerkschaft unbedingt bejahend einstellen müssen, da dieser sonst unweigerlich jenen Kräften zunutzen kommen muß, die im Verneinen jeglicher nationaler Begriffe den Hauptzweck ihres Daseins erblicken.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der am schwersten bedrohte Stand unseres Volkes der Arbeiterstand ist, daß weiters hier eines der größten Gefahrenmomente für unser Volkstum ruht, schreibt die „Selbsthilfe“ zu Beginn vorigen Jahres zur Gründung von Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaften, deren Zweck darin besteht, dem Arbeiter in Fällen unverschuldeten Not eine finanzielle Unterstützung zu bieten und andererseits Zustände zu verhindern, wie sie etwa im Banat herrschen, wo bei den letzten Wahlen rund 45.000

Wir am Anfang, die andern am Ende!

Heute wollen wir allen Volksgenossen einen Ueberblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Selbsthilfe geben. Es zeigt sich bei unserer Arbeit, daß diese gehen muß, weil wir von Anfang nicht die Wirtschaft, sondern den Menschen in den Mittelpunkt unserer Aufgabe gestellt haben. Es zeigt sich auch hier, daß alle Menschen elende Stümper sind, wenn sie glauben, als Spezialisten eine Sache angehen zu können, es wird sich immer wieder bewahrheiten, daß jede Arbeit nur Glückwerk bleibt, wenn nicht das große Ganze in den Mittelpunkt gestellt wird. Unsere Aufgabe heißt, die nationale und soziale Volksgemeinschaft zu erkämpfen, deshalb müssen alle Maßnahmen diesem einem Ziele untergeordnet sein. In der Selbsthilfe zeigt es sich nun, daß, wenn wir der Wirtschaft mit dem Leitsatz „Gemeinwohl geht vor Eigenwohl!“ zu Leibe rücken, erstaunlich rasch aufbauendes Leben einfließen. — Als Beispiel wollen wir unsere wirtschaftliche Entwicklung vorzeigen, denn gerade bei uns hat sich alles unter den schwersten Voraussetzungen entwickeln müssen. Auch jetzt ist es für unsere Volksgemeinschaft eine beschämende Tatsache, daß von den 800.000 Volksgenossen im Lande nur etwa 3000 im Laufe von 10 Jahren den Weg in unsere Reihen gefunden haben.

Als erstes wollen wir das Verhältnis der Darlehenseinrichtungen zu den ausbezahlten Beträgen festlegen.

Jahr	Eingerichtet	im Verhältnis ausgezahlt
1928	685	1
1929	37	1
1930	31	1
1931	25	1

Es ist hier also ganz klar zu ersehen, daß trotz der andauernden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sich die wirtschaftliche Lage der Selbsthilfe andauernd gebessert hat, da unsere Verpflichtungen immer kleiner werden. Dieses ist auch daraus ersichtlich, daß wir auch im Jahre 1931 einen durchschnittlichen, monatlichen Geldeinlauf von 2.600.000 Lei gehabt haben. Wenn wir diesen Monatseinkauf, der im großen Ganzen auch mit der Berechnung unter Zugrundelegung von Tilgungsraten für die ausgezahlten Beträge und Sparraten für die noch zu erhaltenden Beträge übereinstimmt, zur Grundlage für die Abwicklung unseres Geschäftes unter der Annahme, daß niemand mehr eintritt, annehmen, so würden

uns in 7 Jahren beiläufig 220 Millionen einfließen, während wir rund 192 Millionen auszuzahlen hätten. Mit dem Rest, welcher uns verbliebe, wären sicher die Verwaltungsauslagen gedeckt und wir könnten dem neu zu schaffenden Volksvermögen noch einige Millionen zuführen, die wir gerade in der schwersten wirtschaftlichen Zeit erarbeitet haben.

Unser Erfolg bessert sich natürlich mit jedem neuen Mitglied.

Um das Bild über die wirtschaftliche Tätigkeit der Selbsthilfe zu ergänzen, wollen wir noch zeigen, welche Mindestsummen wir unseren Mitgliedern dadurch erspart haben, daß wir seit Anfang 10%ige Darlehen ausgegeben haben. Als Grundlage nehmen wir für das Jahr 1928 einen Bankzinsfuß von 22%, 1929 einen solchen von 18% und für 1930 und 1931 den Bankzinsfuß von 14% an. Man wird uns also auch hier nicht vorwerfen können, daß wir schönfärben wollen, sondern wird uns zugeben müssen, daß die Zinsfüße oft um ein Bedeutendes höher waren, als derjenige, welchen unsere Mitglieder zahlen mußten.

Die Zinsersparnis beträgt	
1928	0,6 Millionen
1929	2,1 Millionen
1930	9,9 Millionen
1931	15,4 Millionen
zusammen	28 Millionen

Wir wissen, daß auch unser Zinsfuß von 10% viel zu hoch für das schaffende Volk ist, wir sind auch gerne bereit, noch um ein Bedeutendes herunter zu gehen. Voraussetzung dafür ist aber, daß sich unsere Mitgliederanzahl um ein Bedeutendes vervielfacht, weil wir nur auf diese Weise Zinsfuß und Ratenhöhe herabsetzen können, ohne die Wartezeiten verlängern zu müssen.

Dieser kurze Aufsatz soll nun dazu dienen, um unseren Mitgliedern Waffen für die Aufklärung zu geben, denn wir müssen von jedem Einzelnen fordern, daß er sich, je größer die Notzeit wird, umso mehr für die Wiedererneuerung unseres Volkes einsetzt. Je rascher jeder Einzelne seine Pflicht tut, je schneller wir eine Volks- und Schicksalsgemeinschaft bilden, umso gründlicher können wir auch eine Erneuerung der Wirtschaft durchführen. Deshalb, frisch auf ans Werk!

Hermannstadt, im Eismond 1931.

Fabritius.

marxistische Stimmen — davon die Mehrzahl deutsche — abgegeben worden sind. Zur Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft D. G. Hermannstadt, die einen äußerst beachtlichen Aufschwung nahm und heute bereits 520 Mitglieder zählt, trat später eine solche in Mediasch. Die Gründung von weiteren Gemeinschaften in anderen Städten soll in aller nächster Zeit erfolgen. Es erhebt sich nun die Frage, ob diese Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaften, die unbedingt auf dem Boden unseres Volkstums stehen, in der Lage sein werden, auf die Dauer ihre heutige Anziehungskraft auch den immer stärker werdenden destruktiven Strömungen gegenüber zu bewahren. Es fragt sich, ob eine Gemeinschaft, die nur

die finanzielle Stützung ihrer Mitglieder in Notsfällen ins Auge faßt, auf die Dauer nicht jenen Verbänden gegenüber im Nachteil ist, die gleichzeitig auch Interessenvertretung darstellen und seit jeher auf die „untersten“ Schichten eine besondere Anziehungskraft ausüben. Die Gründung der Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaften der „Selbsthilfe“ gehört zweifellos zu den besonders beachtlichen Taten, die innerhalb unseres Volkes in den letzten Jahren vollbracht wurden und erst spätere Generationen werden ihre Bedeutung voll und ganz beurteilen können. Eben aus diesem Grunde erscheint es jedoch unerlässlich, daß diese Aktion nicht auf halbem Wege stehen bleibe, sondern zu dem werde, was unsere

Arbeiterklasse braucht, zu einer Interessenvertretung, welche die Belange ihrer Mitglieder im Rahmen unserer Volkspolitik wahr und sich die politische und kulturelle Erziehung unserer Arbeiterklasse zur Aufgabe macht. Eine solche Entwicklung der Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft läge durchaus im Sinne unserer Volksgemeinschaft und auch im Sinne unseres Unternehmertums, da auf diese Weise am leichtesten soziale Ungerechtigkeiten, die in der Folge zu schweren Schädigungen unseres gesamten Volkslebens führen müssen, verhindert werden können. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich auch bis nun eine Reihe einsichtsvoller und weitblickender Unternehmer am Aufbau der Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaften mit Interesse und Liebe beteiligt. Es wird jedoch unbedingt notwendig sein, daß sich mit diesem Problem auch jene intellektuellen und bürgerlichen Kreise beschäftigen, die ihm bis nun aus Unkenntnis des wahren Sachverhaltes fernstanden. Nur auf diese Weise wird die Möglichkeit geboten sein, einem schwerkranken Glied unseres Volkes wirksam zu helfen und jenen ständigen Aufbau unseres Volkes zu verwirklichen, wo Arbeitgeber und -nehmer als Beauftragte und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft gemeinsam und im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung am Neubau unseres Volkes mitarbeiten können.

Vertrauen für Fabritius.

Der Sprechabend der Schäßburger D. G. vom 5. 1. 1932 erklärt sich solidarisch mit der Entschließung der Hermannstädter D. G. vom 21. 12. 1931, indem auch er seinem Führer Fritz Fabritius im Anschlusse an die in letzter Zeit durch die Presse an seine Person gerichteten Angriffe, ihm unerschütterliches Vertrauen ausspricht, überzeugt, daß Fritz Fabritius nur das Beste und Edelste seines Volkes will.

Wir versichern unseren Führer Fritz Fabritius treuer Gefolgschaft auf seinem schweren Wege.

D. G. Schäßburg

„Werderaum für unsere Kinder!“

Wir wollen keine Almosen.

Wir wollen kein Mitleid.

Mitleid beleidigt uns.

Erwerben, verdienen wollen wir,
was uns not tut.

Wir arbeiten.

Unsre Kraft, unsern Fleiß,
unsre Zeit geben wir hin.

Was begehren wir dafür?

Ein Heim, das Heimat ist.

Einen gedeckten Tisch für uns
und unsre Kinder.

Ein Buch, ein Lied für den Feierabend.
Eine Sonntagsfahrt in den Wald,
an den See.

Und Raum,
Lebensraum, Werderaum für unsre
Kinder.

U. d. „Angriff“

Unerfreuliches und Nachdenkliches über die „Kronstädter Zeitung“.

(—er.) Die Tatsache, daß die Presse eine Macht ist, war bis zum Kriege wohl den meisten deutschen Zeitungslesern kaum oder gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Im Kriege selbst lernte der dem Chauvinismus, der nationalen Unzuldsamkeit und Gehässigkeit so abhold deutsche Mann unmittelbar als Soldat, mittelbar im Hinterland voll Bestürzung die frühe Glut des Hasses in all seinen Spielarten kennen, dessen seine Feinde ihm gegenüber fähig waren. Erst nach dem Weltkrieg machten ihn aufklärende Schriften mit den Zusammenhängen bekannt, zeigten ihm die dunkeln Triebkräfte auf, welche es zustande bringen konnten, die Feindvölker und ein großer Teil der Neutralen in einer derartigen Orgie des Hasses ihm und seinem Vaterland gegenüber zu einen, wie es damals geschah und sogar bis heutigen Tags nicht ganz vererbt ist.

Es war die systematische Beeinflussung und Vergiftung der gar so leicht irrezuführenden großen Öffentlichkeit durch die zielbewußte und raffinierte Tätigkeit der Presse, die vor größten Entstellungen nicht zurückschreckte, um der fogenannten öffentlichen Meinung in ihrem Sinne Richtung zu geben.

Derlei Erfahrungen sind auch manchem sächsischen Zeitungsleser zugute gekommen. Sie haben ihm die Sinne geschärft, haben ihm seine naive Gutgläubigkeit selbst der heimischen Presse gegenüber in kritische Beobachtung und auf Grund sich häufender unerfreulicher Feststellungen sogar in leider berechtigtes Mißtrauen wandeln lassen. Der Aufmerksamkeit solcher Zeitungsleser konnte es nicht entgehen, daß dieses und jenes sächsische Blatt nicht mehr im Sinne einer guten Tradition nur allgemeines neutrales Sprachrohr für die sächsische Öffentlichkeit war, sondern nunmehr bestimmten Kräften und deren Zielen zur Verfügung stand bzw. steht, um selbst öffentliche Meinung zu machen, oder diese wenigstens in bestimmter Richtung zu beeinflussen.

An derlei Entartungserscheinungen in unserer Presse ist in letzterer Zeit mehrfach scharfe und berechtigte Kritik geübt worden. Bisnoch leider ganz und gar nicht mit vollem Erfolg.

Das zeigt am deutlichsten die unerfreuliche Entwicklung, welche die „Kronstädter Zeitung“ genommen hat, seit sie im Herbst 1929 unter neuer Schriftleitung zur Landeszeitung „mit den neuesten Nachrichten“ vorrückte. Uns sind noch all jene schönen Einführungs- und Grußworte führender Persönlichkeiten wohl in Erinnerung, die auf die „besondere Note“ der nunmehrigen Landeszeitung Bezug nahmen, und mit welcher Extranote diese Zeitung — trotz der vielen gegenteiligen Erfahrungen, welche nicht zahme Kronstädter in dieser Zeit mit ihr gemacht haben — in der ihr eigenen unbekümmerten Weise, noch im Frühjahr 1931 in einer Anzeige des „Wegweisers für Deutsche Bäder, Kurorte und Sanatorien Rumäniens“ sich brüstete. In dieser Anzeige lasen wir u. a. mit gemischten Gefühlen folgendes: „Ihre eindeutige politische Haltung und ihr Streben nach rein sachlicher Berichterstattung verleihen ihr eine besondere Note“. Auch nannte sie sich — von Hemmungen und Beschränkungen ruhig auch damals noch: „das in Wirtschaftsfragen führende deutsche Blatt“ offenbar darum, um damit die Forderung nach Wahrheit in der Reklame so nach ihrer Art zu erfüllen.

Nach einem kurzen Blütenrausch, der seine Farblosigkeit, Veseeltheit und Geisteslosigkeit vor allem den Mitarbeitern des Klingsorkreises verdankte, fiel schwerer Reis materieller Natur auf diese, eine gute Frucht verheißende Blüte am sächsischen Pressebaum, und ließ sie zum sechsseitigen Landesblättchen sich wandeln.

Was seit dieser Zeit die „besondere Note der „Kron. Ztg.“ ist, wissen all jene nur zu gut, die mit ihrer oppositionellen Meinung darin zu Wort kommen wollten oder gelegentlich, auf energisches Aufbegehren hin, sogar tatsächlich zu Worte kamen. Die stüchtigen Leser, deren es — leider — aber zur Freude der „Kron. Ztg.“ so viele gibt, finden das reichliche Material hiezu in eilichen Nummern dieses Blattes, in den wenigen Nummern des siebenbürgischen Volksboten und in der „Kron. Ztg.“ selbst.

Ist die Verwendung der Presse als erfolgreiches Mittel der Machtausübung auch bei uns nichts Neues, so bedeutet die Redaktionspolitik der „Kron. Ztg.“ (hieron unberührt bleiben die Ressorts für Wirtschaft, Kunst und Schrifttum) so wie sie in der Beeinflussung der Kronstädter und Burzenländer öffentlichen Meinung und in der Art der Bekämpfung von Gegnern besonders im Jahre des Unheils 1931 gehandhabt wurde, im Leben unserer Presse ein absolutes Novum, das mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden muß.

Es scheint beinahe so, als wolle die „Kron. Ztg.“ ein Boulevardblatt werden, dem es bekanntlich weniger auf ernste, unbedingte, zuverlässige Berichterstattung und Orientierung des Publikums anzuwenden pflegt, sondern viel mehr darauf, die Oberflächlichkeit und Sensationslust der Leserschaft sich für die eigenen Absichten zu Nütze zu machen, seien diese nun geschäftlicher oder parteipolitischer Natur.

Es ist ganz und gar unläßlich, wenn die „Kron. Ztg.“ in ihrer Bekämpfung der Selbsthilfe und damit im Zusammenhang des Nationalsozialismus nicht nur bei uns scharfe und klar formulierte, aus heilem Herzen kommende Kritik in der Weise bagatelisieren oder gar diskreditieren will, indem sie willkürlich Sätze daraus herausreißt, Folgerungen daran knüpft, die bei einer richtigen Wiedergabe des angeführten Artikels gar nicht abgeleitet werden könnten, und nun mit einem allerdings immer sehr geschickten journalistischen Brillantfeuerwerk den unorientierten Leser (und hierher gehören die meisten) blendet oder gar irreführt. (Siehe u. a. den angezeigten Rummel um Sabritius' kurzen Selbsthilfeartikel „Jugend?“) Oder es wird der gleiche Aufsatz, den ein Selbsthilfemitglied sowohl der „Neuen Zeitung“ als auch der „Kron. Ztg.“ zur Veröffentlichung übermitteln hat, von letzterer e i g e n m ä ß i g durch Hinzufügung des Untertitels „Selbsthilfe gegen Selbsthilfe“ tendenziös frisiert, welchem Zweck auch die Vornahme von Sperrungen solcher Äußerungen dienen, welche die Selbsthilfe kritisieren. Die Beilage zu einer Beschwerdenliste der Kronstädter Selbsthilfeortgruppe an den Zeitungsausschuß der „Kron. Ztg.“ enthält noch eiliche giftige Blüten dieser Art.

Auch die wenigen Bemerkungen, die sich auf die Tagung vom 7. Juni 1931 bezogen und in der „Kron. Ztg.“ zu lesen waren, wurden zur Irreführung und Bagatelisierung jener aufrüttelnden, aus allen sächsischen Siedlungsgebieten zum Teil stark beachteten Kundgebung benützt. Obwohl der Hauptschriftleiter der „Kron. Ztg.“ trotz Nichtanwesenheit ganz genau wußte, daß die statliche Zahl der Teilnehmer etwa 160 betrug, schreibt er „von der Zusammenkunft einiger Volksgenossen“, und nennt den außergewöhnlich genauen und erschöpfenden Tagesbericht „leider sehr unvollständig“. Auch dieses geschieht natürlich nur aus „dem Streben der „Kron. Ztg.“ nach rein sachlicher Berichterstattung“.

Nachdem sich diese unläßliche Redaktionspolitik in immer hemmungsloserer Weise betätigen kann, muß angenommen werden, daß der Zeitungsausschuß mit derselben voll und ganz einverstanden ist und die Umwandlungstendenzen seines 96-jährigen Schütlings zu einem Boulevardblatt gutheißt.

Was da im Verlauf der Bataille um den Samaritergeist durch Boulevardblattreklame, Boulevardblattgeist, Boulevardblattformlosigkeit an Giftgasvernebelung der Kronstädter und Burzenländer Gehirne geleistet worden ist, das steht im sächsischen Zeitungsleben dieses Jahrhunderts wohl einzig da: Da gab es zentimeterhohe Schlagzeilen mit sensationellen Haupt- und Untertiteln zwecks einseitiger Beeinflussung der öffentlichen Meinung; da gab es allergrößte Anfelegungen; da gab es schäbige Versuche zur Erhöhung des Vertrauens in die Selbsthilfe; da wurde mit berufs- und ehrenamtlichen Titeln paradiert, um eine möglichst tiefe Beeindruckung der naiven Leser nach der Seite des Autoritätenglaubens hin zu erzielen. (Oh ja! der Herr Hauptschriftleiter versteht sich aus dem „ff“ auf die Psychologie der jour-

Der Beobachter.

Hermann Plattner

über die Arbeiter Spar- und Hilfsvereinsgemeinschaft.

Hermann Plattner mißbraucht das Tageblatt zu einem in Nummer 17626 erschienenen neuerlichen Angriff auf die Selbsthilfe und den Bürgerabend, also eigentlich gegen ganz Hermannstadt, denn wenn man sich aus Hermannstadt alle wegdenkt, die mit dem Bürgerabend sympathisieren, und alle wegdenkt, die mit der Selbsthilfe sympathisieren, so bleibt außer dem Herrn Direktor Plattner nicht mehr viel übrig. Der Frieden hat jedenfalls nicht lange gedauert.

Ueber unsere Tätigkeit in der Arbeiter Spar- und Hilfsvereinsgemeinschaft, über die wir bisher nur Lob von allen Seiten, aber noch keinen Tadel gehört haben, schreibt er unter anderem (die Ausrufungszeichen stammen von uns):

„Also nicht für unsere Volksorganisation sind diese Arbeiter gewonnen, sondern für die politische (!) Bewegung der Selbsthilfe...“

nalistischen Reklame und ihrer anpassungsfähigsten Anwendung gegenüber den braven Bürger-Bauer-Zeitungslesern.)

Da gab es alles in allem eine Spitzenleistung unläßlichen journalistischen Könnens, womit zweifellos bei einer gewissen Großstadt Presse ausschlagsreiche Karriere zu machen wäre, in Kronstadt und dem Burzenland aber nur die — in Anspielung an die Selbsthilfe — von der Schriftleitung so sehr abgelehnte Scheidung der Geister begünstigt wird.

Das eine ist sicher: der von offizieller Kronstädter Seite zugegebene beklagenswerte Riß innerhalb des sächsischen Kronstadt ist durch diese Tätigkeit der „Kron. Ztg.“ vertieft worden.

Darum mühte es eiligste Aufgabe derer sein, die auf die Redaktionspolitik der „Kron. Ztg.“ bestimmenden Einfluß nehmen können, hier Zügel anzulegen, bevor noch aus dem Riß eine klaffende Wunde geworden ist! Die Verantwortung, die auf diesen Herren lastet, ist keine geringe.

Obiger Aufsatz war bereits geschrieben, als in unserer Tagespresse die Schlussfolgerungen zum Streit: Samaritergeist — Nationalsozialismus veröffentlicht wurden. Trotzdem hatten wir dessen Erscheinen auch jetzt noch für notwendig, und sind überzeugt, daß man uns damit nicht den Vorwurf machen kann, einen neuen Streit beginnen zu wollen. Handelt es sich hierbei doch um Erscheinungsformen in unserer Presse, die unserer Meinung nach unmöglich stillschweigend hingenommen werden können, soll nicht der irrtümliche Ansehn erweckt werden, als fände die oben gekennzeichnete Redaktionspolitik widerspruchsfreie, allgemeine Billigung, sei somit berechtigt und auch für die Folge am Platz.

Nochmals: Es will und wird in diesem Zusammenhang durch uns kein Streit entfacht werden.

Deutschlands blutende Grenzen.

Autorisierte Uebersetzung des französischen Werkes Renee Mariel „Les Frontières Orientales de l'Allemagne“ von W. Scheuermann. Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. D. Preis: fleiß kart. M. 2,85, in Ganzleinen gebunden M. 3,85.

Für die Ewigkeit, so verkündete man damals, werde in Versailles die unwandlungsfähige Berechtigung der europäischen Landes- und Machtgrenzen festgelegt.

Mit welchem Gewissenszustand die Nachstoerantwortlichen und Nachsteiligten ihre Verlegenheitslösung verkünden durften, das zunächst lehrt die Deutschen eindringlich dieses Buch eines Franzosen. Schon damals, so erfahren wir, ist den Urhebern der Friedensbedingungen nichts so unheimlich und verhängnisvoller erschienen wie die Zerstückung des deutschen Ostens durch den polnischen Korridor und die Teilung Oberschlesiens.

Vieles andere, was dem deutschen Volke Schmach und Lebensnot aufgezogen hat, ist fester fest unversenkbarer Kummer geblieben; aber die blutende Distanz hat das Bild einer friedensfähigen europäischen Gemeinschaft zu sinnlos zerstückelt, als daß sich die

„So wird damit eher eine Entfremdung (!) der Arbeiterschaft von unserer Volksorganisation bewirkt, als eine Heranziehung zu ihrer Arbeit. Ein recht anschauliches Beispiel, wie bei standesmäßigem Aufbau die Gegensätze (!) der Standesgruppen unter einander geschürt (!) werden würden, bis wir schließlich ganz auseinanderfielen.“

Die Selbsthilfe als Aufwieglerin der Arbeiter? Und als Schürerin der Standesgegensätze? Und als eine, die den Arbeiter der Volksorganisation entfremdet? Diesen Vorwurf hören wir zum erstenmal! Ist das jetzt die neueste Melodie? Wir haben uns bisher immer eingebildet, für die Volkswerbung zu kämpfen, also gerade für die Einheit. Ob aber die Einheit gefördert wird, wenn man, während wir praktische Arbeit leisten, Mißtrauen gegen uns sät, ist uns noch nicht ganz klar.

Der große Gedanke — Polen selbst zum Trost.

Bis an den Schluss des Weltkrieges ist also das neue Polen in voller Uebereinstimmung mit seiner verantwortlichen Regierung den Mittelmächten unverbrüchlich treu geblieben, denen es ja sein nationales Dasein verdankte, und hat keinen Augenblick daran gedacht, die Ziehung seiner künftigen Westgrenzen auf Kosten Deutschlands und Österreichs vorzubereiten.

Der große Gedanke, ein unabhängiges und starkes Polen mit einem Zugang zum Meere und zusammengelehrt aus auf Kosten der drei gleichermäßen der Zertrümmerung geweihten Kaiserreiche zu schaffen, gehört bei seinem ersten Auftreten einer Handvoll im Ausland flüchtiger polnischer Patrioten und in erster Linie einem Manne von politischem Genie an, nämlich Roman Dmowski. Wir werden im weiteren Verlaufe dieser Darlegung sehen, wie sehr die Tätigkeit dieser kraftvollen Persönlichkeit den Lauf der Ereignisse zu bestimmen vermocht hat und wie es ihr gelungen ist, durch ein fortgesetztes Wunder geistiger Tätigkeit, ein Polen zu schaffen, Polen selbst zum Trost.

Unentwegte Unwissenheit Wilsons.

Der polnische Nationalausschuß in Paris lieferte sofort sein erstes Geleht, und es gelang ihm, als „offizielle polnische Vertretung“ durch die alliierten und assoziierten Mächte in der folgenden Reihenfolge anerkannt zu werden: Frankreich 20. September, Großbritannien 15. Oktober, Italien 30. Oktober, Vereinigte Staaten 1. Dezember 1917.

Diese Reihenfolge ist kennzeichnend, denn sie zeigt deutlich die Widerstände an, auf welche die Unternehmung der polnischen Auswanderer stoßen sollte. Der gefährlichste Punkt war Washington: dennoch war es einer derjenigen, die am meisten und schon seit langer Zeit durch die polnische Propaganda bearbeitet waren.

Der Boden war in Washington durch eine sehr eigenartige und merkwürdige Persönlichkeit vorbereitet worden. Georg Sosnowski, ein aus Rußisch-Polen stammender Pole, war Anfang Oktober 1915 in Amerika angekommen, beauftragt mit einer Sondermission durch den russischen Kriegsminister Polivanov. Er beilegte sich, seine Obliegenheiten zu versehen, und es gelang ihm, innerhalb 2 Jahren amerikanischer Bürger zu werden. Sehr rasch gelang es ihm, Freundschaftsverbindungen in der Umgebung von Wilson anzuknüpfen und mit dem Präsidenten selbst in Beziehung zu kommen; er ließ ihm von der Mitte Dezember 1916 ab eine lange Denkschrift zugehen, von der

Ist eine Wahrheit erkannt, dann
ist sie doch solange wertlos, solange
nicht der unbändige Wille dazu kommt,
diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen.
H. Hitler.



Neid, Mißgunst, Scheelsucht und
Selbstsucht, Irrtum und Schwachheit,
das sind die Feinde, die wir jetzt zu
bekämpfen haben, bei weitem fürchter-
licher als Bonaparte und seine Bande.
Gneifenau.

Kameraden!

Wir müssen uns spüren! Zwar habt ihr schon einiges getan, aber die Aufgaben, die unserer
noch harren, wachsen fast schneller an, als die gefane Arbeit. Um in allen Ortsgruppen bei
dieser Arbeit an unserem Volke die gleichgerichtete Front herzustellen, erkläre ich von mir aus
die weiter unten abgedruckten „Forderungen“ als die Forderungen der „Selbsthilfe“-Bewegung
und als bindend für jedermann.

An den Hindernissen, die sich uns entgegenstellen, mögen unsre Kräfte wachsen und sich unsre Volks-
liebe vertiefen, auf daß uns das Werk gelinge und unser Volk leben könne. Das ist mein Wunsch!

Fritz Gabritius.



Die Forderungen der Selbsthilfe.

Zur Herstellung der wahren Volksgemeinschaft aller Deutschen in Rumänien stellen wir folgende Forderungen auf:

Die Grundlagen.

1. Wir sprechen als Pflicht der Gesamtheit aus,
durch geeignete Einrichtungen dafür Sorge zu tragen,
daß jeder Volksgenosse, der es verdient, zu einer idea-
listischen und völkisch eingestellten Lebensanschauung
erzogen werde und genügenden Lebensraum habe. Sie
hat überdies die Pflicht, ihn dort zu beschützen, wo

Einzelkräfte versagen. Sie hat die Pflicht, dafür zu
sorgen, daß unser uns nur der geachtet werde, der
ehrlich arbeitet, einfach lebt und hochgesinnt denkt und
handelt, damit das Leben in unserer Mitte lebenswert
sei. Und schließlich hat sie mit allen möglichen Mitteln
auf eine rassische Hebung unseres Volkes hinzuwirken.

2. Wir sprechen als Pflicht eines jeden Volks-
genossen aus, die Allgemeinheit in ihren Obliegenheiten
zu unterstützen und sich selber in diesem Sinne zu be-
tätigen, seine Volksgenossen zu fördern und zu beweisen,
daß er wert ist, ein Deutscher zu sein.

Die Reinigung des öffentlichen Lebens.

3. Wir fordern die Entfernung solcher Personen
aus der Volksführung, weiterhin aus allen politischen,
kirchlichen und wirtschaftlichen Körperschaften und Mem-
bern, aus dem Schuldienst, den Banken und der Presse,
deren Familienleben und sonstiges Privatleben nicht
einwandfrei ist. Wer seine eigene Ehre und die seiner
Familie nicht hochhält, der kann auch uns nirgend in
Ehren vertreten.

4. Ebenso verlangen wir die Entfernung solcher
Personen aus den oben genannten Stellen, die Frei-
maurer sind, oder ähnliche Bindungen auf sich genom-
men haben. Uns reiflos dienen kann nur der, der außer
der Pflicht dem Staate gegenüber nur die Bindung an
sein eigenes Volkstum kennt.

5. Wir fordern, daß überall die Auszahlung und
Annahme von Gewinnanteilen und sonstigen Entschä-
digungen an Verwaltungs- und Aufsichtsräte solcher
wirtschaftlichen Einrichtungen, deren Gründung aus

völkischen Motiven erfolgt ist oder die den Anspruch
erheben, als völkische Einrichtung gewertet zu werden,
als ungehörig unterbleibe, da sie im Widerspruch steht
zur selbstverständlichen Pflicht zur ehrenamtlichen völk-
ischen Tätigkeit und weil sie schädliche Bindungen
schafft. Bei Abgeordneten aber soll die Annahme einer
Vergütung von privater Seite für welche Dienstleistung
immer geradezu als Bestechung gelten.

6. Wir fordern die öffentliche Verwarnung und
bei nicht sofortiger Wiedergutmachung den Ausschluß
solcher Personen aus der Volksgemeinschaft, die von
einem Volksgenossen für irgendwelche Dienstleistungen
eine Vergütung fordern, die wegen ihrer Höhe geeignet
ist, die wirtschaftliche Existenz dieses Volksgenossen zu
gefährden.

7. Wir fordern die Verwarnung und nötigenfalls
die Entfernung solcher Lehrer aus unseren Schulen,
deren Tätigkeit nicht geeignet erscheint, aus ihren

Schülern geistig gesunde und geistig einheitliche Menschen
und vor allem bewußte Träger deutscher und völkisch
eingestellter Kultur und Lebenswillens heranzubilden.
Solche Lehrer an unseren Schulen wirken zu lassen,
hiesige dem ganzen Zwecke zuwider handeln, dem zuliebe
wir eigene Schulen erhalten und der keineswegs in
der bloßen Aneignung einer bestimmten Menge von
Wissen erschöpft ist.

8. Wir fordern die Entfernung solcher Geistlicher
aus unserer Mitte, die im Volkstum nicht etwas von
Gott Gegebenes und aller Pflege Wertes verehren, und
treten dafür ein, daß sie tiefer mißachtet werden als
einer, der Vater und Mutter nicht ehrt.

9. Wir fordern den Ausschluß solcher Personen
aus der Volksgemeinschaft, die der Gesamtheit die zur
Erhaltung ihrer Einrichtungen nötigen Mittel verweigern.

Der Aufbau.

10. Wir fordern die Ehrung und Förderung der
Familie. Gesunden und völkisch und sittlich einwand-
freien Eltern zahlreicher Kinder sollen im Gemeindeg-
leben und in der Presse Ehrungen zuteil werden. Das
Wahlrecht in unsere völkischen und kirchlichen Körper-
schaften soll dahin abgeändert werden, daß derjenige,
der nur sich selber vertritt, bloß eine einzige Stimme
abzugeben habe, dagegen derjenige, der eine Familie
vertritt, so viel Stimmen dazu erhält, als seine Familie
nichtstimmfähige Mitglieder zählt, so daß bei jeder
Entscheidung für jedes, auch für das allerjüngste Mit-
glied unseres Volkes eine Stimme abgegeben wird.
In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Förderung der
Familie durch Ehrengaben bei hoher Geburtenanzahl
und durch Bevorzugung und Besserstellung aller Art
so weit zu gehen, als die Grenzen der Durchführbarkeit
und die Vermeidung anderer Schäden es erlauben.

11. Wir fordern die Einstellung unserer Wirtschaft
auf Erweiterung des Lebensraumes. Zu diesem Zwecke
stellen wir neben der selbstverständlichen Forderung
nach äußerster Anstrengung im eigenen Berufe die
allgemeine Sparpflicht als moralische Pflicht eines jeden

Einzelnen auf, dahingehend, daß jeder pflichtbewußte
Volksgenosse zum Erwerb oder zur Vergrößerung seines
liegenden Besitzes wenigstens ein Zehntel seines
Einkommens, jeder verschuldete Volksgenosse
wenigstens ein Zehntel dessen, was er zu
seinem Lebensaufwand verbraucht, in eine Spareinrichtung
einzuzahlen hat. Von allen unseren Geldanstalten ver-
langen wir die Förderung der ländlichen und städtischen
Siedlung und Verwendung eines ansehnlichen Teiles
ihres Reingewinnes zum Zinsnachschuß für Siedler.
Wir fordern die Ueberprüfung, ob jedermann wenigstens
dieser Mindestsparpflicht nachkommt, durch alle Vereine
und Körperschaften, und die Ueberprüfung der dies-
bezüglichen Tätigkeit der Geldanstalten und der übrigen
Stellen durch die Volksführung.

12. Wir fordern die Eröffnung des Weges vom
heimischen Erzeuger zum heimischen Verbraucher.

13. Wir fordern von allen Berufsgruppen und
Zünften die eifrigste Fortbildung ihrer Mitglieder
durch ständig wiederkehrende Kurse, die ehrenamtlich
geleitet und kostenlos zu sein haben, und wo es möglich
ist, die Wiedereinführung der Wanderjahre.

14. Wir fordern eine besondere Vorsorge für den
im Entstehen begriffenen Stand der sächsischen Hand-
arbeiter in Stadt und Land. Sie sollen in dem Be-
wußtsein an unserem völkischen Leben teilnehmen, daß
ihre Mitarbeit geschätzt wird und daß sie als vollberech-
tigtes und angesehenes Glied unseres Volkskörpers
betrachtet werden.

15. Zum Schutze der wirtschaftlichen Existenz
unserer Bauern fordern wir die gemeinde- oder bezirks-
weise Organisation der gemeinsamen Schadenträgung
bei Unglücksfällen, wie Tod, Operation, Viehdiebstählen,
Seuchen, Hagelschlag und andern Schäden. Bei Ernte-
schäden Ersatz in Naturalien. Ebenso soll die Nachbar-
schaftshilfe ausgebaut werden.

16. Wir fordern die Organisation der Gesund-
heitsfürsorge auch für unsere ärmsten Volksgenossen,
die Schaffung von deutschen Volkspitälern und andern
notwendigen Einrichtungen.

17. Wir sehen unsere Geldanstalten als Eigen-
tum des ganzen Volkes an, da keine einzige zum
Nutzen des einzelnen in seiner Eigenschaft als Anteil-
besitzer, sondern alle ausdrücklich zu gemeinnützigen

Zwecken gegründet wurden. Sie schulden daher den Anteilbesitzern eine bescheidene Entschädigung für ihre Geldüberlassung, haben darüber hinaus aber einen Auftrag an der deutschen Gesamtheit zu erfüllen. Hieraus leiten wir für die Gesamtheit nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Ueberwachung ab, ob die Absicht der Gründer in Ehren gehalten wird. Aber auch ganz losgelöst von diesen Gedankengängen sehen wir es als eine völkische Notwendigkeit und auch daher schon als eine völkische Pflicht an, die folgenden Forderungen zu erheben: Wir fordern von unsern Geldanstalten die Ausmerzung auch der letzten Spur der Auswüchse des Kapitalismus, die bewußte Einstellung auf bescheidene, gemeinnützige Vermittlerfähigkeit, deren Ziel in keiner Weise der eigene Nutzen ist; mächtige Gehaltsfestsetzung, die im Einklang zu den Gehalten steht, die das deutsche Volk in Rumänien seinen übrigen Angestellten zu zahlen in der Lage ist, und Verwendung des Reingewinnes zu völkischen Zwecken. Wir fordern die Oberaufsicht der Volksführung über die Einhaltung dieser Grundsätze durch die Geldanstalten, den Einsatz der Anteilbesitzer für diese Ziele und im Notfalle die öffentliche Erklärung, daß die Volksgemeinschaft mit der betreffenden Geldanstalt keinen Zusammenhang mehr habe.

18. In demselben Sinne sehen wir die deutschen Zeitungen unter uns als Volkseigentum an, auch wenn sie rechtmäßig einen Privatbesitz darstellen. Wir fordern von ihnen reiflosen Einsatz für völkische Belange und

Kampf gegen die geistige Zersetzung der deutschen Kultur. Wir sehen es als eine grobe Verletzung ihrer einfachsten völkischen Pflicht an, wenn sie aus Gewinnrücksichten ihren deutschen Lesern unsittliche oder volkschädigende Geschäftsanpreisungen vorsehen. Wir fordern die Ueberwachung auch der Presse durch die Volksführung und nötigenfalls die Erteilung von Verweisen oder gar die Aussperrung.

19. Wir fordern, daß in unsern Schulen die Erziehung im Sinne eines wirklich sozialen Denkens zum entscheidenden Durchbruch gelange und die Idee des Volkes als einer einzigen großen Familie der Ausgangspunkt der Beurteilung der Taten von Groß und Klein werde. Wir fordern die Einführung des Unterrichtes der Rassenkunde, der Rassengesundheitslehre und der Erblichkeitslehre auf allen Stufen und ebenso die ausführliche Behandlung der Geschichte der germanischen Frühzeit.

20. Wir fordern von allen Volksgenossen die tatkräftige Förderung des Christentums. Von den christlichen Kirchen aber fordern wir, daß sie sich nicht als Selbstzweck ansehen, sondern als alleherrschende Einrichtungen zur Wahrung und Förderung des Glaubenslebens als eines wesentlichen Teiles der Kultur unseres Volkes und zum Dienst an jedermann.

21. Wir fordern außer der örtlichen Zusammenfassung der deutschen Bevölkerung, die ohne Rücksicht auf den Beruf des einzelnen erfolgt, einen weiteren

Ausbau der in Anfängen schon vorhandenen ständischen Gliederung und deren offizielle Vertretung in unseren politischen Körperschaften und außerdem den besseren Ausbau unserer obersten Volksführung durch Aufnahme und Verwirklichung der Idee des verantwortlichen Führertums und Schaffung eines Arbeitsamtes.

22. Wir fordern die Aufstellung völkischer Schiedsgerichte für solche Fälle, die hierzu geeignet sind, deren Inanspruchnahme im gegebenen Falle eine sittliche Pflicht für jeden Volksgenossen bilden soll.

23. Wir fordern die Aufstellung völkischer Disziplinargerichte, an denen Berufsgenossen des Beschuldigten als Sachverständige, jedoch niemals als Richter teilnehmen sollen, und deren Urteile der Volksführung vorzulegen haben bei der Entscheidung, welche Schritte zur Behebung der Schäden nötig und möglich sind.

24. Wir fordern, daß in solchen Fällen, wo ein öffentliches Interesse vorliegt, daß Willkürakte amtlicher Personen gegenüber von Volksgenossen zurückgewiesen und geahndet werden, der diesbezügliche Prozeß von amtswegen und auf allgemeine Kosten geführt werde.

25. Und schließlich fordern wir von allen Volksgenossen und von jedem einzelnen, in Treue und heldischer Gesinnung dem deutschen Namen hiezulande, in unserem Vaterlande, Ehre zu machen und jederzeit nach unserem Leitwort zu handeln.

Diese Forderungen ergeben sich zwangsläufig aus dem „Grundsätzlichen“ unserer Arbeit; wir wiederholen dieses, weil unser Volk mit diesen Gedanken lebt oder bei Außerachtlassung derselben fällt.

Solange die Selbsthilfe besteht, sind die folgenden Grundsätze für all ihre Handlungen maßgebend. Diese Grundsätze dürfen nicht geändert werden, weil sich für Deutsche nur aus deutscher Weltanschauung und nordischem Geistesleben heraus auch ein aufbauendes, naturgemäßes Wirtschaftsleben gestalten läßt. Nur auf diesen Grundlagen ist Selbsthilfearbeit möglich, nur diese kann dauernd Werte schaffen und erhalten. Ihre Grundsätze sind deshalb unabänderlich und zeitlos. Sie lauten:

1. Die Selbsthilfe bildet eine Werkgemeinschaft zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur. Sie will nur eine Arbeitsgemeinschaft derjenigen Volksgenossen sein, die durch selbstlose, gemeinnützige Arbeit Not überwinden und Zukunftswerke schaffen wollen.

2. Jeder ehrliche Deutsche, der blutsmäßig der Volksgemeinschaft angehört und geradlinig an Geist und Körper ist, hat für die Volksgemeinschaft den gleichen Wert.

Rang, Stand, Besitz und Wissen gewähren nicht größere Rechte, sondern verpflichten im Gegenteil nur zu höheren Leistungen für die Gemeinschaft.

Nur der Volksgenosse wird zu ihr gezählt, der unter allen Verhältnissen sich zu ihr bekennt und sich der Gemeinschaft, weil durch Blut und Schicksal verbunden, bedingungslos einfügt und unterordnet.

3. Aus der gemeinschaftlichen Selbsthilfearbeit darf nur die Volksgemeinschaft, nie der Einzelne, einen Nutzen ziehen. Deshalb steht auch das Volkswohl maßloser Reichumsanhäufung in den Händen Einzelner eine Schranke.

4. Die aus fremdem Geist geborene Zinswirtschaft, die immer auf der Ausbeutung des wirtschaftlich Schwächeren beruht, ebenso Wucher und Schiebertum, sowie rücksichtslose Bereicherung Einzelner auf Kosten und zum Schaden der Volksgemeinschaft lehnen wir als Volks- und Menschheitsverrat ab.

5. Grundsätzlich darf der Ertrag unserer Gemeinschaftsarbeit nur zur Deckung der Verwaltungsauslagen, zur Erhaltung kultureller Einrichtungen und zur Bildung eines Gemeinschaftsvermögens verwendet werden.

Selbstlose, gemeinnützige Arbeit hilft uns nicht nur wirtschaftliche Not überwinden, sondern verleiht uns ein Uebergewicht über alle andern, die mit Gewinn für den Einzelnen arbeiten. Nur auf diese Weise kann die Geist und Körper versklavende und zerstörende Vorherrschaft des internationalen Großkapitals gebrochen werden. Das durch die Irrlehre von der Macht des Geldes zur Maschine herabgesunkene Arbeitsvieh Mensch wird so wieder ein mit Ehr-, Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl ausgestatteter Volksgenosse, der sich naturgemäß in das Ganze einfügt.

Wer aus Ich- und Rassist, aus Dummheit und Eigennutz der artfremden, alles zerstörenden, internationalen Weltwirtschaft nachjagt, findet in unserer Artgemeinschaft keinen Raum.

6. Die Zukunft unseres Volkes kann nur gesichert werden, wenn das heranwachsende Geschlecht in dem Geiste der freien, aus innerster Ueberzeugung herauswachsenden Einfügung in den Volkskörper und Unterordnung unter das Volkswohl erzogen wird. Deshalb gehören alle Maßnahmen, welche die Erleichterung unserer Jugend zu körperlich gesunden und geistig freien Menschen fördern, so wie die Unterdrückung und Bekämpfung aller, die Volkseel schädigenden Einflüsse mit zu den unbedingt zu leistenden Selbsthilfeaufgaben.

7. Bleibende seelische, geistige und wirtschaftliche Befundung, sowie bleibendes und wachsendes Leben kann nur dann erzielt werden, wenn auch die schwierigsten Aufgaben nur durch eigene Kraft überwunden werden. Das Sammeln nach fremder Hilfe ist immer ein Beweis der eigenen Lebensunfähigkeit.

Loslösen vom Ganzen bedeutet Zerfall und Tod. Ueberzeugtes freiwilliges Einfügen und Unterordnen unter das Ganze bedeutet Wachstum und Leben. Darum muß sich der Bau unseres Volkes erheben auf den Grundpfeilern:

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Einer für alle; alle für einen!
Jedem das Seine!

Grundsätzliches über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik.

Von Gottfried Feder, M. d. R. (Aus dem Nationalsozialistischen Jahrbuch 1932.)

Aufgabe und Sinn der Wirtschaft.

Die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit hat die Aufgabe, in erster Linie die drei Urbedürfnisse aller Volksgenossen an Nahrung, Wohnung und Kleidung in angemessener Weise zu decken und darüber hinaus alle Bedürfnisse kultureller und zivilisatorischer Art nach Maßgabe des jeweiligen Standes der Technik und der Einkommensverhältnisse zu befriedigen. Die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit ist dienendes Glied im Gesamtorganismus des Volkes, sie ist im besten Sinne Dienst am Volk für die Größe und Wohlfahrt der Nation.

Die Wirtschaft eines Volkes ist nicht Selbstzweck, sie ist nicht dazu da, um die einzelnen Wirtschaftsführer zu bereichern auf Kosten ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter, noch weniger ist sie dazu da, um als Ausbeutungsobjekt für die internationale Hochfinanz zu dienen.

Grundlagen der Wirtschaft.

Die schöpferische, schaffende Arbeit, die Arbeit der Stirn und der Faust, ist Grundlage aller Wirtschaft. Ihr, der Arbeit, gebührt deshalb der erste, der Ehrenplatz in der ganzen Wirtschaft. Vermögen, Eigentum,

Besitz, Gewinn materieller Güter aller Art, Geld, Kapital, Häuser, Fabriken, Produktionsmittel, Maschinen, ja selbst Bau- und Kulturland sind alles erst Früchte der schaffenden Arbeit. Die vornehmste Aufgabe des kommenden Staates wird der Schutz der schöpferischen Persönlichkeit und der Schutz der Arbeitskraft vor Ausbeutung sein. Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert und jede Arbeit muß ihren angemessenen Ertrag abwerfen. Daraus folgt, daß die Erträgnisse fleißiger und tüchtiger Arbeit, sei es urbar gemachter Boden, seien es Werkzeuge und Güter, in den freien Besitz und das Eigentum des Schaffenden übergehen und ihm durch Gesetz und Recht geschützt werden. Dasselbe gilt für geistige Urheberrechte.

Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz.

Er bindet aber das Eigentumsrecht an sittliche Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft.

Der Nationalsozialismus erkennt auch das Erbrecht an, da für ihn die Familie die wichtigste staatliche Zelle ist.

Das Recht auf den Arbeitsertrag darf nicht so aufgefaßt werden, als sei es jemals möglich, den Ver-

kaufwert eines Produktes zur Lohngrundlage zu machen. In den Preisen (Verkaufspreisen) der Produkte müssen die sehr zahlreichen Posten mitenthalten sein für Rohstoff, Maschinenabnutzung und Erneuerung, Gebäude, Hilfsarbeiter, kaufmännische und technische Leitung, soziale und sanitäre Einrichtungen, ferner für Erziehung und Nachwuchs, Alter- und Krankenfürsorge, für die Staatseinrichtungen zur Ermöglichung und Sicherung der Produktion, Rechtspflege, Handelsverträge, ja auch der nationalen Produktion durch Polizei und Heer usw.

Neben dieser am meisten verbreiteten Form des Privateigentums ist selbstverständlich auch kollektivistisches Eigentum möglich, in Gestalt von Staats- und Kommunaleigentum, genossenschaftlichem oder Eigentum von Rechtspersonlichkeiten nach bürgerlichem Recht usw. Im Gegensatz zu dem kapitalistischen und marxistischen System wird es der nationalsozialistische Staat jedem Schaffenden wieder ermöglichen, zu Eigentum zu gelangen.

Die besitzlosen Proletarier sollen im nationalsozialistischen Staat durch Fleiß und Tüchtigkeit zu Besitz gelangen. Sie sollen spüren, daß sie Vollbürger und Teilhaber an der gesamten nationalen Produktion sind.

Die Selbsthilfe

Eine grundsätzliche Erwiderung auf die Angriffe des Herrn Gustav Zifeli-Bistritz

Die „Bistritzer deutsche Zeitung“, die unseres Wissens nach gleichzeitig Organ des Bistritzer Kreis-Ausschusses ist, bringt von der Feder des Herrn Gustav Zifeli einen Aufsatz unter dem Titel: „Die Selbsthilfe. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung.“

Unsere Gegner werden sich wundern, daß wir die Meinungsäußerung des Herrn Zifeli mit lebhafter Freude begrüßen. Endlich ist der Mann da, nach dem wir so lange gerufen haben. Seit wir den geistigen Kampf für die Erneuerung unseres Volkes aufgenommen haben, haben wir immer wieder unsere Grundsätze klargestellt und diejenigen, die weltanschaulich auf einer andern Basis stehen, aufgefordert, aufzutreten und unsere Ansichten zu bekämpfen. Diese Gegner haben sich niemals gefunden. Denn alle Angriffe, die bisher gegen uns gerichtet wurden, betonten immer wieder, daß man der nationalen und sozialen Gedanken und der wirtschaftlichen Aufbauarbeit der Selbsthilfe sympathisch gegenüberstehe und daß man sich nur gegen Uebertreibungen und Entgleisungen wende. Man hat im Gegenteil oft versucht uns in dem Anschein einer nationalen Einstellung noch zu überbieten. Es war dieses auch schwer anders möglich. Denn wenn wir immer wieder nachweisen konnten, daß unser Programm in der Hauptsache in der Rückkehr zu der Lebensarbeit von Stefan Ludwig Roth und Dr. Carl Wolff bestünde und daß sich unsere Grundanschauungen mit diesen Männern, natürlich zeitlich angepaßt, vollkommen deckten, so konnte wohl kein Sachse, der innerlich wirklich auf dem Boden unseres Volkstums stand, gegen die geistigen Grundlagen unserer Bewegung aufreten. Ich habe öfter ausgesprochen, daß einer der Hauptunterschiede zwischen dem Kampf des Nationalsozialismus in Deutschland und unserer Erneuerungsbewegung darin bestehe, daß die Nationalsozialisten in Deutschland die gegnerische Mentalität des Marxismus niederzulegen müßten, während es sich bei uns einfach darum handelte, die Gesamtheit unseres Volkes mit unserer Geistigkeit zu erfüllen, weil es überhaupt keine uns entgegenge-setzte Mentalität gäbe.

Wenn nun Herr Gustav Zifeli in ausführlicher Darstellung die Arbeit der Selbsthilfe zu richten und zu vernichten versucht, so geschieht dieses von einer tiefen und anschaulichen, uns entsetzenden Einsicht aus. Herr Gustav Zifeli ist eben, wie jede Zeile zeigt, ein ausgesprochener Sozialdemokrat marxistischer Färbung, also ein Sozialist der alten internationalen Schule mit einem bedenklichen Hinneigen zu den Idealen des Bolschewismus. Er lehnt in drei Zeilen aber die Diktatur des Bolschewismus ab, „weil der plötzliche gewaltsame Übergang von einer Wirtschaftsförmigkeit in die andere, mag sie noch so ideal gedacht sein“, um dann in möglichst ausführlicher Form gegen den Nationalsozialismus zu Felde zu ziehen. Es trennt ihn also vom Bolschewismus nur der plötzliche, gewaltsame Übergang, während er von dessen idealen Absichten vollkommen überzeugt ist. Es kann diese Einstellung auch nicht wundern. Der wirkliche konsequente Marxismus mit der Forderung nach der Diktatur des Proletariates muß zum Bolschewismus führen. Der Sozialdemokrat alter Schule, der auf halbem Wege stehen bleibt, mag bloß nicht die letzten Konsequenzen aus der Lehre von Karl Marx zu ziehen. Für Halbheiten hat aber unsere Zeit kein Verständnis mehr. Deshalb begrüßen wir in Herrn Gustav Zifeli den Träger einer uns fremden Weltanschauung. Wir sind auch erfreut, daß ein solcher Gegner aus ehrlicher Enttäuschung heraus zum Knüttel greift, statt, wie viele seiner Vorgänger, unter heuchlerischen Sympathiefindungen aus dem Hinterhalte Giftpfeile zu schießen.

Entsprechend seiner marxistischen Einstellung ist die Auseinandersetzung des Herrn Zifeli zu dreiviertel nicht der Selbsthilfe, sondern dem Nationalsozialismus gewidmet. Mit diesem Teile seiner Ausführungen können und wollen wir uns nicht beschäftigen, da der Kampf zwischen Marxismus und Nationalsozialismus weltanschaulich und politisch in Deutschland geführt wird und man sich damit begnügen kann, den Angriffen des Herrn Zifeli gegen den Nationalsozialismus die entsprechenden Ausführungen der völkischen Presse in Deutschland entgegenzuhalten. Wir werden auf diese Fragen nur so weit zurückkommen, als es unbedingt notwendig ist. Vor unsern Volksgenossen brauchen wir den Nationalsozialismus nicht zu verteidigen, da seine Ansichten so sehr dem tiefsten Wesen unseres Volkes entsprechen, daß nicht nur breite Kreise sich offen zu ihm bekannt haben, sondern auch unsere offizielle Presse und unsere führenden Persönlichkeiten bei verschiedenen Gelegenheiten die prinzipielle Sympathie für die nationalsozialistische Erneuerungsbewegung in Deutschland ausgesprochen haben. Es handelt sich in folgendem also in der ersten Linie nur um die direkten Angriffe auf die Selbsthilfe, in denen sich der Marxist Zifeli mit andern Volksgenossen findet. Es ist aber notwendig dieses festzustellen, damit unser Gegner wissen, auf welchem Boden sie stehen.

In der Einleitung behauptet Herr Zifeli, daß die Selbsthilfe sage: „Wer innerhalb eines Jahres die nationalsozialistischen Lehren erkennt, bekennet und (seinen früheren Irrglauben) bereut“, „weisen Sie innerhalb eines Jahres von der Umnebelung pseudokapitalistischer Gedanken befreit wird und sich in die gleiche Geistigkeit erhebt“, auf der die Selbsthilfe steht, dem wird volle Absolution erteilt, er wird gnädig in die Selbsthilfe aufgenommen. Was mit denjenigen geschehen soll, die innerhalb eines Jahres nicht „erkennen und bekennen“, wird allerdings nicht verraten. So heißt es ungefähr in ihrem Programm:

„Ich muß mich mit diesen irreführenden einseitigen Sätzen des Herrn Zifeli ganz besonders befassen, weil die angeführten Sätze von mir stammen und von Herrn Zifeli aus ihrem Zusammenhang herausgerissen und in falscher Auslegung zur Verwirrung der Leser gebraucht werden. Würde der ganze Aufsatz des Herrn Zifeli nicht von dem Tone ehrlicher Ueberzeugung getragen sein, so müßte ich an beabsichtigte Unwahrscheinlichkeit denken. So aber kann ich darin nur Leichtfertigkeit und Unorientiertheit sehen, mit der seine ganzen sogenannten grundsätzlichen Auseinandersetzungen geschrieben sind. Wer sich aber annimmt, eine Volksbewegung in ihren Elementen anzugreifen und zu verdammen, hat die Pflicht, sich vorher an der Hand von Originaldokumenten gründlich zu orientieren, damit er nicht wie im vorliegenden Falle Herr Zifeli Böde schießt und sich selbst in den Verdacht der Unaufrichtigkeit bringt.“

Es ist nicht wahr, daß jene von mir ausgesprochenen Grundsätze nationalsozialistische Lehren sind. Man wird sie nirgend in der nationalsozialistischen Presse finden. Ich habe diese Sätze in verschiedenen Reden und schließlich auch in einem Aufsatz in der Selbsthilfe ausgesprochen, als ich mich mit unsern Führern auseinandergesetzt wollte. Ich habe dabei erklärt, daß wir niemanden verurteilen wollen, der früher Fehler begangen hat, sondern ihm gerne folgen werden, wenn er seine begangenen Fehler erkennt, bekennet und bereut und habe öfter wiederholt, daß wir alle aus der Umnebelung pseudokapitalistischer Gedanken und Taten erlösen müssen. Ich habe diese Worte einer Generation entgegengehalten, die klar und bewußt die Wege Dr. Carl Wolffs verlassen hatten, den Wirtschaftsführern, die sich auf den Grundsatz stellten, daß unsere Banken nicht mehr altruistisch zu wirken hätten, sondern dazu da wären, um kapitalistische Unternehmungen zu finanzieren, den Nutznießern unserer Wirtschaft, die mit Zantienen und Dividenden ihre Taschen füllten, als ob unsere Wirtschaft wirklich im kapitalistischen Fahrwasser dahinschwämme und als ob sie wirkliche Finanzgenies wären, denen für ihre großen Leistungen große Einnahmen gebühren. Ich habe diesen scheinbaren Kapitalismus „Pseudokapitalismus“ genannt, weil seine Träger im allgemeinen harmlose und wohlmeinende Menschen waren, die gar nicht begriffen, was sie taten, als sie die Wege Dr. Carl Wolffs verließen. Die von Zifeli erwähnte Jahresfrist bezieht sich aber nicht, wie er behauptet, auf diejenigen, die nicht in die Selbsthilfe eintreten wollten, sondern es ist ein Wort, das im Kampfe um die Reinigung des öffentlichen Lebens gesprochen wurde. Man hat der Selbsthilfe, wenn sie ihre Forderungen bezüglich der Reinheit des Familienlebens und der materiellen Uninteressiertheit unserer Volksgenossen ausspricht, öfter den Vorwurf gemacht, daß sie keine Namen nenne. Wir haben uns dabei auf den Standpunkt gestellt, daß wir niemanden angreifen wollen, sondern die Gesamtheit unseres Volkes, darunter auch die jüngeren Führer, auf die zwangsläufig sich unsere prinzipielle Kritik auswirkte, dazu bringen wollten, sich restlos zu den ethischen Auffassungen unserer Vorfahren zu bekennen und zu bekehren. Wir erklärten freilich auch, daß wir vor keinem persönlichen Angriff zurückweichen würden, wenn man uns nicht beweise, daß unsere Ansichten falsch seien, oder wenn innerhalb eines Jahres die Menschen, die unsere Kritik zwangsläufig betraf, sich nicht zu unsern Grundsätzen bekannt hätten.

Wenn aber nun Herr Zifeli fragt, was mit denjenigen Führern geschehen soll, die innerhalb eines Jahres nicht aus dem Dammel pseudokapitalistischer Gedankengänge erwachen, so können wir ihm antworten, daß das Schicksal selbst im Laufe des letzten Jahres eine so furchtbare Musterung gehalten hat, daß es überflüssig erscheint, mit ihnen heute noch zu rechten.

Ich bin überzeugt, daß niemand mehr von ihnen an Industrieförderung, Zantienen und Dividenden denkt und wir dürfen wohl auch feststellen, daß unser Volk inzwischen zur Klarheit darüber gekommen ist, daß die Reinheit des Familienlebens die Grundlage eines gesunden Volksebens ist und sich diesen Anschauungen auch kein Führer mehr entziehen kann.

Es wäre aber vollkommen verständlich, warum sich Herr Zifeli gerade als internationaler Marxist gegen unsere Bekämpfung kapitalistischer Gedankengänge wendet und ich glaube auch ziemlich, daß er ein reines Familienleben für volksgefährlich hält. Der Mißbrauch

aber, den er mit einzelnen Sätzen treibt, die aus meinen diesbezüglichen Ausführungen herausgerissen sind, beweist seine Unorientiertheit und Leichtfertigkeit mit der er gegen die Selbsthilfe zu Felde zieht.

Da er aber nun einmal zum Knüttel gegriffen hat, so wollen wir mit einer sachlichen Antwort nicht zurückhalten. Wir wollen uns aber nicht auf seine Angriffe beschränken, sondern uns gleichzeitig mit den gesamten Problemen unserer Bewegung beschäftigen.

1.

Die Selbsthilfebewegung hat mit einer bewußten Bekämpfung der kapitalistischen Ideen begonnen, die bei uns nach dem Zusammenbruch aufgetaucht sind. Der Grundsatz Dr. Carl Wolffs, daß das Kapital sich nur im Dienste der Allgemeinheit Segen bringend auswirken könne, wurde bei uns veressen. Man setzte an seine Stelle den Gedanken kapitalistischer Industrieförderung und stellte sie auf Zantienen und Dividenden ein, während früher die altruistische Tätigkeit für das Gemeinwohl Selbstverständlichkeit war. Und man sprach aus, daß Carl Wolff ein Dilettant gewesen sei und seine Nachfolger die richtigen Sachleute wären. Ein Volksführer vertraute mir einmal an, daß Carl Wolff zu seiner Zeit wohl ganz Nützliches geleistet habe, daß aber Politik und Wirtschaft in unserer Zeit von ganz andern Grundsätzen geführt werden müßten. Der Kampf um die Scholle, die Förderung des Klein-gewerbes, der Ausbau des Genossenschaftswesens erschienen uninteressant. Wer sich den neuen Gedanken nicht hingab, kam in den Ruf, die Zeichen der Zeit nicht zu verstehen.

Die Selbsthilfe hat in ihren ganzen wirtschaftlichen Institutionen nichts Neues versucht, sondern unsere Wirtschaft wieder auf die alten Grundsätze zurückzuführen wollen, die man verachtete. So nur ist es zu verstehen, daß gerade die Besten unter unsern Bankbeamten Mitglieder einer Bewegung wurden, die den Geist bekämpften, in den ihre Mutteranstalten geführt wurden. Fritz Habritius hat keineswegs mit seiner Tätigkeit von der Hermannstädter Allg. Sparkasse auscheiden wollen, sondern versucht, diese für den Gedanken des Bausparkassenwesens zu erwärmen. Führende Männer der Sparkassa haben sich auch dafür eingesetzt. Sie unterlagen jedoch denjenigen, die wahrscheinlich die wirklichen Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.

Herr Zifeli hat ganz recht, wenn er meint, daß die Selbsthilfe das Sparen nicht erfinden habe. Er weiß aber wahrscheinlich nicht, daß das Sparen vielen unserer Führer noch vor einigen Jahren lächerlich und verächtlich erschien, daß man von der Sparbarkeit sogar eine Schädigung für unser Volk befürchtete. Es ist von einflussreichen Persönlichkeiten unseres Volkes gegen das Prinzip der Sparbarkeit zugunsten des viel Verdienens und viel Ausgebens geschrieben worden. Die Verfolgung des Sparens ging so weit, daß als Reichsbankpräsident Schacht in Hermannstadt einen Vortrag hielt und darin ausführte, daß der wirtschaftliche Ausbau Deutschlands ohne Sparbarkeit nicht möglich sei, diese Stelle im Berichte des Tageblattes unterdrückt oder als unwesentlich übersehen wurde.

Wenn die Selbsthilfe also vor zehn Jahren mit dem Gedanken des Sparens aufgetreten ist und ihn auch praktische Arbeit auch zu verwirklichen versucht hat, so hat sie keineswegs, wie man heute denken könnte, offene Türen eingemacht und nicht „herzlich wenig“ geleistet, wie Herr Zifeli glaubt, sondern eine Umkehr auf dem ganzen Gebiete unserer Wirtschaftsführung angebahnt.

Die Selbsthilfe ist aber nicht nur für das Sparen schlechthin eingetreten, sondern sie hat unserm Volke den neuen Begriff des Zielsparens gebracht, der freilich nur unserm Volke neu ist, während er in der anglo-amerikanischen Welt seit 150 Jahren als Grundlage blühender wirtschaftlicher Tätigkeit bekannt ist. Wenn unsere Banken diesen Gedanken aufgegriffen hätten, wenn sie sich zum Träger des Bausparkassenwesens gemacht hätten, so hätten sich dadurch Folgen für unsere Wirtschaft ergeben, die nicht zu übersehen sind. Der primitivste Grundsatz aller Bankführung liegt darin, daß kurzfristige Spareinlagen nur kurzfristig vergeben werden dürfen und langfristige Kredite nur möglich sind, wenn auch die Bank das Geld langfristig erhält. Unsere Banken haben die kurzfristigen Spareinlagen in Industrieunternehmungen investiert, die auch unter normalen Verhältnissen die Darlehen nur in jahrelangen Amortisationsraten hätten tilgen können. Nachdem das Pfandbriefgeschäft nach dem Zusammenbruch weggefallen ist, hätten unsere Banken nur durch Verträge mit Zielsparern langfristiges Geld erhalten können, um dieses als Investierungskredite weiterzugeben. Man hat dieses trotz aller Aufklärungstätigkeit der Selbsthilfe nicht erkannt und hat die kurzfristigen Spareinlagen langfristig investiert. Wir sehen heute die Folgen davon. Hätten unsere Banken den Gedanken der Bausparkassen aufgegriffen, dann würden sie heute viele Milliarden von Ehrlich-

lungen haben, die Sparverträge waren durch Ziel-sparverträge gebunden und unsere Banken würden von der allgemeinen Wirtschaftskrise unberührt geblieben sein. Man sieht also, daß die Spargedanken der Selbsthilfe unserm Volke doch vielleicht Neues gebracht haben. Vielleicht wird die eine oder andere unserer Großbanken ihre Ablehnung des Sparparaffinwesens später einmal „erkennen, bekennen und bereuen“ und unsere Wirtschaft auf dieser Grundlage aufbauen.

2.

Die Selbsthilfe hat von Anfang an ihre schwachen Kräfte daran gesetzt, die Lebensarbeit Dr. Carl Wolffs bezüglich der Siedlungsfrage fortzusetzen. Sie war der Meinung, daß alle Industrieblüte bedeutungslos bleiben müsse, wenn wir unsern Grund und Boden verlieren. Deshalb hat sie in Hermannstadt ihre drei großen Siedlungen gemacht, noch bevor sie Sparparaffin war, und ist seither bemüht in die Volksgenossen den Gedanken hineinzutragen, daß Grund und Boden und ein Eigenheim die Wurzeln sind, die uns nicht nur mit Volk und Vaterland am stärksten verbinden, sondern auch feilsch dem einfachen Menschen eine feste Grundlage des Lebens geben. Es ist wahr, daß mit der zunehmenden Wirtschaftskrise auch diese Arbeit zunehmend erschwert wird. Die Erhaltung unseres Bodens aber ist die entscheidende Frage für die Erhaltung unseres Volkstums überhaupt. Auch bezüglich der Siedlung hat die Selbsthilfe nichts Neues erfunden, sondern schreibt in den Wägen Carl Wolffs weiter. Es ist uns aber nicht bekannt, daß unsere Volksorganisation sich seit dem Tod Carl Wolffs mit diesen Fragen ernstlich beschäftigt hätte.

3.

Der Selbsthilfe ist es oft zum Vorwurfe gemacht worden, daß sie mit Pauschalverdächtigungen für die sogenannte Reinigung des öffentlichen Lebens eingetreten sei. Diese Tätigkeit aber ergab sich folgerichtig aus der verführten wirtschaftlichen Aufbauarbeit, die von denjenigen bekämpft wurde, die sich in ihrer eigenen Wirksamkeit getroffen fühlten. Wenn man aber in seinen Anschauungen auf den Grundlagen Carl Wolffs steht, kann man es nicht dulden, daß einzelne Männer im öffentlichen Leben durch hohe Gewinnbeteiligungen und Einkommen Vermögen bilden, während die von ihnen geführten Institutionen an den Rand des Abgrundes gebracht werden. Wenn man für die ethischen Grundlagen einer Volkserneuerung eintritt, kann man nicht ruhig zusehen, wenn die primitivsten sittlichen Forderungen mit Füßen getreten werden. Die Selbsthilfe hat bezüglich dieser Dinge nichts getan, als öffentlich Dinge ausgesprochen, die in unserm ganzen Volke von Mund zu Mund gerannt wurden. Sie hat ihre Angriffe ohne Nennung der Namen vorgebracht und sich deshalb den Vorwurf zugezogen, daß sie Pauschalverdächtigungen erhebe. Mag sein, daß dadurch mancher ehrenwerte Mann sich unerbittlich gekränkt gefühlt hat. Wer aber mit den Angriffen gemeint war, hat unsere Deffektivität immer gewußt. Man muß auch noch etwas hinzufügen. Wer in öffentlicher Stellung Mißgriffe anderer stillschweigend duldet, macht sich zum Mitschuldigen. Wenn z. B. in mißverstandenen Pseudokapitalismus Direktionsräte einer Bank in ihrer Ahnungslosigkeit gleichzeitig Direktionsräte von Firmen waren, die von den Banken Millionenkredite bezogen (wobei sie sich der Unkorrektheit ihres Verhaltens bestimmt gar nicht bewußt waren), und wenn nachher die Bank Verluste erlitten hat, so sind nicht nur die Direktionsräte schuldig, welche diese Sache verursacht haben, sondern auch diejenigen, die es ruhig litten.

Die Selbsthilfe ist der Meinung, daß sie durch diese Seite ihrer Tätigkeit, die soviel böses Blut gemacht hat und uns viele Freunde entfremdete, notwendige Arbeit in unserm Volke geleistet hat und daß sich die Früchte dieser Tätigkeit heute schon reichlich zeigen.

4.

Das Wort Selbsthilfe besagt, daß niemandem von außen geholfen werden kann, daß sich jeder durch Sparsamkeit und Arbeit selbst helfen muß und daß sich auch ein Volk nur durch gemeinsame und gegenseitige Hilfe aller Volksgenossen erhalten kann. Wenn dieser Grundsatz heute vielleicht sehr selbstverständlich klingt und man in der ganzen Welt von Selbsthilfe spricht, so muß man feststellen, daß zu der Zeit als die Selbsthilfe ihre Arbeit begann, die Welt im Taumel der Inflation ganz anders dachte. Man war der Meinung, daß Schulden reich und glücklich machen und infolgedessen sah auch unsere Volksführung, ebenso wie die Führung der meisten Staaten, ihr Hauptziel darin uns möglichst viel fremdes Geld zu bringen. Dieser Grundsatz, von dem einmal gesagt wurde, daß sein erster Erfolg ebenso bedeutungslos ist für unsere Wirtschaft wie als seinerzeit die Annahme unserer Pfandbriefe an der Wiener Börse, hat uns in eine leichtfertige Politik der Verschuldung hineingeführt, aus der wir heute kaum noch einen Ausweg finden können. Im deutschen Mutterland aber hat uns diese Tätigkeit den Ruf eingetragen, daß wir die Zigeuner unter den Auslandsdeutschen seien.

Wenn die Selbsthilfe gegen diese Verschuldungspolitik und die Hoffnung auf die Hilfe durch andere und für den Grundsatz eingetreten ist, sich auf die eigene Arbeits- und Sparkraft unseres Volkes zu stellen, so hat sie auch damit unserer Ansicht nach aufbauende Arbeit an unserm Volke geleistet.

5.

Am schwersten wird Herr Zikeli dadurch getroffen, daß wir uns in die Angelegenheiten der Arbeiter einmischen wollen. Sagt er doch: „Die Selbsthilfe will dem Arbeiter das Brot aus der Hand schlagen und ihm

Stiefelsteine dafür geben... Die internationalen Gewerkschaften sind die einzige Waffe, die die Arbeiter zur Erlämpfung besserer Lebensbedingungen in der Hand haben.“

An dieser Stelle müssen wir einige prinzipielle Auseinandersetzungen zwischen dem Marxismus und Nationalsozialismus einflechten, weil uns sonst weder Herr Zikeli noch die öffentliche Meinung verstehen würde.

Demokratie und Liberalismus haben seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die alten ständischen Wirtschaftsformen zerlegt und einen Teil der Bevölkerung proletariert, indem sie den Arbeiter der Willkür des Kapitals auslieferten, wo er letzten Endes immer unterlegen mußte, weil er der Schwächere war. Der internationale Liberalismus und die internationale Demokratie haben den Klassenkampf geschaffen und haben diesen Klassenkampf erst international gemacht. Solange man auf dem Boden von Liberalismus und Demokratie steht, besonders wenn man Marxist ist, wird man tatsächlich den Klassenkampf als etwas betrachten, was unvermeidlich ist, wie uns auch Herr Zikeli zu sagen weiß. Die Nationalsozialisten sind Sozialisten, vielleicht radikalere als selbst Herr Zikeli. Sie stellen aber dem Klassenkampfe die organisch aufgebaute Wirtschaft entgegen, wie wir sie in allen Zeiten des gesunden Fortschrittes gehabt haben. Ein ständemäßig aufgebaute nationalsozialistischer Staat wird dafür sorgen, daß jeder Stand das Seine erhält, ohne daß noch ein weiterer Klassenkampf notwendig wäre. Der Nationalsozialismus will die Gewerkschaften keinesfalls zerbrechen, sondern im Gegenteil zu einer reinen Ständevertretung der Arbeiter machen, was sowieso von einem Teile der Gewerkschaftsführer immer wieder verlangt worden ist. Der Mißbrauch, den die Marxisten mit den Gewerkschaften getrieben haben, um sie für ihre politischen, internationalen und antireligiösen Ziele zu mißbrauchen, lehnt der Nationalsozialismus ab. Herr Zikeli schlägt also in seiner Unorientiertheit vollkommen daneben, wenn er glaubt, daß etwa der Nationalsozialismus in Deutschland oder die Gründung der Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaften bei uns Sächsen den Arbeitern das Brot aus der Hand schlagen würde.

Die Selbsthilfe ist zwangsläufig zu der Beschäftigung mit der Arbeiterfrage gekommen, gehört doch der größte Teil ihrer Begründer selbst dem Arbeiterstande an. Die Gründung der Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft ist ausschließlich davon ausgegangen, unserer Arbeiterschaft den Gedanken des Sparens nahe zu bringen und sie nach Möglichkeit vor der schwersten Not zu bewahren. Dabei hat die Selbsthilfe nicht gefragt, welcher politischen Ansichten die Mitglieder sind. In ihren Reihen sitzen sowohl Kommunisten als rechtsgerichtete Elemente. Ebenso hat es die Selbsthilfe vermieden, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob sie nur die geringsten eigenen Vorteile aus dieser Gründung ziehen wolle und die Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft hat ihre Ersparnisse auf Wunsch der Selbsthilfe nicht bei ihr, sondern bei einer anderen Bank angelegt. Die Selbsthilfe sieht ihre einzige Aufgabe darin, die Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen. Daß sie sie dabei mit ihren weltanschaulichen Gedanken bekannt macht, ist selbstverständlich. Sie hat aber noch von keinem Arbeiter verlangt, ihr zuzustimmen seine Ansichten zu ändern. Die Arbeiter Spar- und Hilsgemeinschaft ist aber gleichzeitig der Ausgangspunkt für die Tätigkeit der Selbsthilfe im Dienste der Arbeitslosenunterstützung. Sie ist im abgelaufenen Jahre in Hermannstadt das durchführende Organ dieser völkisch eingestellten Arbeit gewesen und hat sich zu prinzipiellen Erkenntnissen durchgerungen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeitslosenfrage durch Almosen nicht zu lösen ist. Wir müssen durch Umsiedlung von Fabrikarbeitern aufs Land die Zahl der Arbeitslosen verringern und an Stelle der Wohltätigkeit die soziale Pflichtleistung der arbeitenden Volksgenossen treten lassen. Die so gesammelten Beträge aber dürfen nicht als Almosen gegeben werden, sondern wir müssen die Arbeitsdienstpflicht der zu Unterstützung einführten und auf diese Weise produktive Arbeit leisten, die gleichzeitig unsere arbeitslosen Volksgenossen vor dem feilschen Untergange bewahren wird.

Wenn nun Herr Zikeli fürchtet, daß wir dadurch die blühenden internationalen Gewerkschaften zertrümmern, so sieht er die soziale Frage vom Standpunkt des Buchdruckers an. Die Typographen verfügen tatsächlich über eine internationale Organisation, die es ihnen bisher ermöglicht hat, ihre arbeitslosen Kollegen über dem Wasser zu halten. Dieses aber ist Ausnahme der Regel. Wir haben in Rumänien nur wenig Gewerkschaften. Sie sind meistens leistungsunfähig. Die meisten unserer Volksgenossen gehören diesen Gewerkschaften nicht an. Daß diese Gewerkschaften unfähig sind ihre Aufgabe zu erfüllen, geht aus dem Glende unserer Arbeitslosen hervor. Eine gutorganisierte internationale Gewerkschaft müßte sie alle erhalten. Es ist mir jedoch von einer Tätigkeit internationaler Gewerkschaften in Rumänien in dieser Hinsicht nichts bekannt. Es fehlt uns die Kraft, in Rumänien die ganze Arbeitslosenfrage zu organisieren und zu lösen. Sind wir also deshalb zu ziehen, wenn wir wenigstens für unsere Arbeiter etwas tun können, wenn dabei auch das marxistische Herz des Herrn Zikeli erbebt.

Herr Zikeli spricht sich sehr ausführlich über die Bedeutung des internationalen Gedankens in der Welt aus. Er sagt mir nichts Neues. Ich bin als Student dem Marxismus nicht ferne gestanden und habe der Tradition meiner Familie folgend der Demokratie das Wort gesprochen. Ich wäre vielleicht auch heute noch in manchen Beziehungen mit Herrn Zikeli einer Meinung, wenn Demokratie und Sozialismus beim Frieden-

schlusse nicht so vollkommen versagt hätten und wenn wir es nicht seit 14 Jahren erleben müßten, wie sich der französische Arbeiter von dem Blute mästet, das mit Zangen und Schrauben dem deutschen Arbeiter herausgepreßt wird. Hätte es der französische Arbeiter mit der internationalen Brüderlichkeit jemals ernst gemeint, so hätte ihm der Streik die große Waffe in die Hand gegeben, das Unrecht von Versailles gutzumachen.

Wenn aber nun schon einige Worte über Marxismus u. Nationalsozialismus gesagt werden müssen, so sei folgendes gesagt: Es ist klar, daß jeder Mensch, dem die Arbeiterfrage entgegnet und der ein Gewissen hat, sich ihrer nicht entziehen kann und zum Sozialisten wird. Deshalb sind in meiner Studienzeit die besten meiner Studienfreunde dem Marxismus nahe gestanden, denn wir haben eine andere Lösung der sozialen Frage nicht gekannt. Man hat aber gleichzeitig immer das dumpfe Gefühl gehabt, daß doch irgend etwas in dieser Theorie stecke, was wir ablehnten ohne zur Klarheit zu kommen. Die Sozialisten versuchten damals dem Problem des Nationalen nach Möglichkeit auszuweichen. Der Nationalismus wurde als ein Frosch-Mäusekrieg verächtlich belächelt, als ein Ideal zweiten Grades geduldet um Konflikte zu vermeiden. Erst die neue deutsche nationalsozialistische Bewegung hat den Marxismus in seinem Wesen als die rein materialistische Lösung der sozialen Frage entlarvt. Sie hat gezeigt, wie der Marxismus die Welt entgöttert und ihre Idee der Lösung der sozialen Frage letzten Endes nur ein Tanz um das goldene Kalb ist. Die Blutgebundenheit der Rasse steht im Widerspruch zu jeder internationalen Lösung aller Menschheitsfragen. Der Nationalsozialismus löst die soziale Frage im Rahmen des ständemäßig aufgebauten Volksstaates. Indem der Klassenkampf ausgeschaltet und überflüssig gemacht wird, fällt die internationale Fessel und der deutsche Mensch kann sich aus ganzem Herzen zu dem nationalen Sozialismus bekennen.

6.

Herr Zikeli stellt die Frage, warum die Selbsthilfe nicht gegen unsere demokratischen Einrichtungen kämpfe. Wenn sich die Unwissenheit und Unorientiertheit des Herrn Zikeli gegenüber unserer Bewegung dokumentieren will, so könnte sie sich keine bessere Behauptung jagen. Weiß Herr Zikeli wirklich nicht, daß wir seit Jahren die Demokratie ablehnen und für das Führerprinzip eintreten. Hat er noch niemals etwas von unsern Vorschlägen über den ständischen Aufbau unseres Volkes gesehen oder gehört? Jemand, der eine solche Unorientiertheit unserer Tätigkeit gegenüber an den Tag legt, hat wirklich kein Recht, über unsere Bewegung zu schreiben. Wir sind der Meinung, daß auch unsere Volksorganisation unter der mißverstandenen und verantwortungslosen Demokratie leidet und die Dinge danach drängen, daß auf allen Gebieten an Stelle unserer demokratischen Einrichtungen der Führergedanke tritt. Wir bringen heute nichts vorwärts, weil auch unsere Vertretungen und Körperschaften zu „Quacksalbern“ geworden sind, in denen wir in endlosen Debatten unsere Zeit verlieren. Auch bei uns herrscht heute die demokratische Verantwortungslosigkeit der Führer. Niemand ist an Dingen schuld, die sich bei uns in den letzten Jahren ereignet haben, denn jeder Führer kann sich darauf berufen, daß alle seine Schritte, gute und schlechte, immer durch eine Mehrheit gutgeheißen worden sind. Deshalb können wir auch niemanden persönlich dafür verantwortlich machen, was er getan hat. Der Führergedanke des Nationalsozialismus ist in tiefstem Sinne nicht undemokratisch. Er basiert im Gegenteil auf einer gesunden Demokratie. Der Führer auf jedem Gebiete wird durch die Mehrheit gewählt. Ist er aber einmal gewählt, so kann er sich nicht mehr hinter Mehrheitsbeschlüsse verstecken. Er ist zwar verpflichtet die Meinung seiner Ratgeber anzuhören. Dann muß er aber selbst entscheiden und die volle Verantwortung dafür tragen. In Zeiten der Not, wie heute, wo rasche Entschlüsse notwendig sind, kann man nicht mehr mit schwerfälligen Körperschaften arbeiten. Das beste Beispiel dafür ist unsere Landeskirche. Ihr eigentliches regierendes Organ ist die schwerfällige Landeskirchenversammlung, die man schon der Kosten wegen immer nur nach mehreren Jahren wieder einberufen kann. Infolgedessen muß das Landeskirchenkonkordat oft jahrelang nach Weisungen handeln, die durch die Verhältnisse längst überholt sind. Auch unsere Landeskirche könnte diese Notzeit viel leichter überstehen, wenn man an die Stelle der Landeskirchenversammlung einen kleinen Ausschuss mit diktatorischer Gewalt und voller Verantwortung setzen würde.

7.

Eine noch größere „Gefahr“ erblickt Herr Zikeli in der angeblichen Tätigkeit der Selbsthilfe für national abgegrenzte Gebiete in der Wirtschaft. Wenn uns Herr Zikeli damit etwa in die Schuhe schieben will, daß wir für eine deutsche Wirtschaftsautarkie (Selbstversorgung) in Rumänien kämpfen, so ist dieses der helle Witz. Daß wir aber dafür eintreten, daß der deutsche Volksgenosse bei gleicher Leistung den Volksgenossen bevorzugt, ist selbstverständlich, ebenso wie auch unsere rumänischen Mitbürger in dieser Beziehung eine sehr lebhaft Propaganda entfalten. Dabei ist selbstverständlich, daß wir uns aus der gesamten Wirtschaft unseres Vaterlandes weder ausschalten können noch wollen. So wie wir in unsern Städten seit Generationen unser Gemüse von der rumänischen Marktfrau kaufen und uns ebenso von den Produkten des rumänischen Bauern ernähren, wie von denen des sächsischen Bauern, ebenso ist es selbstverständlich, daß unsere rumänischen Mitarbeiter unsere sächsischen Handwerker und Kaufleute beschäftigen und wir die Produkte der großen rumäni-

Welcher flardenkende Volksgenosse kann der Selbst-
hilfe die Tätigkeit zur Stärkung unserer wirtschaft-
lichen völkischen Kräfte verbieten? Herr Ziskel wird
wahrscheinlich allein auf einsamer Flur bleiben.

Man wirft uns vor, daß wir uns in religiöse Fragen einmengen, die uns nichts angehen. Man behauptet sogar, daß wir Verkünder des Wotansglaubens seien und unsere Kinder durch furchtbare Irrlehren verleitet sich sogar weigern zur Konfirmation zu gehen. (Ich bemerke, daß es sich hier nicht um Vorwürfe des Herrn Zideli handelt.) Darauf ist zu antworten, daß es ganz selbstverständlich in erster Linie die Aufgabe unserer Geistlichen ist unserm Volke das Evangelium nahe zu bringen. Die Behauptungen, daß wir in irgend einer Beziehung die alten Grundlagen unseres Glaubens sprengen wollten, ist natürlich vollkommener Unsinn. Wohl aber haben wir auch bei uns das Problem zur Debatte gestellt, in welcher Beziehung Volkstum und Christentum zueinander stehen müssen. Diese Frage überhaupt gestellt zu haben, zu einer Zeit, wo wir einerseits eine neue religiöse Welle und anderseits eine radikale Abkehr vom Christentum in der ganzen Welt sehen, ist selbstverständlich. Wenn man sich mit den Grundfragen des Bestandes unseres Volkes beschäftigt, kann man an den religiösen Fragen nicht vorbeigehen. Wir sind auch der Meinung, daß unsere Anregungen sehr positive Ergebnisse gezeitigt haben und man sich bei uns klar geworden ist, daß der Zusammenklang von Volkstum und Kirche, wie ihn Adolf Schullerus programmatisch aufgestellt hat, nicht zerstört, sondern nur inniger gemacht werden kann. Wer gelegentlich der letzten Selbsthilfetagung die Predigt unseres Mitgliedes Stadel gehört hat, und sich mit ihm auf die Grundlage stellt, daß wir einerseits Gott unser Volk schuldig sind, andererseits aber unsere Kirche unserm Volke Gott schuldig sei, wird zugeben, daß auch in diesen Fragen die Selbsthilfe nicht zerstörend, sondern aufbauend gearbeitet hat.

Herr Rikli beschäftigt sich dann ausführlich mit der Wirtschaftslage und der Geschäftsgebarung der Selbsthilfe und kommt auch da zu niederschmetternden Ergebnissen. Er erhebt insbesondere den Vorwurf, daß die Verwaltung der Selbsthilfe viel zu teuer sei und daß man das Vermögen der Bauparassennmitglieder für „Führungsvertagungen, Sprechstühle, Blauhemden und andern Klinkbim“ verschwende. Er bezeichnet dieses insbesondere deshalb als eine Ungehörigkeit „weil von keinem ein politisches oder extrem nationales Glaubensbekenntnis verlangt wurde, der in die Selbsthilfe eintrat“.

Zunächst ist Herr Zifels falsch orientiert, wenn er meint, daß die Mitglieder bei ihrem Eintritte kein politisches oder nationales Glaubensbekenntnis unterschrieben hätten. Die unterfertigten Aufnahmehefte enthalten den Vermerk, daß das neue Mitglied die Richtlinien und die Geschäftsordnung gelesen hat, sich allen

Herr Zifeli ist besonders gekränkt darüber, daß wir in seine Fußtapfen getreten sind und eine Zeitung herausgeben. Auch dieses Unrecht an unsern Mitgliedern begehen wir schon seit dem August 1922. Der Ausbau unserer Zeitung erfolgte aber zwangsläufig, sobald wir mit unserm Wirken auf Widerstand stießen und ein großer Teil unserer Tageszeitungen unsere Ausführungen nur zensuriert bringen wollte. Unser Blatt, welches einer Notwendigkeit entspricht, und heute schon in weit über 4000 Exemplaren gedruckt wird, hat neben dem Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt und den Landwirtschaftlichen Blättern wohl die größte Auflage unter allen sächsischen Zeitungen. Damit hat unser Blatt seine Existenzberechtigung selbst bewiesen. Solange unsere eigenen Mitglieder aber nichts gegen unsere Zeitung einzuwenden haben, werden wir trotz des väterlichen Rates des Herrn Zifeli unser Blatt nicht eingehen lassen. Die Selbsthilfe ist eben niemals ein Kaufen internationaler Sparer gewesen, wie es uns Herr Zifeli so gerne wünschen möchte, sondern von jeher eine Volksbewegung zur Erneuerung und zum Aufbaue unseres Volkes.

Ein weiteres ungeführtes Verbrechen der Selbsthilfe ist ihr altes Programm der Schaffung eines Volksvermögens. Herr Zitelki ist damit gar nicht einverstanden. Wozu braucht man auch ein Volksvermögen, wo es doch die goldene Internationale des Kapitalismus gibt! Hat Herr Zitelki aber wirklich noch niemals etwas davon gehört, daß wir früher ein großes Volksvermögen besessen haben, daß ebenso wie unser strebtes Volksvermögen durch das Sparen und Arbeiten vieler kleinen Leute riesenhaft angewachsen war? Weiß er nichts davon, daß dieses Volksvermögen vor dem Kriege in dem Besitze der Hermannstädter Allg. Sparkassa und vieler anderer sächsischer Banken war, daß die Aktionäre dieser Banken nur eine sehr geringe Verzinsung und die Direktionsräte sehr bescheidene Sitzungsgelder bekamen, während das anständig machsende große Vermögen dieser Banken als Volkseigentum verwaltet und aus seinem Ertrage die Kulturrüstung unseres Volkes bestritten wurde? Weiß Herr Zitelki wirklich nicht, daß dieses Volksvermögen neben den kirchlichen Fonds, die aber doch auch Volksvermögen waren, vor dem Kriege unser völkisches Leben finanziert haben? Daß man gerade heute in der Zeit der Not wieder daran denkt ein solches Volksvermögen zu schaffen, wundert Herrn Zitelki ganz besonders. Weiß er nicht, daß unsere Großväter gerade in ähnlichen schweren Zeiten als Stefan Ludwig Roth sein Epoche machendes Buch über die Geldnot und Verarmung in Siebenbürgen schrieb, die Grundlage zu jenem mächtigen Volksvermögen gelegt haben, welches wir durch die Inflation verloren haben. Jetzt oder niemals ist die Zeit gekommen die Grundlage für ein neues Volksvermögen zu schaffen. Wenn Herr Zitelki erklärt, daß es doch der reinste Hohn sei, wenn Fabritius einmal sagte, daß wir Gott für unsere Not danken müßten, dann zeigt sich eben wieder, daß sein Denken von dem marxistischen Materialismus überschattet ist. So wie der große Schmerz die menschliche Seele nicht niederdrückt, sondern reinigt und aufrichtet, so läßt auch die Not die edelsten Kräfte im Menschen erstehen. Wäre die Not nicht über uns gekommen, so würden wir heute in der Mehrheit nach dem Taumel, der Verschwendung und der Sittlosigkeit der Gründerzeit verfallen sein. Ich glaube, daß Herr Zitelki ganz einsam dasieht, wenn er nicht verstehen will, was Fabritius gemeint hat,

Ich glaube, daß diese Ausführungen alle Befürchtungen derjenigen beruhigen werden, die unsere Zinsspannung von 4% tadeln oder annehmen, daß mit den Mitteln der Selbsthilfe leichtherzig gewirtschaftet wird. Die Schaffung eines Volksvermögens aber dürfte wohl der größte Teil aller klabarentenden Volksgenossen für eine Notwendigkeit halten und nicht für ein Verbrechen.

Die Nichtigkeit der ganzen wirtschaftlichen Einrichtung der Selbsthilfe aber wird dadurch bewiesen, daß wir als einziges sächsisches Wirtschaftsunternehmen, trotz der Geldkrise, monatlich neue Kredite bewilligen und auszahlen. Diese Kredite haben, seit die übrigen Banken neue Kredite beinahe ausnahmslos eingestellt haben, 18.600.000 Lei betragen.

Unsere Mittel werden aber, abgesehen von der „Vergeudung“ für die Zwecke unserer Arbeiter, in der Hauptfache für die Interessen unserer Jugend „verschwendet“. Weite Schichten unseres Volkes empfinden es als ein ganz besonderes Verbrechen, daß wir die Jugend mit den Gedanken des Nationalsozialismus versehen. Wer sich die Dinge indessen näher anschaut, der wird finden, daß diese zum großen Teile arbeitslose und nach Tätigkeit lechzende Jugend viel radikaler ist als wir selbst. Wenn wir aber einen Teil von ihnen mit den aufbauenden Gedanken des Nationalsozialismus bekannt machen, so handelt es sich nicht um eine Verhehlung, sondern wir geben ihnen die Möglichkeit in die Hand, ihre Seelen über die Verzweiflung der eigenen Not hinüber in die Arbeit für unser Volkstum zu retten. Wir können mit Stolz sagen, daß wir die besten Kräfte der Jugend hinter uns haben. Bei uns findet sich wirklich der junge Akademiker mit dem jungen Bauern und dem jungen Arbeiter Schulter an Schulter zu gemeinsamer Arbeit. Bei uns ist Volksgemeinschaft nicht ein Schlagwort, sondern Wirklichkeit. Wenn dann unsere Arbeiter gefordert haben, daß wir zum äußeren Zeichen der Zusammengehörigkeit auch sein blaues Arbeitshemd anlegen sollen, dann mag dieses vielleicht manchem als kindliche Nachahmung scheinen. Richten Endes aber kommt der Forderung doch eine tiefere Bedeutung zu und Schaden wird dadurch niemandem geschehen.

Es ist klar, daß in in einer Notzeit wie heute die Jugend radikale Wege gehen will und muß und ihre Befriedigung nicht in verstaubten Formen vergangener Jahrzehnte finden kann. Möge man es freudig begrüßen, wenn es uns gelingt, sie der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erhalten, statt daß sie in das internationale Lager des Marxismus übergehen und ihr Ideal „trotz plötzlicher gewaltfamer Übergänge“ in dem Bolschewismus finden.

Die Selbsthilfe ist eine Bewegung der Volkserneuerung. Sie ist kein Verein, keine politische Partei, sondern eine Volksbewegung. Die Selbsthilfe hat es auch bei den letzten Volksratswahlen vermieden, als Parteiaufzutreten und dort wo ihr die Möglichkeit geboten gewesen war, ihre Ansprüche nicht angemeldet. Deshalb ist sie im Volksrate auch kaum vertreten. Die Selbsthilfe wollte sich bisher von der Politik ferne halten. Die Entwicklung der Dinge aber zwingt sie wohl dazu, auch zur Politik selbst Stellung zu nehmen. Sie wird in der Hauptsache niemals Staatspolitik treiben, sondern ihr Augenmerk auf die innere Erneuerung unseres Volkes richten. Wenn Herr Rißel uns deshalb vorwirft, daß wir es versäumen gegen den Staat anzukämpfen, so geschieht dieses ganz bewußt. Es ist unserer Ansicht nach ein großer Fehler gewesen, daß wir 14 Jahre lang unsere besten Kräfte dadurch zerplitterten, daß wir immer nur unser Heil in Vorkämpfen suchten, während unser innerlicher Verfall unaufhaltsam fortschritt.

Herr Fißel und die öffentliche Meinung wirft uns vor, daß wir Nationalsozialisten seien und unsere Hauptaufgabe sich darin erschöpfe, einfach einen Abstoß des deutschen Nationalsozialismus bei uns dem Volke hinzuwerfen. Das ist nicht richtig. Wir haben wohl viele Mitglieder, die Nationalsozialisten sind. Der größte Teil von uns aber steht in keiner partei-

ischen Gebundenheit, sondern bekennt sich nur herzlich zu dem größten Teile der weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus. Wir denken niemals daran, für uns hohle Formen nachzuahmen, sondern sind bemüht, die theoretischen Erkenntnisse, die wir aus dem Nationalsozialismus schöpfen, unseren Verhältnissen anzupassen. Wir sind aber nicht so verlogen, um ableugnen zu wollen, daß der allergrößte Teil der sozialen und nationalen Gedanken, die unsere Arbeit kennzeichnen, nicht aus den Anregungen geschöpft wären, die wir von der großen deutschen Erneuerungsbewegung empfangen haben. Wir glauben aber auch, daß wir unserem deutschen Mutterlande und der großen Erneuerungsbewegung im Reiche gegenüber Pflichten haben, die wir nicht ablehnen dürfen. Dieses hat unseren Führer zu seiner Aussprache mit Giza gebracht. Der Volksrat wird darüber zu entscheiden haben, ob er diesen Schritt billigt oder aber, wie die Kronstädter Herren es wollen, darin ein Verbrechen sieht. Die Selbsthilfebewegung kann aber nicht allein von dieser Tatsache aus betrachtet werden und deshalb war es notwendig, noch bevor der Volksrat zusammentritt, vor unserem Volke darüber Rechnung zu legen, was die Selbsthilfe bisher gemollt und getan hat. Die Angriffe des Herrn Zikeli sind uns ein willkommenes Anlaß dazu gewesen.

Die Selbsthilfe ist eine junge Bewegung, sie ist eine Volksbewegung und deshalb kommen ihr jugendliche Gesten zu. Es ist deshalb für unsere Arbeit bedeutungslos, ob wir einmal daneben schlagen, oder das richtige Wort verfehlen. Der Wille, unser Volk von Grund aus zu erneuern und mit neuen Lebenszielen zu erfüllen, ist bei uns stärker als jede andere Regung,

deshalb sind wir uns in unserem dunklen Drange des rechten Weges bewußt, wenn wir auch manchmal in einer Geste fehlen könnten,

Wir unterwerfen uns der Volksdisziplin und haben es insbesondere in der letzten Zeit nicht an Versuchen fehlen lassen, uns mit unseren Gegnern zu verständigen. Ich selbst habe mich in die Höhle des Löwen gegeben und mich mit Herrn Dr. Depner in Kronstadt Stunden lang vergeblich über unsere Ziele und Pläne anagesprochen. Wir treten nunmehr mit einem ganz klaren Vorschlag an den Volksrat heran. Wir sind bereit, die völkisch-wirtschaftliche Seite unserer Arbeit vollkommen von der völkisch-politischen zu trennen. Zu diesem Zwecke wollen wir unsere Bauersparkasse mit allen ihren wirtschaftlichen Einrichtungen in eine Genossenschaft verwandeln, was aber nur möglich ist, wenn man uns in den Raiffeisenverband aufnimmt. Unser diesbezügliches Gesuch liegt seit Wochen bei dem Raiffeisenverband auf. Wenn also der Volksrat von der Richtigkeit unserer aufbauenden Arbeit überzeugt ist, so ist der Weg gefunden um uns organisch in unsere Volksorganisation einzufügen. Unsere völkisch-politische Bewegung würde sich dann, von der Genossenschaft vollkommen getrennt, eine andere entsprechende Form finden. Weist man uns aber mit unseren Vorschlägen zurück und zeigt unsere Volksorganisation damit, daß sie unsere Arbeit überhaupt nicht anerkennen will, dann werden wir gezwungen sein, unseren Weg weiter allein zu gehen. Die Volksdisziplin werden wir niemals brechen, wir werden uns aber künftighin nur mehr die Beschränkungen auferlegen, die unser Gewissen uns vorschreibt.

Dr. Otto Fritz Zikeli.

Die Forderungen der Selbsthilfe

Zur Herstellung der wahren Volksgemeinschaft aller Deutschen in Rumänien stellen wir folgende Forderungen auf:

Die Grundlagen

1. Wir sprechen als Pflicht der Gesamtheit aus, durch geeignete Einrichtungen dafür Sorge zu tragen, daß jeder Volksgenosse, der es verdient, zu einer idealistischen und völkisch eingestellten Lebensanschauung erzogen werde und genügendes Lebensraumbereit. Sie hat überdies die Pflicht, ihn dort zu beschützen, wo Einzelkräfte versagen. Sie hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unter uns nur der geachtet werde, der ehrlich arbeitet, einfach lebt und hochgefunnt denkt und handelt,

damit das Leben in unserer Mitte lebenswert sei. Und schließlich hat sie mit allen möglichen Mitteln auf eine raffische Sebung unseres Volkes hinzuwirken.

2. Wir sprechen als Pflicht eines jeden Volksgenossen aus, die Allgemeinheit in ihren Obliegenheiten zu unterstützen und sich selber in diesem Sinne zu betätigen, seine Volksgenossen zu fördern und zu beweisen, daß er wert ist, ein Deutscher zu sein.

Die Reinigung des öffentlichen Lebens

3. Wir fordern die Entfernung solcher Personen aus der Volksführung, weiterhin aus allen politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Körperschaften und Ämtern, aus dem Schuldienst, den Banken und der Presse, deren Familienleben und sonstiges Privatleben nicht einwandfrei ist. Wer seine eigene Ehre und die seiner Familie nicht hochhält, der kann auch uns nirgend in Ehren vertreten.

4. Ebenso verlangen wir die Entfernung solcher Personen aus den oben genannten Stellen, die Freimaurer sind, oder ähnliche Bindungen auf sich genommen haben. Uns reiflos dienen kann nur der, der außer der Pflicht dem Staate gegenüber nur die Bindung an sein eigenes Volkstum kennt.

5. Wir fordern, daß überall die Auszahlung und Annahme von Gewinnanteilen und sonstigen Entschädigungen an Verwaltungs- und Aufsichtsräte solcher wirtschaftlicher Einrichtungen, deren Gründung aus völkischen Motiven erfolgt ist oder die den Anspruch erheben, als völkische Einrichtung gewertet zu werden, als ungebührig unterbleibe, da sie im Widerspruch steht zur selbstverständlichen Pflicht zur ehrenamtlichen völkischen Tätigkeit und weil sie schädliche Bindungen schafft. Bei Abgeordneten aber soll die Annahme einer Vergütung von privater Seite für welche Dienstleistung immer geradezu als Bestechung gelten.

6. Wir fordern die öffentliche Verwarnung und bei nicht sofortiger Wiedergutmachung den Ausschluß solcher Personen aus der Volksgemeinschaft, die von einem Volksgenossen für irgendwelche Dienstleistungen eine Vergütung fordern, die wegen ihrer Höhe geeignet ist, die wirtschaftliche Existenz dieses Volksgenossen zu gefährden.

7. Wir fordern die Verwarnung und nötigenfalls die Entfernung solcher Lehrer aus unseren Schulen, deren Tätigkeit nicht geeignet erscheint, aus ihren Schülern geistig gesunde und geistig einheitliche Menschen und vor allem bewußte Träger deutscher und völkisch eingestellter Kultur und Lebenswillens heranzubilden. Solche Lehrer an unseren Schulen wirken zu lassen, hieße dem ganzen Zwecke zuwider handeln, dem zuliebe wir eigene Schulen erhalten und der keineswegs in der bloßen Aneignung einer bestimmten Menge von Wissen erschöpft ist.

8. Wir fordern die Entfernung solcher Geistlicher aus unserer Mitte, die im Volkstum nicht etwas von Gott Gegebenes und aller Pflege Wertes verehren, und treten dafür ein, daß sie tiefer mißachtet werden als einer, der Vater und Mutter nicht ehrt.

9. Wir fordern den Ausschluß solcher Personen aus der Volksgemeinschaft, die der Gesamtheit die zur Erhaltung ihrer Einrichtungen nötigen Mittel verweigern.

Der Aufbau

10. Wir fordern die Ehrung und Förderung der Familie. Gefunden und völkisch und sittlich einwandfreien Eltern zahlreicher Kinder sollen im Gemeinleben und in der Presse Ehrungen zuteil werden. Das Wahlrecht in unsere völkischen und kirchlichen Körperschaften soll dahin abgeändert werden, daß derjenige, der nur sich selber vertritt, bloß eine einzige Stimme abzugeben habe, dagegen derjenige, der eine Familie vertritt, so viel Stimmen dazu erhält, als seine Familie nichtstimmberechtigter Mitglieder zählt, so daß bei jeder Entscheidung für jedes, auch für das allerjüngste Mitglied unseres Volkes eine Stimme abgegeben wird. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Förderung der Familie durch Ehrengaben bei hoher Geburtenanzahl und durch Bevorzugung und Besserstellung aller Art so weit zu gehen, als die Grenzen der Durchführbarkeit und die Vermeidung anderer Schäden es erlauben.

11. Wir fordern die Einstellung unserer Wirtschaft auf Erweiterung des Lebensraumes. Zu diesem Zwecke stellen wir neben der selbstverständlichen Förderung nach äußerster Kraftanstrengung im eigenen Berufe die allgemeine Sparpflicht als moralische Pflicht eines jeden Einzelnen auf, dahingehend, daß jeder pflichtbewußte Volksgenosse zum Erwerb oder zur Vergrößerung seines liegenden Besitzes wenigstens ein Fünftel seines Einkommens, jeder verschuldete Volksgenosse wenigstens ein Fünftel des Fünftels dessen, was er zu seinem Lebensaufwand verbraucht, in eine Spareinrichtung einzusparen hat.

12. Wir fordern die Erhaltung des Weges vom heimischen Erzeuger zum heimischen Verbraucher.

13. Wir fordern von allen Berufsgruppen und Zünften die eindringlichste Fortbildung ihrer Mitglieder durch ständige wiederkehrende Kurse, die ehren-

amtlich geleitet und kostenlos zu sein haben, und wo es möglich ist, die Wiedereinführung der Wanderjahre.

14. Wir fordern eine besondere Vorsorge für den im Entstehen begriffenen Stand der sächsischen Handarbeiter in Stadt und Land. Sie sollen in dem Bewußtsein an unserem völkischen Leben teilnehmen, daß ihre Mitarbeit geschätzt wird und daß sie als vollberechtigtes und angesehenes Glied unseres Volkskörpers betrachtet werden.

15. Zum Schutze der wirtschaftlichen Existenz unserer Bauern fordern wir die gemeinde- und bezirkswirtschaftliche Organisation der gemeinsamen Schadentragung bei Unglücksfällen, Tod, Operation, Viehdiebstählen, Seuchen, Hagelschlag und anderen Schäden. Bei Ernteschäden Ersatz in Naturalien. Ebenso soll die Nachbarschaftshilfe ausgebaut werden.

16. Wir fordern die Organisation der Gesundheitsfürsorge auch für unsere ärmsten Volksgenossen, die Schaffung von deutschen Volksspitälern und anderen notwendigen Einrichtungen.

17. Wir sehen unsere Geldanstalten als Eigentum des ganzen Volkes an, da keine einzige zum Nutzen des einzelnen in seiner Eigenschaft als Anteilbesitzer, sondern alle ausdrücklich zu gemeinnützigen Zwecken gegründet wurden. Wir fordern von unseren Geldanstalten die Ausmerzung auch der letzten Spur der Auswüchse des Kapitalismus, die bewußte Einstellung auf bescheidene, gemeinnützige Vermittlertätigkeit, deren Ziel in keiner Weise der eigene Nutzen ist; mäßige Gehaltsfestsetzung, die im Einklang zu den Gehältern steht, die das deutsche Volk in Rumänien seinen übrigen Angestellten zu zahlen in der Lage ist, und Verwendung des Reingewinnes zu völkischen Zwecken. Wir fordern die Oberaufsicht der Volksführung über die Einhaltung dieser Grundsätze durch die Geldanstalten, deren Einfluß der Anteilbesitzer für diese Ziele und im Notfall die öffentliche Erklärung, daß die Volksgemeinschaft mit der betreffenden Geldanstalt keinen Zusammenhang mehr habe.

18. In demselben Sinne sehen wir die Deutschen Zeitungen unter uns als Volkseigentum an, auch wenn sie rechtmäßig einen Privatbesitz darstellen. Wir fordern von ihnen reiflosen Einfluß für völkische Belange und Kampf gegen die geistige Zersetzung der deutschen Kultur.

19. Wir fordern, daß in unseren Schulen die Erziehung im Sinne eines wirklich sozialen Denkens zum entscheidenden Durchbruch gelange und die Idee des Volkes als einer einzigen großen Familie der Ausgangspunkt der Beurteilung der Taten von Groß und Klein werde.

20. Wir fordern von allen Volksgenossen die tatkräftige Förderung des Christentums. Von den christlichen Kirchen aber fordern wir, daß sie sich nicht als Selbstzweck ansehen, sondern als alterwürdige Einrichtungen zur Wahrung und Förderung des Glaubenslebens als eines wesentlichen Teiles der Kultur unseres Volkes und zum Dienst an jedermann.

21. Wir fordern außer der ständigen Zusammenfassung der deutschen Bevölkerung, die ohne Rücksicht auf den Beruf des einzelnen erfolgt, einen weiteren Ausbau der in Anfängen schon vorhandenen ständischen Gliederung und deren offizielle Vertretung in unseren politischen Körperschaften und außerdem den besseren Ausbau unserer obersten Volksführung durch Aufnahme und Verwirklichung der Idee des verantwortlichen Führertums und Schaffung eines Arbeitsamtes.

22. Wir fordern die Aufstellung völkischer Schiedsgerichte für solche Fälle, die hierzu geeignet sind, deren Zuanpruchnahme im gegebenen Falle eine sittliche Pflicht für jeden Volksgenossen bilden soll.

23. Wir fordern die Aufstellung völkischer Disziplinargerichte, an denen Berufsgenossen des Beschuldigten als Sachverständige, jedoch niemals als Richter teilnehmen sollen, und deren Urteile der Volksführung vorzuliegen haben bei der Entscheidung, welche Schritte zur Behebung der Schäden nötig und möglich sind.

24. Wir fordern, daß in solchen Fällen, wo ein öffentliches Interesse vorliegt, daß Willkürakte amtlicher Personen gegenüber von Volksgenossen zurückgewiesen und geahndet werden, der diesbezügliche Prozeß von amtswegen und auf allgemeine Kosten geführt werde.

25. Und schließlich fordern wir von allen Volksgenossen und von jedem einzelnen, in Treue und heldischer Gesinnung dem deutschen Namen hiezulande, in unserem Vaterlande, Ehre zu machen und jederzeit nach unserem Leitwort zu handeln.

Diese Forderungen ergeben sich zwangsläufig aus dem „Grundsätzlichem“ unserer Arbeit; wir wiederholen dieses, weil unser Volk mit diesen Gedanken lebt oder bei Außerachtlassung derselben fällt.

Druck der Kraft & Drotleff A. G. Hermannstadt